



Beteiligungsbericht

2014

Inhaltsverzeichnis	
Vorwort	2
Allgemeine Informationen	3
Übersicht der Beteiligungsunternehmen	6
Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf	7
I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung	8
Business Park Alsdorf GmbH	9
WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Städteregion Aachen.....	21
II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen	36
EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg	37
enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath.....	62
GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH	77
III. Beteiligungen Wohnungswesen/Städtebau	78
GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf	79
GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen	91
Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf	104
Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf	110
IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft	123
FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	124
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler	128
Energeticon gGmbH.....	136
regio iT GmbH	152
V. Sondervermögen	164
ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf	165
Rechtsnormverzeichnis	177

Vorwort

Die Stadt Alsdorf veröffentlicht den gemäß § 117 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu erstellenden Beteiligungsbericht über ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts.

Mit diesem Bericht wird sowohl dem Rat der Stadt Alsdorf und seinen Ausschüssen als auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Alsdorf ein Überblick über die Struktur der bestehenden Beteiligungen zum 31.12.2014 gegeben.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Alsdorf soll dem interessierten Leser einen Überblick über die wesentlichen und unternehmensrelevanten Daten der Gesellschaften geben sowie die Strukturen der Unternehmen transparenter machen.

Seit dem Haushaltsjahr 2009 sind die Gemeinden verpflichtet, ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung zu erfassen und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Die Stadt Alsdorf hat zum 01.01.2009 auf das so genannte *Neue Kommunale Finanzmanagement* (NKF) umgestellt. Im § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sind die Pflichtinhalte des Beteiligungsberichtes festgeschrieben.

Der Beteiligungsbericht fordert nach den Grundsätzen des NKF u.a. eine Zeitreihe der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen für das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr. Im Beteiligungsbericht 2014 der Stadt Alsdorf werden somit die Geschäftsjahre 2014, 2013, und 2012 abgebildet.

Die meist umfangreichen Lageberichte der Unternehmen und Zweckverbände werden im Beteiligungsbericht in der Regel in Auszügen wiedergegeben.

Die wirtschaftlichen Angaben im Beteiligungsbericht beziehen sich auf die zuletzt vorgelegten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2014, dies gilt ebenfalls für die Kennzahlen.

Alsdorf, im Februar 2016

Hafers
Kämmerer

Allgemeine Informationen

A. Anforderungen an den Beteiligungsbericht nach § 52 GemHVO NRW

Der jährlich zu erstellende Beteiligungsbericht umfasst gem. § 52 Abs. 1 GemHVO NRW folgende Pflichtinhalte:

die Ziele der Beteiligung,

die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,

die Beteiligungsverhältnisse,

die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,

die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,

die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,

die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,

der Personalbestand jeder Beteiligung.

Aus § 52 Abs. 2 GemHVO NRW folgt darüber hinaus, dass die Daten der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen in Form einer Zeitreihe abzubilden sind. Diese muss das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfassen.

B. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung ergibt sich aus § 107 GO NRW. Zunächst wird dabei in wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung unterschieden.

Nach § 107 Abs. 1 GO NRW liegt immer dann eine wirtschaftliche Betätigung vor, wenn es sich um den Betrieb eines Unternehmens handelt, der als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig wird, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem privaten Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Die Zulässigkeit folgt anschließend aus § 107 Abs. 1 Nr. 1-3 GO NRW, der sogenannten Schrankentrias. Danach ist eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde nur dann zulässig, wenn

ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Ein öffentlicher Zweck ist immer dann tangiert, wenn es sich um eine im weitesten Sinne sozial-, gemeinwohl- und einwohnernützige Aufgabe des jeweiligen Unternehmens handelt.

Unter einem „angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde“ ist zu verstehen, dass sie sich nur insoweit wirtschaftlich betätigen darf, wie eine gesunde und absolut vertretbare Relation zwischen allgemeiner Leistungsfähigkeit der Gemeinde und finanzieller Beteiligung an einem Unternehmen vorliegt.

§ 107 Abs. 2 GO NRW umfasst einen Katalog der Betätigungsbereiche, die nicht nach den Vorschriften einer wirtschaftlichen Betätigung im Sinne des Absatzes 1 zu behandeln sind.

Für die nichtwirtschaftliche und wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes gilt darüber hinaus § 107 Absatz 3 und 4 GO NRW, welche zusammenfassend darstellen, dass solch eine Betätigung nur dann zulässig ist, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 GO NRW und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften tatsächlich gewahrt sind.

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung ist in § 107 Absatz 5 GO NRW geregelt. Demzufolge ist eine wirtschaftliche Betätigung nur dann zulässig, wenn vor der Entscheidung einer Gründung eine Marktanalyse stattgefunden hat und ein Branchendialog mit den Unternehmen abgehalten worden ist, auf welche die Betätigung eventuell Auswirkungen haben könnte.

Entscheidet sich eine Gemeinde folglich dafür, sich tatsächlich wirtschaftlich zu betätigen, ist dies nach § 115 GO NRW unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen um überprüfen zu lassen, ob alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind und die Betätigung letztlich zulässig ist.

C. Erläuterungen zu einzelnen Positionen

Zu einigen Positionen, die in der Übersicht über die einzelnen Gesellschaften beleuchtet werden, ist es für ein differenziertes Verständnis von Nöten, sie genauer zu erläutern. Im Folgenden werden diese Positionen isoliert betrachtet und Hintergrunddaten, die bei der Erstellung des Berichtes vorhanden waren und eingeflossen sind, erklärt.

Gesellschafter

Diese Position stellt die Kapitalverhältnisse in einem abschließenden Katalog dar. Das bedeutet näher, dass an dieser Stelle alle Gesellschafter des Unternehmens benannt werden und in diesem Zusammenhang auch deren prozentuale Gesellschafteranteile.

Wesentliche Beteiligungen

Unter dieser Position sind die für die Stadt Alsdorf mittelbaren Beteiligungen benannt. Von mittelbaren Beteiligungen der Stadt Alsdorf spricht man immer dann, wenn die dargestellte Gesellschaft ihrerseits an anderen Unternehmen beteiligt ist. Allerdings liegt die Besonderheit bei dieser Position darin, dass ausschließlich solche mittelbaren Beteiligungen in der Liste dokumentiert sind, an denen die Gesellschaft mindestens 20,00 % der Gesellschaftsanteile hält.

Kennzahlen

Unter dieser Position sind diverse Leistungskennziffern der jeweiligen Gesellschaften in einer Zeitreihe aufgeführt. Kennzahlen sind gemäß § 12 GemHVO NRW Indikatoren, die zur Überprüfung der Zielerreichung der jeweiligen Gesellschaft dienen.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Unter dieser Position wird erläutert, inwieweit die jeweilige Beteiligung an der Gesellschaft sich im innerstädtischen Haushalt der Stadt Alsdorf bemerkbar macht und inwieweit die Jahresergebnisse sich dort gegebenenfalls niederschlagen.

Übersicht der Beteiligungsunternehmen



Wirtschaftsförderung	Versorgungsunternehmen	Wohnungswesen / Städtebauplanung	Kultur/ Wissenschaft	Sondervermögen
Business Park Alsdorf GmbH	Energie- und Wasserversorgung	Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft	Freizeitobjekte Alsdorf	Eigenbetrieb Technische Dienste
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen	enwor – Energie und Wasser vor Ort GmbH	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Städteregion Aachen	Freizeitzentrum Blausteinsee	
	GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH bis 02.09.2014	Alsdorfer Bauland GmbH	Energeticon gGmbH	
		Grund- und StadtentwicklungsgmbH Alsdorf	regio iT GmbH	

Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf

Gesellschaft / Unternehmen	Stammkapital in €	Beteiligung in €	Anteil in %
Eigenbetrieb Technische Dienste	2.000.000	2.000.000	100,00
Freizeitobjekte GmbH Alsdorf	127.822,97	127.822,97	100,00
Business Park Alsdorf GmbH	106.350	106.350	100,00
Grund- und Stadtentwicklungs GmbH Alsdorf	25.000	25.000	100,00
Gemeinnützige Siedlungs- gesellschaft mbH	708.139,26	538.901,64	76,10
Alsdorfer Bauland GmbH	26.000	13.000	50,00
Energeticon gGmbH	26.000	6.500	25,00
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	25.564,59	4.601,63	18,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Städteregion Aachen	2.303.500	151.800	6,59
GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie bis 02.09.2014	25.000	750	3,00
enwor – energie und wasser vor ort GmbH	21.007.400	550.250	2,619
Energie- und Wasserversorgung GmbH	18.151.450	395.750	2,18
Gemeinnützige Wohnungsbau- gesellschaft mbH der Städteregion Aachen	1.000.000	17.850	1,79
regio iT GmbH	307.228	3.072	1,00

I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung

Business Park Alsdorf GmbH

Allgemeine Angaben

Firma	Business Park Alsdorf GmbH Handelsregister am 30.12.2013 vormals: Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH	Gesellschafter	Stadt Alsdorf 100%
Sitz	Joseph-von-Fraunhofer-Str. 3b 52477 Alsdorf	Wesentliche Beteiligungen	Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH 24,80% (bis 31.12.2014)
E-Mail	me@businesspark-alsdorf.de		
Homepage	www.businesspark-alsdorf.de		
Rechtsform	GmbH		
Gesellschaftervertrag	vom 17.03.1989, UR-Nr.:358/1989 in der derzeit gültigen Fassung (letzte Änderung 09.12.2013)		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Axel Thomas		
Prokurist	Michael Eßers M.A.		
Gremien	Gesellschafterversammlung		
Stammkapital	106.350 €		
Anteil der Stadt in €	106.350 €		
Anzahl Mitarbeiter:	3		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören insbesondere die Errichtung und der Betrieb des Industrieparks Alsdorf und des Gewerbeparks Alsdorf sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und / oder an ihnen beteiligen. Im Industriepark Alsdorf werden interessierten Unternehmen aktiv Ansiedlungsgrundstück zum Kauf, im Gewerbepark Alsdorf Betriebsräume zur Anmietung angeboten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die BPA unterstützt in außerordentlichem Maße die Ansiedlung von Unternehmen in der Stadt Alsdorf und bietet diesen einen lukrativen Wirtschaftsstandort. Somit soll eine positive wirtschaftliche Gesamtlage für die Stadt gefördert und weiterentwickelt werden, was nicht zuletzt auch Vorteile für die Einwohner der Stadt bringt, da die Ansiedlung neuer Unternehmen als Ergebnis auch neue Stellen auf dem Arbeitsmarkt bereitstellt und dadurch die Kaufkraft in der Stadt wieder erhöht werden kann.

Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	14.903,00	9.643,00	186,00
II. Sachanlagen	546.265,86	528.810,86	532.847,86
III. Finanzanlagen	6.340,02	6.340,02	6.340,02
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.642.127,54	2.561.443,91	2.712.318,32
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.822,69	29.055,46	68.626,20
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	389.997,37	688.798,61	452.174,95
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.473,61	3.181,67	3.434,41
	3.615.930,09	3.827.273,53	3.775.927,76

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	106.350,00	106.350,00	106.350,00
II. Kapitalrücklage	3.853.202,29	3.853.202,29	3.853.202,29
III. Verlustvortrag	-2.112.788,12	-2.215.583,72	-2.050.281,72
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-221.419,40	102.795,60	-165.302,00
B. Rückstellungen	20.900,00	24.000,00	22.600,00
C. Verbindlichkeiten	1.956.175,45	1.942.999,50	2.009.359,19
D. Rechnungsabgrenzungsposten	13.509,87	13.509,86	0,00
	3.615.930,09	3.827.273,53	3.775.927,76

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	21.276,66	539.782,10	662.101,58
Verminderung/Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	-151.337,00	-49.504,14
sonstige betriebliche Erträge	38.366,93	90.810,61	64.739,67
Personalaufwand	79.376,08	115.966,03	210.322,72
Abschreibungen	6.595,45	3.215,00	33.787,06
sonstige betriebliche Aufwendungen	176.785,81	213.885,39	555.345,93
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.676,06	5.250,99	18.624,16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.728,55	41.422,48	36.729,64
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-215.166,24	110.017,80	-140.224,08
sonstige Steuern	6.253,16	7.222,20	25.077,92
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-221.419,40	102.795,60	-165.302,00

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Anlagenintensität	16%	14%	k.A.
Eigenkapitalquote	45%	48%	48%
Verschuldungsgrad	122%	107%	k.A.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist an der Firma Meß- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH, Alsdorf in Höhe von 24,8% (=6.340,02 €) beteiligt. Die Meß- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde durch Gesellschafterbeschluss mit Ablauf des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2014 aufgelöst (Liquidation). Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 12. Januar 2015.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (bis 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Dieter Lothmann (seit dem 27.10.2009)
SPD-Fraktion	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Manfred Held (bis 25.06.2014)
SPD-Fraktion	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Karl-Heinz Robert (bis 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 27.10.2009)
SPD-Fraktion	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 21.17.2011) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Franz-Josef Altdorf (seit dem 17.06.2010)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 17. März 1989 unter der Firmierung Industrie- und Gewerbepark Alsdorf gegründet, die Eintragung erfolgte am 23. Mai 1989 unter der Nr. 4150 beim Handelsregister Aachen. Die Gesellschaft firmiert seit 09. Dezember 2013 als Business Park Alsdorf GmbH (vgl. hierzu Urkunde des Notars Krause, Alsdorf, UR Nr. 2097/13 sowie Eintragung im Handelsregister am 30. Dezember 2013).

Das Stammkapital beträgt 106.350,00 €. Beteiligungsverhältnisse bestanden zum 31.12.2014 wie folgt:

Gesellschafter	<u>Stammkapitaleinlage</u>	
Stadt Alsdorf	106.350,00 €	100%

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören insbesondere die Errichtung und der Betrieb des Industrieparks Alsdorf und des Gewerbeparks Alsdorf sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und/oder an ihnen beteiligen. Im Industriepark Alsdorf werden interessierten Unternehmen aktiv Ansiedlungsgrundstücke zum Kauf, im Gewerbepark Alsdorf Betriebsräume zur Anmietung angeboten. Die Gesellschaft ist ihrem öffentlichen Auftrag nachgekommen, über Art und Umfang wird nachfolgend berichtet.

Die Gesellschaft ist an der Firma Meß- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH in Höhe von 24,8% (=6.340,02 €) beteiligt. Die Meß- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde im Jahr 1996 gegründet. Gesellschafter des Unternehmens sind zu fast gleichen Teilen die GIF, die WFG sowie die BPA. Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung liegt bei der WFG, weil diese der größte Einzelgesellschafter mit etwas mehr als 25% der Stimmen ist. Die Gesellschaft wurde durch Gesellschafterbeschluss mit Ablauf des Geschäftsjahres zum 31.12.2014 aufgelöst (Liquidation). Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 12. Januar 2015.

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Geschäftsmodell der BPA GmbH besteht darin, Grundstücke (im Sinne von Gewerbegebieten) zu entwickeln und in (unbebautem, aber erschlossenen Zustand) zu veräußern. Nicht mehr zum Geschäftsmodell des Unternehmens gehört es, ein Gründerzentrum bzw. eine Gewerbeimmobilie zu betreiben, dass die Chancen und Risiken aus den Vermietungsergebnissen getragen werden. Lediglich als Dienstleistung wird das Management des Gründerzentrums angeboten. Diese Dienstleistung erfolgt in der Weise, dass neue Mieter für das Gewerbezentrum akquiriert werden bzw. bestehende Mietverhältnisse betreut werden. Hierbei handelt es sich um eine entgeltliche Dienstleistung für den Eigentümer.

2. Forschung und Entwicklung

Die BPA betreibt keine Forschung und Entwicklung in dem Sinne, dass neue Verkaufsprodukte entstehen sollen. Untersucht werden lediglich Flächen in Bezug auf ihr Entwicklungspotenzial im Sinne des zuvor beschriebenen Geschäftsmodells.

II. Wirtschaftsbericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2014 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

Die deutsche Wirtschaft scheint nach Auffassung der Deutschen Bundesbank (vgl. hierzu Monatsbericht Januar 2015) die konjunkturelle Schwächephase, die zwischenzeitlich in 2014 eingesetzt hatte, schneller zu

überwinden, als vielfach erwartet. Dazu trägt wesentlich das ausgesprochen positive Konsumklima bei, das auf günstigen Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven fußt und durch die sinkenden Energiepreise gestützt wird. Im Unternehmensbereich hat sich die Stimmung im Dezember 2014 weiter erholt. Dazu passt, dass die industrielle Produktion in den Monaten Oktober und November 2014 gesteigert wurde und dass die Unternehmen in diesem Zeitraum einen spürbar verstärkten Auftragseingang verzeichneten.

Die drastische Verringerung des Ölpreises entlastet die Energiebudgets der Wirtschaftssubjekte erheblich. Das hat positive Effekte auf die wirtschaftlichen Dispositionen der Betriebe (Unternehmen sowie private Haushalte). Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch den Rückgang der Rohölpreis gesteigert.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die deutsche Wirtschaft ihren moderaten Wachstumskurs aus dem Jahr 2014 wahrscheinlich auch im Jahr 2015 fortsetzt.

Trotz der Vielzahl weltweiter Konflikte und erheblicher politischer Unsicherheiten in zahl reichen Kontinenten haben die Unternehmen in der Region (ausweislich der IHK-Konjunkturumfrage aus dem Frühjahr 2015) über eine gute Geschäftslage zu berichten. Die positive wirtschaftliche Lage der Betriebe hat sich ausweislich der vorgenannten Konjunkturumfrage seit dem Herbst 2014 sogar verbessert. 4 von 10 Unternehmen bezeichnen ihre aktuelle Geschäftslage demnach als gut. Nur jeder 9. Betrieb ist unzufrieden. Der gesunkene Ölpreis und der niedrige Eurokurs wirken wie ein Konjunkturpaket für die hiesige Industrie und den Handel – so die IHK. Das Exportgeschäft erfährt durch die günstigen Wechselkurssituationen einen Auftrieb. Zahlreiche Unternehmen berichten von gestiegenen Auslandsumsätzen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland insgesamt, aber auch in der hiesigen Region ist robust ins Jahr 2015 gestartet. Durch die Verschiebungen des Wechselkurses profitiert insbesondere die exportorientierte Wirtschaft, denn deren Produkte verbilligen sich damit in dem Währungsraum außerhalb der Eurozone deutlich und verschaffen den anbietenden Firmen so einen Wettbewerbsvorteil. Daher schätzen die Konjunkturoperenten zahlreicher Wirtschaftsforschungsinstitute sowie Banken die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt inzwischen optimistischer ein als noch zur Jahresmitte 2014. Trotz des saisontypischen Anstiegs der Arbeitslosenzahlen in der hiesigen Region zeigt sich der Arbeitsmarkt insgesamt in einer vergleichsweise guten Verfassung.

Die Arbeitslosenquote lag in Deutschland zum Jahresende 2014 bei 6,43 %. Überdurchschnittlich war sie hingegen in Nordrhein-Westfalen mit 7,8 %. Im Bereich der StädteRegion lag sie bei insgesamt 8,9 %. Allerdings sind die Arbeitslosenzahlen innerhalb der Region sehr unterschiedlich, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. In dieser Tabelle sind die Arbeitslosenzahlen für den Januar 2015, den Dezember 2014 und den Januar des Vorjahres (2014) dargestellt.

	1/2015	12/2014	1/2014
Aachen	9,6	9,2	9,8
Stolberg	10,7	10,3	11,2
Eschweiler	9,5	9,2	10,0
Alsdorf	8,2	7,8	8,5
Monschau	3,6	3,3	4,4

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

Die Konjunktur im Jahr 2014 war durchwachsen und stark von Sonderfaktoren geprägt. Unsicherheiten resultierten in Bezug auf die Entwicklung und die regional unterschiedlichen Auswirkungen der europäischen Wirtschaftsschwäche, der Geldpolitik in den USA und in Europa sowie der Krisen in Nahost und der Ukraine. Die Zinsen und die Inflation lagen in 2014 auf historischen Tiefständen, ebenfalls deutlich gesunken waren der Ölpreis und der Wechselkurs des Euro zum Dollar. Letztlich ergab sich für das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt ein leichtes Plus. Zum Jahreswechsel haben sich die Konjunkturerwartungen etwas aufgehellt und die Auftragseingänge sind zuletzt (wenngleich moderat), gestiegen. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten und das Abflachen der Wachstumskurve haben sich bislang kaum negativ auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. In diesem Zusammenhang kann sich die Konjunktur auf den privaten Inlandskonsum stützen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat in Deutschland im Jahr 2014 insgesamt zugenommen. Die Bereiche Immobilien sowie wissentliche und technische Dienstleistungen gehören ebenso zu den Branchen mit zunehmender Beschäftigung wie der Bereich der Gesundheitswirtschaft. Hier ist die Region vergleichsweise gut aufgestellt.

2. Geschäftsverlauf

Das Jahr 2014 war dadurch gekennzeichnet, dass keine Veräußerungen in dem Sinne getätigt wurden, dass auch in dem Berichtsjahr die Fälligkeitsvoraussetzungen (der Kaufpreiszahlungen) eingetreten wären. Somit fehlt die wesentliche Ertragsquelle. Im Bereich der Erträge aus Dienstleistungen oder aus Zinseinnahmen weist das Unternehmen einen stabilen Verlauf auf. Aufgrund der guten Akquisitionsleistung lagen die variablen Erträge in diesem Segment oberhalb des Planwertes.

2.1 Geschäftsführung

Seit 01.01.2012 ist Herr Prof. Dr. Axel Thomas zum Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

2.2 Personal

Die Gesellschaft verfügt über 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten beträgt 1. Die Anzahl der weiblichen Beschäftigten (inkl. der geringfügig Beschäftigten) beträgt 2. Die Ziele des LGG NRW wurden beachtet.

2.3 Business Park Alsdorf

Der Business Park Alsdorf (ehem. Gewerbepark Alsdorf-Schaufenberg) bestand anfänglich aus insgesamt drei Betriebsgebäuden und einem Gemeinschaftszentrum. Die Gebäude wurden in den Jahren 1990 bis 1993 errichtet. Im Jahr 1997 wurde das Gemeinschaftszentrum um eine Büroanbau erweitert.

Mit Wirkung vom 26.07.2001 wurden die Betriebsgebäude II und III an ein Unternehmen verkauft, das seit 1992 im Gewerbepark Mieter ist und hierdurch am Standort Alsdorf gehalten werden konnte.

Im Jahr 2010 hat die Gesellschaft das Betriebsgebäude I und des Gemeinschaftszentrum an die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (im Folgenden kurz GSG) verkauft und als Generalmieter zum Betrieb des Gewerbeparks zurückgemietet. Der entsprechende Mietvertrag hatte eine Laufzeit von 15 Jahren und war befristet bis zum 30.06.2025. Die Gesellschaft hat zum Stichtag 31.12.2012 den Mietvertrag mit der GSG beendet. Die Gesellschaft trägt somit kein Vermietungsrisiko mehr. Die GSG ist seit 01.01.2013 unmittelbar und ohne Zwischenschaltung Vermieter der jeweiligen Endnutzer. Somit ist die Gesellschaft ab dem 01.01.2013 nicht mehr mit den Risiken des Vermietungsgeschäfts belastet. Die BPA war im Jahr 2014 als Geschäftsbesorger in Bezug auf das Betriebsgebäude bzw. Gemeinschaftszentrum für die GSG tätig.

Die durchschnittliche Belegung der Mietflächen betrug im Jahr 2014 90,01 % und lag damit unter Vorjahresniveau (93,4 %).

Im Berichtsjahr fanden im Gewerbepark 22 Neuvermietungen bzw. Mietvertragsverlängerungen mit einem Flächenumfang von 2.742,51 qm statt. Zum Abschlussstichtag waren 24 Unternehmen mit ca. 190 Mitarbeitern eingemietet. Von diesen Unternehmen sind 5 Existenzgründer.

2.4 Business Park Alsdorf Hoengen

Der Business Park Alsdorf (-Hoengen) hat eine Gesamtgröße von ca. 1.116.000 qm.

Hiervon sind 619.692 qm Ansiedlungsflächen erschlossen, 21.346 qm sind noch nicht erschlossen und ca. 474.500 qm dienen dem ökologischen Ausgleich und der Verkehrserschließung, die teilweise im Geschäftsjahr 2005 und im Geschäftsjahr 2011 an die Stadt Alsdorf veräußert wurden.

Den Ansiedlungsschwerpunkt bilden (international tätige) Unternehmen aus dem Bereich Automobilentwicklung und Logistik.

Im Berichtsjahr wurden keine Grundstücke verkauft.

Seit dem ersten Grundstücksverkauf im Jahre 1990 wurden bis zum Abschlussstichtag 498.211 qm Ansiedlungsgrundstücke verkauft, weitere 21.683 qm sind mit einer Verkaufsoption belegt.

Hierdurch wurden die Voraussetzungen für das Entstehen von 2.140 Arbeitsplätzen geschaffen. Es wurde eine Arbeitsplatzdichte von 3,3 pro 1.000 qm Ansiedlungsfläche erreicht.

Ca. 98.900 qm erschlossene Ansiedlungsfläche sind noch frei verfügbar und Gegenstand der Verkaufsmaßnahmen.

Über die Bearbeitung von Nachfragen hinaus werden zur Flächenvermarktung branchenspezifische Vermarktungskanäle genutzt und Projektentwickler gezielt angesprochen. Über die NRW.INVEST GmbH, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG) und die AGIT als Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Technologieregion Aachen ist die Gesellschaft in Standortinformationssysteme und regionale und überregionale Standortsuchen eingebunden. Seit dem 01.05.2012 ist die WFG geschäftsbesorgend für die Gesellschaft tätig.

2.5 Neuansiedlung und Erweiterungen in 2014

Ein Speditionsbetrieb konnte wieder zurückgewonnen werden und mit seiner Bürofläche über das Jahr 2014 hinaus gehalten werden.

Zwei Bestandsmieter aus dem Weiterbildungsbereich haben ihre Flächen im Business Park Alsdorf im Jahresverlauf erweitert.

Für einen Taucherbedarfshandel wurden neue Räumlichkeiten im Business Park Alsdorf gefunden. Dort sind 15 Mitarbeiter tätig. Durch die Vermietung (mehr als 500 qm) konnte für das „Mutterunternehmen“ eine Option geschaffen werden, am Standort Business Park Alsdorf Schaufenberg weiter zu agieren bzw. expandieren.

Eine Steuerkanzlei aus Recklinghausen mietete im Herbst 2014 Büroflächen im Business Park Alsdorf an.

Ein Automotive-Unternehmen aus dem Bereich Entwicklung konnte in einem vormaligen Gebäude des Business Park Alsdorf Schaufenberg verstandortet werden. Das Unternehmen startet zum Jahresbeginn 2015 mit 20 Ingenieuren, die Neuentwicklungen im Bereich Motor- und Fahrzeugtechnik angehen.

Die regionale Dependence eines international agierenden Konzerns im Bereich Gebäudetechnik konnte ebenfalls vom Standort Business Park Alsdorf überzeugt werden. Diese wird vom Standort Business Park Alsdorf Schaufenberg aus mit 55 Mitarbeitern die regionalen Kunden in allen Bereichen rund um die Immobilie betreuen.

Ein Mieter des Business Park Alsdorf erwarb in der Miete des Jahres eine Bestandsimmobilie im Business Park Alsdorf Schaufenberg. Das weltweit agierende Unternehmen aus dem Bereich Hagelschadenbeseitigung bei Fahrzeugen konnte somit am Standort gehalten werden und bau derzeit seine Kapazitäten weiter aus.

Des Weiteren ist ein weiterer Mieter des Business Park Alsdorf in die vorgenannte Immobilie gezogen. Das Unternehmen war und ist EDV-Dienstleister des vorgenannten Investors und nutzt somit die sich bietende Synergien in der erworbenen Immobilie. Zusammengefasst ist somit der strategische Ansatz der „Brutkastenfunktion“ des Gebäudes Business Park Alsdorf erfüllt worden, indem die beiden Unternehmen im Inkubator über 6 bzw. 7 Jahre gewachsen sind, um dann am Standort selbst zu investieren.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurden keine Grundstücksverkäufe getätigt (VJ: 517 T€). Durch die Übernahme von Geschäftsbesorgungsaufgaben wurden Erlösen in Höhe von 21 T€ (VJ: 23 T€) erwirtschaftet. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 38 T€ (VJ: 91 T€). Den Erlösminderungen stehen Kostenreduzierungen von rund 71 T€ gegenüber. Dies entspricht rund 20 %. Bestandsveränderungen (VJ: 151 T€) waren infolge fehlender Grundstücksveräußerungen nicht zu verzeichnen.

Unter Berücksichtigung der regulären betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 269 T€ (VJ: 340 T€) und eines Finanzergebnisses von -12 T€ (VJ: -36 T€) verbleibt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 221 T€ (VJ: Jahresüberschuss: 103 T€).

b) Finanzlage

	31.12.2014
	<u>T€</u>
Jahresfehlbetrag	-221
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	7
Abnahme der Rückstellungen	-3
Zunahme der Vorräte	-81
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/ Latente Steuern	9
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-16
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>-42</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-340</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-21
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	<u>-8</u>
Investitionstätigkeiten	<u>-29</u>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	<u>70</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>70</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	689
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-299</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u><u>390</u></u>

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt -330 T€. Investitionen erfolgten in Höhe von rund 29 T€. Zur Deckung des Finanzbedarfs wurden weitere Kredite in Höhe von 70 T€ in Anspruch genommen; daneben minderten sich die liquiden Mittel um 299 T€ auf 390 T€.

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen kurzfristiges, überwiegend in Vorräten, Forderungen und liquiden Mitteln gebundenes Vermögen in Höhe von 3.045 T€ (VJ: 3.279 T€) aus. Dies entspricht rund 84 % der Bilanzsumme. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Anlagenintensität) beträgt rund 16 %.

Der Buchwert der gesamten noch zur Verfügung stehenden Ansiedlungsflächen beträgt zum Bilanzstichtag 2.642 T€ (VJ: 2.561 T€). Der Ausweis erfolgt unter dem Vorratsvermögen.

Das Eigenkapital ist insgesamt positiv. Die Eigenkapitalquote ist um rund 3%-Punkte vermindert und beträgt 44,95 % (VJ: 48,26 %).

Bei einer Bilanzsumme von 3.616 T€ verfügt die Gesellschaft über Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1.956 T€, hiervon entfallen 570 T€ auf ein Darlehen bei der Sparkasse Aachen und 1.380 T€ auf ein Darlehen der Stadt Alsdorf.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	567	545
Gesamtvermögen	3.616	3.827
Anlagenintensität in %	16	14

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Eigenkapital	1625	1846
Gesamtvermögen	3.616	3.827
Eigenkapitalanteil in %	45	48

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Fremdkapital	1977	1967
Eigenkapital	1.625	1.846
Verschuldungsgrad in %	122	107

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkung auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens gehabt hätten, sind nach Ende des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Um die positive Entwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir weiterhin die Kundenakquisition verstärken.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik, die darin besteht, Flächen zu entwickeln und Käufer hierfür zu finden, geplant.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens in Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen bzw. regionalwirtschaftlichen Konjunktur. Die Flächen, die im Eigentum der Gesellschaft stehen, haben durchaus Verkaufspotenzial.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Sollten sich die Turbulenzen an den Finanzmärkten wieder verstärken und sollten die (währungs-)politischen Risiken wieder zunehmen und insgesamt eine Konjunkturabschwächung bewirken, kann dies die wirtschaftliche Situation unserer Kaufinteressenten und die Nachfrage nach unseren Flächen negativ beeinflussen. Daraus können sich Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln.

Die Jahresergebnisse der Gesellschaft werden unverändert in entscheidendem Umfang von den Erlösen aus Grundstücksverkäufen geprägt. Grundstücksverkäufe sind singuläre Ereignisse und von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die im Wesentlichen außerhalb des Einflusses der Gesellschaft sind. Ein positives Jahresergebnis lässt sich nur dann erzielen, wenn eine hinreichende Anzahl von Grundstücken veräußert wird. Andernfalls stehen den Erträgen aus Dienstleistungen deutlich höhere Fixkosten gegenüber, die nicht mehr weiter zu optimieren sind.

2. Chancenbericht

Im Bereich der Gebietsentwicklung für das Gewerbegebiet Hagfeld II sind wir optimistisch, eine angemessene Anzahl an Verkaufsvorgängen im mittelfristigen Zeitraum bewerkstelligen zu können. Die Vorabnachfrage, die derzeit noch unverbindlich ist, gibt hier Anlass zu einem Optimismus. Auch im Industriegebiet BPA Hoengen wurden Veräußerungsverhandlungen zum positiven Abschluss geführt, in einem räumlichen Segment, also in dem in der Vergangenheit seit mehreren Jahren keine Nachfrage festzustellen war.

3. Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld bei den Gewerbeflächenvermarktungen, das anderenorts eine erhöhte Preisaggressivität festzustellen ist. Aufgrund der Lagevorteile der von der BPA bevorrateten Grundstücke sehen wir uns für die Bewältigung der künftigen Vertriebsrisiken vergleichsweise gut gerüstet, da die Preissetzung dem inneren Wert der Grundstücke entspricht.

IV. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle bei Grundstücksveräußerungen sind die Ausnahme.

Verbindlichkeiten der BPA werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Die Gesellschaft finanziert sich überwiegend mittels Kreditlinien bei der Sparkasse Aachen bzw. über Gesellschafterdarlehen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die nachhaltige Sicherung des Unternehmenserfolges und Absicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative und risikoscheue Politik.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

52477 Alsdorf, im März 2015

Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-

WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Städteregion Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	WfG - Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH StädteRegion Aachen, Würselen
Sitz	Joseph-von-Fraunhofer-Str. 3b 52477 Alsdorf
E-Mail	info@wfg-aachen.de
Homepage	www.wfg-aachen.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung vom 26.06.2001 (letzte Änderung am 27.01.2010)
Geschäftsführer	Dr. Axel Thomas
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung
Stammkapital	2.303.500 €
Anteil der Stadt in €	151.800 €
Anzahl Mitarbeiter	16

Gesellschafter

Städteregion Aachen	51,36%
Sparkasse Aachen	13,32%
Stadt Stolberg	9,27%
Stadt Eschweiler	8,23%
Stadt Alsdorf	6,59%
Stadt Würselen	5,59%
Stadt Herzogenrath	4,76%
Stadt Baesweiler	0,22%
Stadt Monschau	0,22%
Gemeinde Roetgen	0,22%
Gemeinde Simmerath	0,22%

Wesentliche Beteiligungen

Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH	25,400%
---	---------

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung in der Städteregion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzhilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der Städteregion Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten. Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, zu beteiligen, solche zu gründen oder zu erwerben, Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch seine Aufgabenstellung hat das Unternehmen als obersten Anspruch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gebiet der Städteregion Aachen und hat somit einen gemeinwohl- und sozialbezogenen Charakter.

Darüber hinaus handelt es sich um kein defizitäres Unternehmen und eine Beteiligung der Stadt Alsdorf auch in diesem Rahmen absolut vertretbar.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.602,00	10.271,00	12.386,00
II. Sachanlagen	5.208.882,21	5.396.527,00	6.690.628,00
III. Finanzanlagen	40.679,37	42.970,07	45.209,41
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.028.079,14	1.709.775,10	1.708.276,08
I. Forderungen	13.582.567,19	16.857.264,89	19.866.309,50
II. Kassenbestand	1.891.982,77	2.680.188,95	1.598.461,93
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.875,59	9.472,22	10.677,46
D. Aktive latente Steuern	59.231,00	38.130,74	30.077,53
	21.825.899,27	26.744.599,97	29.962.025,91

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500,00	2.303.500,00	2.303.500,00
II. Verlustvortrag	90.560,79	14.395,68	-215.654,22
III. Jahresüberschuss	130.450,53	76.165,11	230.049,90
B. Rückstellungen	556.728,00	463.711,65	372.874,75
C. Verbindlichkeiten	18.689.629,01	23.772.616,40	27.268.756,48
D. Rechnungsabgrenzungsposten	55.030,94	114.211,13	2.499,00
	21.825.899,27	26.744.599,97	29.962.025,91

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	2.387.758,25	1.788.896,00	2.126.617,01
Verminderung des Bestands an Grundstücken	804.728,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	267.725,59	367.301,35	339.814,47
Materialaufwand	0,00	0,00	182.122,00
Personalaufwand	515.595,00	489.001,92	479.137,21
Abschreibungen	220.797,23	287.518,64	258.588,28
sonstige betriebliche Aufwendungen	586.071,22	684.412,71	525.552,52
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46.236,60	49.144,58	54.010,97
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	842.180,07	1.074.282,16	1.234.261,84
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-267.651,08	-329.873,50	-159.219,40
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.756,51	-8.053,21	8.825,70
Sonstige Steuern	382,00	267,00	394,00
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	393.727,10	398.252,40	398.489,00
Jahresüberschuss	130.450,53	76.165,11	230.049,90

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Anlagenintensität	24%	20%	k.A.
Eigenkapitalanteil	12%	9%	7%
Verschuldungsgrad	762%	1012%	k.A.
Umsatzrentabilität	8%	4%	k.A.
Eigenkapitalrentabilität	5%	3%	k.A.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Lt. jeweiligem Ratsbeschluss zahlt die Stadt Alsdorf jährlich eine Sockelförderung an die WfG. Zum jetzigen Zeitpunkt beträgt der Zuschuss 0,75 € / Einwohner.

2012	29.564,60 €
2013	29.359,20 €
2014	30.100,20 €

Die Public-Leasing-Verträge der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Gebiet der Stadt Alsdorf werden im Rahmen von Ausfallbürgschaften durch die Stadt abgesichert.

Die Ausfallbürgschaften, die aufgrund von geschlossenen Public-Leasing-Verträgen zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und städtischen Unternehmen beliefen sich zum 31.12. auf:

2012	9.606.142,40 €
2013	8.197.147,29 €
2014	5.077.794,36 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Jeder Gesellschafter kann ein Mitglied in den Aufsichtsrat entsenden.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat als Mitglied vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders
(seit dem 25.06.2014)

b) Gesellschafterversammlung

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates – im Verhinderungsfall sein Stellvertreter – oder in deren Auftrage die Geschäftsführer berufen die Versammlung der Gesellschafter ein.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Heinrich Plum
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014**Öffentliche Zwecksetzung und Grundlagen des Unternehmens**

Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen laut Satzung darin, "die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten". Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben. Auch alle hiermit zusammenhängenden Beratungsstützen werden geleistet. Die Gesellschaft kann laut Satzung auch Grundstücke und grundstücksgleiche Recht erwerben, bebauen und veräußern sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

II. Wirtschaft- und Lagebericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2014 erreicht und umgesetzt hat, darüber ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

II.1. Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage**1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die deutsche Wirtschaft scheint nach Auffassung der Deutschen Bundesbank (vgl. hierzu Monatsbericht Januar 2015) die konjunkturelle Schwächephase, die zwischenzeitlich in 2014 eingesetzt hatte, schneller zu überwinden, als vielfach erwartet. Dazu trägt wesentlich das ausgesprochen positive Konsumklima bei, das auf günstigen Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven fußt und durch die sinkenden Energiepreise gestützt wird. Im Unternehmensbereich hat sich die Stimmung im Dezember 2014 weiter erholt. Dazu passt, dass die industrielle Produktion in den Monaten Oktober und November 2014 gesteigert wurde und dass die Unternehmen in diesem Zeitraum einen spürbar verstärkten Auftragseingang verzeichneten.

Die drastische Verringerung des Ölpreises entlastet die Energiebudgets der Wirtschaftssubjekte erheblich. Das hat positive Effekte auf die wirtschaftlichen Dispositionen der Betriebe (Unternehmen sowie private Haushalte). Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch den Rückgang der Rohölpreis gesteigert.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die deutsche Wirtschaft ihren moderaten Wachstumskurs aus dem Jahr 2014 wahrscheinlich auch im Jahr 2015 fortsetzt.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Trotz der Vielzahl weltweiter Konflikte und erheblicher politischer Unsicherheiten in zahlreichen Kontinenten haben die Unternehmen in der Region (ausweislich der IHK-Konjunkturumfrage aus dem Frühjahr 2015) über eine gute Geschäftslage zu berichten. Die positive wirtschaftliche Lage der Betriebe hat sich ausweislich der vorgenannten Konjunkturumfrage seit dem Herbst 2014 sogar verbessert. 4 von 10 Unternehmen bezeichnen ihre aktuelle Geschäftslage demnach als gut. Nur jeder 9. Betrieb ist unzufrieden. Der gesunkene Ölpreis und der niedrige Eurokurs wirken wie ein Konjunkturpaket für die hiesige Industrie und den Handel – so die IHK. Das Exportgeschäft erfährt durch die günstigen Wechselkurssituationen einen Auftrieb. Zahlreiche Unternehmen berichten von gestiegenen Auslandsumsätzen.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in Deutschland insgesamt, aber auch in der hiesigen Region ist robust ins Jahr 2015 gestartet. Durch die Verschiebungen des Wechselkurses profitiert insbesondere die exportorientierte Wirtschaft, denn deren Produkte verbilligen sich damit in dem Währungsraum außerhalb der Eurozone deutlich und verschaffen den anbietenden Firmen so einen Wettbewerbsvorteil. Daher schätzen die Konjunkturopernten zahlreicher

Wirtschaftsforschungsinstitute sowie Banken die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt inzwischen optimistischer ein als noch zur Jahresmitte 2014. Trotz des saisontypischen Anstiegs der Arbeitslosenzahlen in der hiesigen Region zeigt sich der Arbeitsmarkt insgesamt in einer vergleichsweise guten Verfassung.

Die Arbeitslosenquote lag in Deutschland zum Jahresende 2014 bei 6,43 %. Überdurchschnittlich war sie hingegen in Nordrhein-Westfalen mit 7,8 %. Im Bereich der StädteRegion lag sie bei insgesamt 8,9 %. Allerdings sind die Arbeitslosenzahlen innerhalb der Region sehr unterschiedlich, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. In dieser Tabelle sind die Arbeitslosenzahlen für den Januar 2015, den Dezember 2014 und den Januar des Vorjahres (2014) dargestellt.

	1/2015	12/2014	1/2014
Aachen	9,6	9,2	9,8
Stolberg	10,7	10,3	11,2
Eschweiler	9,5	9,2	10,0
Alsdorf	8,2	7,8	8,5
Monschau	3,6	3,3	4,4

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

Zwischenfazit

Die Konjunktur im Jahr 2014 war durchwachsen und stark von Sonderfaktoren geprägt. Unsicherheiten resultierten in Bezug auf die Entwicklung und die regional unterschiedlichen Auswirkungen der europäischen Wirtschaftsschwäche, der Geldpolitik in den USA und in Europa sowie der Krisen in Nahost und der Ukraine. Die Zinsen und die Inflation lagen in 2014 auf historischen Tiefständen, ebenfalls deutlich gesunken waren der Ölpreis und der Wechselkurs des Euro zum Dollar. Letztlich ergab sich für das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt ein leichtes Plus. Zum Jahreswechsel haben sich die Konjunkturerwartungen etwas aufgehellt und die Auftragseingänge sind zuletzt (wenngleich moderat), gestiegen. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten und das Abflachen der Wachstumskurve haben sich bislang kaum negativ auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. In diesem Zusammenhang kann sich die Konjunktur auf den privaten Inlandskonsum stützen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat in Deutschland im Jahr 2014 insgesamt zugenommen. Die Bereiche Immobilien sowie wissentliche und technische Dienstleistungen gehören ebenso zu den Branchen mit zunehmender Beschäftigung wie der Bereich der Gesundheitswirtschaft. Hier ist die Region vergleichsweise gut aufgestellt.

II. 2. Geschäftsverlauf

Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2014 war das vierte Geschäftsjahr, in dem beschlusslagenkonform kein Neugeschäft akquiriert wurde. Die Gremien der WFG haben zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, nur noch die derzeit im Bestand gehaltenen Engagements bis zu ihrem Auslaufende weiterzuführen.

Die WFG hat im Jahr 2014 auslaufende Engagements nicht mehr verlängert. Das Ziel besteht darin. Möglichst schnell, ressourcenschonend und effektiv Risiken zu reduzieren. Leider zeichnen sich zum Jahreswechsel 2014 Probleme bei zwei Leasingnehmern ab, die zum Jahresbeginn 2015 schlagend zu werden drohen. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht hat die Geschäftsführung hierfür erste Wertberichtigungen auf die Forderungen vorgenommen, die im Jahr 2014 entstanden sind. Die angesprochenen Leasingnehmer bedürfen einer intensiven Betreuung angesichts der schwierigen Perspektiven.

Im Jahr 2014 hat kein Leasingpartner der WFG Insolvenz angemeldet. Dieser Zustand ist seit 2003 festzustellen.

Bauelement

Die WFG erbringt Baumanagement-Dienstleistungen auch außerhalb des bzw. unabhängig vom Public-Leasing-Bereich. Insbesondere ist die WFG in diesem Kontext für ihre Schwestergesellschaft Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH im Rahmen von Projektsteuerungsaufgaben tätig. Darüber hinaus ist sie immobilienwirtschaftlich im Geschäftsbereich Vermietung engagiert.

Vermietung

Im Bereich Vermietung hat die Gesellschaft im Jahr 2014 ein positives Sparten-Jahresergebnis vorzuweisen. Alle Vermietungsobjekte der WFG sind ganzjährig zu 100 % ausgelastet gewesen. Ausnahmslos haben alle Mieter ihre Miete zu den vertraglich geschuldeten Zeitpunkten gezahlt. Ein wichtiger Mietvertrag mit einem Großkunden konnte nochmals um 1 Jahr verlängert werden.

Regionale Zusammenarbeit

Die WFG ist unverändert in zahlreichen Gremien von Kapitalgesellschaften und sonstigen Organisationseinheiten vertreten, die mit ihrem Satzungszweck zusammenhängen. Die WFG ist im Aufsichtsrat der AGIT vertreten sowie in den Gesellschafterversammlungen der AGIT, der DLZ GmbH in Stolberg, der TPH GmbH in Herzogenrath, der IST GmbH in Baesweiler sowie der GeTeCe GmbH in Eschweiler.

Regionalmarketing und Ansiedlung

An- und Umsiedlungsanfragen

Im Bereich der An- und Umsiedlungsanfragen bearbeitete die WFG im Berichtszeitraum bisher 58 allgemeine Standortanfragen, von den 46 zu konkreten Standortanfragen avancierten. Somit lag die Anfragenzahl über dem Wert des Vorjahrs.

Die Kunden recherchieren aktuell zu 38 % nach Grundstücken und zu nahezu 56 % nach Bestandsobjekten.

Mehr als im Vorberichtszeitraum wurden (kleinere) Büroflächen nachgefragt. Hallenflächen wurden zumeist in einer Größenordnung unterhalb von 1.000 m² nachgefragt.

Konkrete Ansiedlungen

Einige ausgewählte Anfragen sind der Erwähnung wert. Die Anfragen werden in alphabetischer Reihenfolge der Ansiedlungskommune besprochen.

Für ein Unternehmen mit dem Geschäftszweck Taucherbedarf wurden neue Räumlichkeiten gefunden.

Der regionale Vertreter des Bilfinger Konzerns im Bereich Gebäudetechnik agiert ab 2015 vom Standort Alsdorf aus mit seinen 55 Mitarbeitern.

Ein Industriebodenhersteller wird in der Region einen Neubau errichten. Das europaweit tätige Unternehmen beschäftigt 25 Mitarbeiter.

Des Weiteren konnten wir einen Online-Kaffeehandel aus Aldenhoven gewinnen.

In einem Herzogenrather Technologiezentrum mietet ein von uns betreutes koreanisches Unternehmen eine ca. 300 m² große Fläche an. Das Unternehmen betreibt Forschung und Entwicklung im Bereich der Klebstofftechnik.

Ein asiatisches Unternehmen, das zuletzt in Aachen verstandortet war, wechselte nach Würselen ins Gewerbegebiet. Auf der dort angemieteten Fläche in der Größe von ca. 6.400 m² agieren 150 Mitarbeiter. Wir betreuen den Kunden seit vielen Jahren.

Managementaufgaben

Die WFG verfügt über insgesamt 3 Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

1. Leasing-Zinsüberschuss
2. Baumanagement Einnahmen im Zusammenhang mit Projektsteuerungsaufgaben
3. Sockelförderung.

Der Leasing-Zinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt. Insofern weist die Zinsüberschusskurve einen abfallenden Verlauf auf.

Die Sockelförderung bleibt auf ihrem (reduzierten) Niveau. Sie ist abhängig von den Bevölkerungszahlen der StädteRegion (außerhalb der Stadt Aachen).

Managementeinnahmen generiert die WFG wie dargestellt zum einen für Baumanagement-Aufgaben, die sie im Auftrag der Schwestergesellschaft GWG wahrnimmt. Zum anderen ist sie aber auch als Geschäftsbesorgerin der nunmehr unter dem Namen Business Park Alsdorf GmbH firmierenden Gesellschaft tätig. Dies ist seit nunmehr 3 Jahren der Fall. Zum Jahresende 2014 bzw. zum Jahresanfang 2015 konnte ein neuer Auftrag im Vermarktungsbereich für die Camp Astrid GmbH & Co. KG akquiriert werden. Gleichzeitig wurde der Vertrag zwischen Business Park Alsdorf GmbH und WFG über das Jahr 2014 hinaus verlängert.

Personalaufwand

Die Anzahl der Beschäftigten (gerechnet nach Kopffzahlen) bei der WFG beträgt 16 Mitarbeiter. Die Änderung gegenüber dem Vorjahr beträgt +1 Mitarbeiter (Vorjahr = 15 MA). Die Änderung resultiert aus dem zusätzlichen Mandat „Camp Astrid“ und wurde Ende 2014 vollzogen.

Die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter beträgt absolut 8 bzw. in Prozent 50 %.

Die WFG hat aus Gründen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung weiterhin eine Ausbildungsstelle im Jahr 2014 besetzt. Damit leistet sie einen Beitrag, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Angesichts der Prozesse im Zusammenhang mit der Aufgabenkritik bzw. der Strukturreform der StädteRegion Aachen ist die WFG derzeit in der Überprüfung, ob sie auch für den Zeitraum 2015 – 2018 eine Ausbildungsstelle anbieten wird.

Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WFG verfügen über Telearbeitsplatz-Funktionalitäten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit unterstützt. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG NW) bei der Personalentwicklung beachtet.

Der Krankenstand der WFG ist wie auch in den letzten Jahren stets unterdurchschnittlich, was die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter belegt.

II. 3. Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu beziffern auf rund 5.252 T€ und somit rund 197 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt im Wesentlichen in der planmäßigen Abschreibung begründet.

Das Vorratsvermögen wird im Wesentlichen repräsentiert durch ein Grundstück in Herzogenrath-Dornkaul, das eine Ursprungsfläche ca. 30.000 qm hatte. Rund 2/3 dieser Fläche ist inzwischen veräußert.

Bei den Forderungen, die insgesamt 13.583 T€ betragen (VJ: 16.857 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund 16 % (von 15.483 T€ auf 12.943 T€) gesunken. Dies korrespondiert mit der Reduzierung der Zinsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Kassenbestand hat sich von rund 2.680 T€ auf 1.892 T€ vermindert. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten zum nächstfolgenden Tilgungstermin dienen.

Das Eigenkapital wird durch den Jahresüberschuss gestärkt. Es übertrifft die Höhe des gezeichneten Kapitals. Das Eigenkapital ist im langfristigen Zeitvergleich gestiegen. Es bleibt im Verhältnis zu den nicht granulierten Risiken gering. Konkret gibt es unverändert Einzelrisiken, die höher sind als die Haftungsmasse.

Die Verbindlichkeiten sind von 23.773 T€ auf 18.690 T€ gesunken. Auch hier machen sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft sowie die Rückführung der Finanzierung von dem veräußerten Objekt bemerkbar.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) sind im Jahr 2014 um rund 59 T€ vermindert. Grund hierfür ist die auf Wunsch des Leasing-Nehmers vorgenommene vorzeitige Auflösung eines Leasingvertrages. Die damit verbundene Refinanzierung konnte nicht vorzeitig abgelöst werden. Bei dem PRAP handelt es sich im Wesentlichen um die vom Leasing-Nehmer im Zuge der Ablösung vorab gezahlten Zinsen bis zum Ende der Refinanzierungslaufzeit. Die WFG ihrerseits bedient aus dieser Vorauszahlung planmäßig ihre Leasingraten.

Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 26.745 T€ auf 21.826 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	5.252	5.450
Gesamtvermögen	21.826	26.745
Anlagenintensität in %	24	20

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	2.525	2.394
Gesamtkapital	21.826	26.745
Anlagenintensität in %	12	9

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	19.246	24.236
Eigenkapital	2.525	2.394
Verschuldungsgrad in %	762	1.012

Ertragslage

Die Umsatzerlöse stiegen von 1.789 T€ auf 2.388 T€. In Ermangelung von Neugeschäft sinkt der Forderungsbestand und der Umsatz war stetig, aber im Vergleich zum Vorjahr wurden Erlöse aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 805 T€ erzielt. Korrespondierend werden in selbiger Höhe Bestandsveränderungen aus der Veräußerung von Grundstücken ausgewiesen. Damit ergibt sich eine Gesamtleistung in Höhe von 1.583 T€ (Vorjahr: 1.789 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rund 99 T€ gesunken. Im Vorjahr waren Sondereffekte aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung sowie einem Ertrag aus dem Abschluss eines Insolvenzverfahrens gegenüber einem ehemaligen Leasing-Nehmer zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 98 T€ vermindert. Dies entspricht einer Kostenreduzierung von rund 14 %. Wesentliche sonstige Aufwendungen entfallen auf Umlagen/Kosten für EXPO Real (195 T€), Wertberichtigung auf Forderungen (76 T€), Aufwendungen für die Einstellung in die Drohverlustrückstellung (66 T€), Kosten aus Weiterbelastungen (63 T€), Instandhaltungsaufwendungen (45 T€) sowie Miet- und Nebenkosten (33 T€).

Die Zinsen und ähnlichen Erträge sind aufgrund weniger (entgeltlicher) Stundungen für unsere Leasing-Nehmer sowie aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiterhin gesunken.

Der Zinsaufwand reduziert sich in Folge der Leasing-Nehmer-Tilgungen um 232 T€.

Per Saldo verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von rund 130 T€.

Kennzahlen zur Rentabilität:

Umsatzrentabilität

Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Gesamtleistung}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	130	76
Gesamtleistung	1.583	1.789
Verschuldungsgrad in %	8	4

Eigenkapitalrentabilität

Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	130	76
Gesamtleistung	2.525	2.394
Verschuldungsgrad in %	5	3

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind bis zum Berichtszeitpunkt keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WFG ausgeht. Allerdings ist in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinzuweisen, dass sich mindestens zwei Leasingnehmer der WFG in einer wirtschaftlich ausgesprochen schwierigen Situation darstellen. Daher ist nicht auszuschließen, dass im weiteren Verlauf dem Jahres 2015 Umstände eintreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WFG ausüben werden.

IV Prognosebericht

Die zukünftige Entwicklung der WFG ist geprägt durch folgende Parameter:

- a) planmäßig sinkende Leasingzinsüberschüsse,
- b) risikominimierendes Reduzieren des Leasingbestandes,
- c) Ergebnisbeiträge aus Managementleistungen, insbesondere für den Gesellschafterkreis oder für „verwandte“ Gesellschaften.

Dem Vermeiden von Kundeninsolvenzen bzw. der Reduzierung etwaig daraus resultierender Belastung aus dem Leasing- und Vermietungsbereich kommt insgesamt die größte Bedeutung zu. Seit dem Jahr 2003 sind keine Insolvenzen von Leasingnehmern mehr festzustellen gewesen. Selbst unter der Hypothese, dass diese im Jahr 2015 eintreten würden, unterscheiden sich diese wesentlich von den Insolvenzen, die in den Jahren 1998 – 2002 einschl. festzustellen waren. Damals sind Unternehmen insolvent geworden, die gerade erst ins Leasing aufgenommen wurden.

Des Weiteren ist zu prognostizieren, dass die WFG in die Verwaltungsstruktur-Reformen der StädteRegion Aachen einbezogen wird bzw. einzubeziehen ist, was zielführend ist und unterstützt wird.

V. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich insbesondere auf das Risikomanagement von folgenden Herausforderungen:

1. Zum Jahreswechsel 2014/2015 war ein endfälliges Darlehen zu tilgen. Hierbei galt es, mit erheblichem Planungsaufwand die notwendigen finanziellen Mittel zu mobilisieren, um dieses Darlehen im Zusammenhang mit dem Projekt Connex abzulösen. In diesem Kontext ist eine Forderung gegenüber dem Hauptgesellschafter teilweise abgerufen worden, um hierdurch eine Teilquote der insgesamt benötigten Liquidität verfügbar zu machen. Der übrige Teil, der zur Ablösung des Darlehens heranzuziehen war, konnte mobilisiert werden durch den seinerzeit angelegten Geldbetrag aus dem Verkauf des Restgrundstückes Connex.
2. Die WFG ist auf die Solidarität aller Gesellschafter angewiesen. Im Jahr 2014 wurden die unterschiedlichen Auffassungen über die Kündigungsmöglichkeiten des Gesellschafters Stadt Stolberg vollständig ausgeräumt und alle Zahlungen, die ebenfalls zwischen den Beteiligten strittig waren, wurden geleistet.
3. Im Bereich der Vermietung ist ein technisches Problem bei einer Immobilie aufgetreten. Dieses Problem entstand durch die Verwendung von Industrieschlacke. Industrieschlacken weisen bestimmte chemische Risiken auf, die bei dem in Baesweiler verstandorteten Objekt auch eingetreten sind.

Auf Grund chemischer und physikalischer Reaktionen kam es zu einer Schädigung des Gebäudes und der Außenanlage (durch Risse und Aufwölbungen). Die Folgen für das Jahresergebnis 2014 sind nennenswert (38.995,91 T€ an Instandhaltungsaufwand). Es kann nicht sicher prognostiziert werden, dass im Jahr 2015 noch weitere Maßnahmen ähnlicher Art wie im Jahr 2014 durchzuführen sind. Des Weiteren schränkt die Feststellung der Schäden die weitere Vermarktbarkeit des Objektes ein. Insbesondere kann die WFG das Objekt nicht als mangelfrei veräußern, woran sie dem Grunde nach für das Jahr 2016 bzw. ab dem Geschäftsjahresende 2015 erhöhtes Interesse hätte.

4. Im Vermietungsbereich ist die WFG darum bemüht, analog zum Leasingbereich, die Anzahl unserer Engagements zu reduzieren. Dementsprechend steigt die Bedeutung jedes einzelnen Mieters für das (Rest-)Portfolio an. Wichtig ist, die Auslastung auf dem bestmöglichen Niveau der letzten Jahre weiter zu konsolidieren.

IV Risikoberichterstattung für die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft hat 2008 zwei Verträge über T€ 936 und T€ 657 mit einer Laufzeit von 6 Jahren, einen sogenannten Doppelswap, abgeschlossen. Beide Verträge sind zum 30.05.2014 ausgelaufen.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2013

Im Berichtsjahr 2014 ist von den WFG-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hoher Arbeitseinsatz geleistet worden, der weit über das vertraglich geschuldete Maß hinausging. Für das große Engagement bedankt sich die Geschäftsführung auch im Namen des Aufsichtsrates bei jedem Einzelnen bzw. bei jeder Einzelnen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WFG hart und konzentriert gearbeitet und viel erreicht, was im Jahresergebnis auch abzulesen ist. Trotz einer komplexen regionalwirtschaftlichen Lage zahlreicher unserer Leasingnehmer schließen wir das Geschäftsjahr 2014 mit einem Gewinn ab. Damit hat die Gesellschaft das versprochene Ziel aus der Planung für das Geschäftsjahr 2014 erreicht. Insgesamt hat die Gesellschaft im Berichtsjahr Fortschritt bei der Bereinigung ihres Leasing-Portfolios gemacht.

52146 Würselen, im März 2015

Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-

II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen

EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg

Allgemeine Angaben

Firma	EWV - Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg	Gesellschafter	rhenag Beteiligungs GmbH
Sitz	Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg		53,72%
E-Mail	service@ewv.de		Stadt Stolberg
Homepage	www.ewv.de		14,28%
Rechtsform	GmbH		Stadt Eschweiler
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert (letzte Änderung am 09.02.2010)		13,19%
Geschäftsführer	Dipl.-Ing., Dipl.-Wirt.-Ing. Manfred Schröder		Städteregion Aachen
Gremien	Gesellschafterversammlung Beirat Aufsichtsrat		9,25%
Stammkapital	18.151.450 €		Kreis Heinsberg
Anteil der Stadt in €	395.750 €		3,79%
Mitarbeiter	216 (+29 Auszubildende)		Stadt Alsdorf
Wesentliche Beteiligungen	regionetz GmbH, Düren 100,00%		2,18%
	Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen 49,00%		Stadt Würselen
	Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler 24,90%		1,97%
	GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH 39,00%		Stadt Baesweiler
	Green Solar Herzogenrath GmbH 45,00%		1,00%
	EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH 45,00%		Kreis Düren
	EWV Baesweiler GmbH & Co.KG 45,00%		0,58%
			Gemeinde Roetgen
			0,006%
			Gemeinde Simmerath
			0,006%
			Stadt Monschau
			0,006%
			Stadt Heinsberg
			0,003%
			Gemeinde Aldenhoven
			0,003%
			Gemeinde Inden
			0,003%
			Gemeinde Langerwehe
			0,003%
			Stadt Linnich
			0,003%
			Gemeinde Niederzier
			0,003%
			Stadt Geilenkirchen
			0,003%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung der Städteregion Aachen und benachbarter Gebiete, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wasserversorgungsunternehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der EWW um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.157.174,00	1.417.943,00	1.696.555,00
II. Sachanlagen	138.269.585,48	136.246.997,66	133.230.321,26
III. Finanzanlagen	10.283.416,20	9.019.538,97	9.223.875,71
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.490.814,03	1.697.389,90	2.346.095,18
III. Forderungen	34.913.227,30	58.896.894,84	51.909.853,80
III. Kassenbestand	2.155.260,99	3.325.221,48	21.246.018,07
C. Rechnungsabgrenzungsposten	200.381,33	302.790,37	334.835,02
Aktive Latente Steuern			
	189.469.859,33	210.906.776,22	219.987.554,04

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00	18.151.450,00	18.151.450,00
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94	7.045.123,94	7.045.123,94
III. Andere Gewinnrücklagen	2.650.000,00	2.650.000,00	2.650.000,00
IV. Gewinnvortrag	764,45	103,34	0,00
V. Jahresüberschuss	12.506.796,70	12.095.661,11	13.700.103,34
B. Sonderposten für Investition	12.835.028,00	15.614.109,00	17.997.959,00
C. Rückstellungen	84.879.756,48	88.007.277,17	100.386.565,24
D. Verbindlichkeiten	40.582.702,98	59.225.959,43	51.464.125,02
E. Rechnungsabgrenzungsposten	10.818.236,78	8.117.092,23	8.592.227,50
	189.469.859,33	210.906.776,22	219.987.554,04

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	275.557.164,64	316.854.755,98	323.949.080,46
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-83.379,87	-605.789,85	404.427,00
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	3.523.430,00
Sonstige betriebliche Erträge	18.678.383,34	4.347.001,08	3.467.365,60
Materialaufwand	-190.341.293,13	-231.902.464,41	-228.687.294,99
Personalaufwand	-18.157.741,64	-18.317.667,57	-36.824.904,87
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-11.857.682,00	-12.278.923,00	-12.282.888,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-28.173.218,80	-24.088.884,05	-27.176.003,89
Erträge aus Beteiligungen	552.119,54	422.124,90	161.850,00
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	49.764,47	69.647,03	58.153,85
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	96.704,37	190.010,77	334.178,83
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-4.572,43	-13.989,98	-18.883,45
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.060.702,74	-4.451.868,11	-4.464.016,00
Aufwand aus Verlustübernahme	-18.876.907,73	-7.707.018,44	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.378.638,02	22.516.934,35	22.444.494,54
außerordentliche Aufwendungen / außerordentliches Ergebnis	-669.983,00	-3.103.171,00	-831.935,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-8.874.641,28	-6.963.570,41	-7.556.384,41
Sonstige Steuern	-327.217,04	-354.531,83	-356.071,79
Jahresüberschuss	12.506.796,70	12.095.661,11	13.700.103,34

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapitalquote	26,0%	24,1%	18,9%
Umsatzrendite	4,5%	3,8%	4,2%
Eigenkapitalrendite	31,0%	30,3%	49,2%
EBIT-Marge	16,4%	10,6%	7,9%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

a) 2012	251.427,79 €
b) 2013	221.972,20 €
c) 2014	220.228,73 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2012	63,53 %
b) 2013	56,09 %
c) 2014	55,65 %

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Strom in Höhe von:

a) 2012	1.501.849,24 €
b) 2013	1.381.943,07 €
c) 2014	1.318.675,91 €

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Gas in Höhe von:

a) 2012	118.095,44 €
b) 2013	129.954,43 €
c) 2014	104.311,34 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EWV besteht laut Gesellschaftsvertrag aus 21 Mitgliedern.
Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat kein Mitglied vertreten.

b) Beirat

Der Beirat wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten gebildet.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Beirat vertreten:

Verwaltung:	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014) Herr Friedhelm Krämer (seit dem 25.06.2014)
-------------	--

c) Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafter-versammlung.
Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.
Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:

Herr Bürgermeister Alfred Sonders
(seit dem 25.06.2014)

Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH für das Geschäftsjahr 2014**1. Geschäft und Rahmenbedingungen****1.1. Unternehmensgegenstand**

Die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt ca. 200.000 Privathaushalte und Unternehmen in der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Trinkwasser. Ihre Tochtergesellschaft regionetz GmbH betreibt die von der EWV gepachteten Strom, Gas- und Wassernetze in den Versorgungsgebieten.

1.2 Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen im Wesentlichen in der StädteRegion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

Auf der Basis von Betriebsführungsverträgen führt EWV das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt für die Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt.

Über die Beteiligung, an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW) und die Betriebsführung, versorgt die EWV Kunden in der Stadt Würselen u. a. mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWV im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt.

Daneben erbringt die EWV seit 01.01.2013 die kaufmännische Betriebsführung für ihre 100 %-ige Tochtergesellschaft regionetz GmbH (regionetz), Eschweiler, mit der sie zusätzlich über einen Ergebnisabführungsvertrag verbunden ist. Die regionetz führt seit Anfang 2014 den technischen Netzbetrieb in den Versorgungsnetzen für Gas, Strom und Wärme der EWV durch. Hierzu hat sie zum oben genannten Datum Mitarbeiter der EWV, die dem Netzbereich zugeordnet waren, im Wege eines Betriebsübergangs übernommen, da es nach Auffassung der Regulierungsbehörden erforderlich ist, dass die zur Bewältigung der Aufgaben des Netzbetriebs fachlich hinreichend qualifizierten Arbeitnehmer unmittelbar bei der Netzgesellschaft angestellt sind.

Mit der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH (GREEN), Stolberg, und deren Betriebsführung ist die EWV gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012) und der 5%-Beteiligung an der RUREnergie GmbH (RUREnergie) in 2014 wurde das Geschäftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Ebenfalls im Bereich der regenerativen Energien ist Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO) tätig, an der die EWV mit 6,58 % beteiligt ist.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2014 nach ersten Schätzungen um ca. 2,5 % über das Vorjahresniveau an. Demgegenüber dürfte sich im vergangenen Jahr das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone, insbesondere aufgrund der notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der privaten und staatlichen Haushalte, voraussichtlich nur um knapp 1 % erhöht haben. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland, der größten Volkswirtschaft des Währungsgebiets, wird wahrscheinlich im Jahresvergleich um leicht über 1 % gestiegen sein. Dabei hatte insbesondere der private Konsum einen positiven Einfluss.

2.2. Entwicklungen in der Energiewirtschaft

Witterung

Die Witterung spielt für die Energienachfrage und für die regenerative Erzeugung unseres Unternehmens eine wesentliche Rolle. Im vergangenen Jahr lagen die Temperaturen in Deutschland im Mittel deutlich über dem Wert des Vorjahres sowie dem langjährigen Mittelwert. Das Windaufkommen erreichte 2014 an der Küste höhere Werte, im Binnenland hingegen niedrigere Werte als im Vorjahr. Die solare Einstrahlung lag im Jahresverlauf 2014 nur geringfügig über den Werten des Jahres 2013.

Strom- und Gasnachfrage

Aus den bisher vorliegenden Daten geht hervor, dass der Stromverbrauch in Deutschland 2014 um schätzungsweise 4 % rückläufig war. Hauptgründe dafür sind die relativ schwache Konjunktur energieintensiver Industrien, die im Vergleich zu 2013 insgesamt mildere Witterung sowie generelle Effizienzsteigerungen. Die Gasnachfrage lag mit voraussichtlich 14 % deutlich unter dem Vorjahreswert. Grund für den Rückgang dürften im Wesentlichen die milderen Temperaturen und der weiter rückläufige Einsatz von Gas in der Stromversorgung gewesen sein.

Strompreise

Die Strompreise an der Großhandels-Börse EEX sind im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt merklich gesunken und verringerten sich um 13 % auf knapp 33 Euro/MWh (Base-Kontrakt) bzw. um 15 % auf rund 37 Euro/MWh (Peak-Kontrakt). Diese Entwicklung kann im wesentlichen Teilen auf den Preisrückgang bei Steinkohle sowie zunehmende Einspeisungen aus Windkraft- und Solaranlagen zurückgeführt werden. Im Endkundengeschäft zeigte sich im vergangenen Jahr folgende Entwicklung:

Haushaltskunden mussten im Durchschnitt knapp über 1 % mehr bezahlen, Industriekunden annähernd 2 % mehr.

Gaspreise

Der Preis für Gasimporte nach Deutschland (BAFA-Preis) betrug 2014 nach ersten Schätzungen rund 24 Euro/MWh und lag damit etwa 15 % unter den Preisen des Jahres 2013. Wesentliche Ursache für diesen Preisrückgang waren niedrige Ölpreise (die ölindezierte Verträge verbilligten), Vertragsrevisionen sowie der zunehmend dominierende Anteil von spotpreis-basierten Importen/Verträgen im BAFA-Preis. Die Spotpreise am niederländischen Spotmarkt TTF, dem kontinental-europäischen „Leitmarkt“, lagen mit einem Durchschnittswert von rund 21 Euro/MWh etwa 23 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Tarife für Haushalte lagen nur leicht über dem Vorjahresniveau, während die Preise für Industriekunden um rund 4 % sanken.

Energiewende

Die Bundesregierung verfolgt nachhaltig den Umbau der Energiewirtschaft. Die Entwicklung hin zu einer Energieversorgung ohne Kernenergie und mit stetig wachsendem Anteil Erneuerbarer Energien soll konsequent fortgeführt werden. Die Diskussion um die Kohleverstromung in Verbindung mit den angestrebten Zielen zur CO₂ Reduktion erweitert das skizzierte Umbauszenario. Dabei werden die Ziele des energiepolitischen Dreiecks – Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit sowie Wirtschaftlichkeit – weiterhin als gleichrangig bezeichnet. Letzteres gilt sowohl für den privaten Verbraucher als auch für die energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrie.

Die EEG-Umlage, als eine für nahezu alle Kunden spürbare Komponente bei dem Umbau der Energiewirtschaft, wurde in 2014 novelliert: Das zum 1. August 2014 reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz zeichnet sich durch einen Kurswechsel im Vergleich zu seinen Vorgängerversionen aus. Seit dem Jahr 2000 war das primäre Ziel dieses Gesetzes, den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien an der Stromversorgung zu erhöhen. Dies wurde durch die garantierte Abnahme und marktpreisunabhängige EEG-Vergütung als Regelfall gewährleistet. Im EEG 2014 hingegen gibt es definierte Ausbaupfade zur Mengensteuerung der einzelnen Energieträger und u die Marktintegration der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Ebenfalls wird das Prinzip des „atmenden Deckels“ ausgeweitet. Die Direktvermarktung ist für Neu- und Bestandsanlagen mit kleineren Ausnahmen zum Regelfall geworden, Voraussetzung für diese Vermarktungsform ist die Fernsteuerbarkeit der entsprechenden Anlagen. Die Managementprämie, die zuvor für fernsteuerbare Anlagen zusätzlich zur Marktprämie vergütet wurde, gibt es in der Form nun nicht mehr.

Stattdessen wird sie in Form von „Direktvermarktungsmehrkosten“ in den anzulegenden Wert des EEGs eingepreist. Damit hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien am Strommarkt teilnehmen und auf Marktpreise reagieren zu lassen. Bis 2017 wird es keine festgesetzten Fördersätze mehr geben, sondern die Förderhöhe von Projekten wird dann durch Ausschreibungen ermittelt.

Neben dem Strommarkt ist die langfristige Umgestaltung des Wärmemarktes mitentscheidend für eine erfolgreiche Energiewende. Das formulierte Ziel ist, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Die erfordert neben der Senkung des Gebäudeenergieverbrauchs einen gleichzeitigen Ausbau erneuerbarer Energien zur Wärmenutzung. Demzufolge soll das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz fortentwickelt sowie mit den Bestimmungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) abgeglichen werden. Durch die Entwicklung in Osteuropa hat im Bereich Gas der Aspekt der Versorgungssicherheit in 2014 an Bedeutung gewonnen.

2.3. Wichtige Ereignisse des Jahres

Konzessionen

EWV hat in 2014 (teilweise mit Laufzeitbeginn erst in 2015) die Konzessionen in Monschau (GAS), Aldenhoven (Gas) und Eschweiler Außenbezirke (Strom) erfolgreich verteidigt. Ebenfalls verlängert wurde die Stromkonzession in Aldenhoven mit RWE und im Unterverhältnis mit EWV. In Waldfeucht hingegen hat EWV die Gaskonzession an die Alliander Netz Heinsberg AG (Alliander) verloren. Der Netzübergang erfolgte Ende Dezember 2014, ein Personalübergang fand nicht statt. Ebenfalls in 2014, jedoch bereits mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2014, wurde das Gasnetz in Heinsberg an Alliander übertragen. Die zugehörige Konzession hatte EWV an Alliander bereits in 2013 verloren.

SAP

Seit Januar 2014 erfolgt bei EWV und regionetz die Einführung von SAP als ERP-System. Im Rahmen einer Ausschreibung hat EWV sich in 2013 für die Einführung des SAP ESM (Energy SAP Master), einer SAP Templatelösung der RWE Deutschland AG, entschieden. Der operative Betrieb unter SAP wurde am 01.01.2015 aufgenommen. Im Rahmen der „Einführung gab es in 2014 eine ausführliche Analyse und Konzeption von

Prozessen, der Ablauf- und Aufbauorganisation sowie der IT-Schnittstellen, die seit dem 01.01.2015 umgesetzt werden. Hierdurch ist die Grundlage geschaffen, das EWW und regionetz sich zukunftsorientiert und effizient in den kaufmännischen Prozessen positionieren. Das Projekt wurde sowohl von RWE Deutschland AG als auch von der RWE IT GmbH begleitet.

regionetz

Die EWW hat zu Beginn des Geschäftsjahres 2014 das Anlagevermögen der regionetz vollständig übernommen. Dies waren Software, Fahrzeuge sowie Geräte und Werkzeuge. Die Übernahme diente der effizienten Abbildung von bilanziellen Strukturen für die Anwendung im SAP ESM. Im Übrigen sind alle übrigen Dienstleistungsverträge zwischen den beiden Gesellschaften weiterhin gültig, inklusive des Ergebnisabführungsvertrages.

Zwischen RWE Deutschland AG (RWE) und der EWW wurde am 21. Dezember 2004 ein Vertrag über die Pacht einer Stromversorgung abgeschlossen. Die EWW hat seit 2006 aufgrund gesetzlich zwingender Vorgaben zur rechtlichen Entflechtung (§ 7 EnWG) die von der RWE gepachteten Stromverteilernetze ihrer Netztochtergesellschaft regionetz im Wege der Unterverpachtung zur Ausübung der dieser obliegenden Netzbetreibertätigkeit überlassen. Die im bisherigen Pachtvertrag vereinbarte Grundpacht konnte zunächst im Rahmen der Erlösobergrenze der regionetz in der 1. Regulierungsperiode voll angesetzt werden. In der 2. Regulierungsperiode (2014-2018) wird die Grundpacht jedoch nur noch in erheblich geringerem Umfang bei der Kostenfestsetzung im Rahmen der Erlösobergrenze anerkannt.

Vor diesem Hintergrund vereinbarten RWE und EWW, mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2014, eine Anpassung des Pachtvertrags in Gestalt einer Änderungsvereinbarung zum Vertrag über die Pacht einer Stromversorgung. Damit findet eine Reduzierung der Grundpacht auf das von der BNA regulatorisch zugestandene Niveau statt.

Beteiligungen

In 2014 hat sich EWW von ihrer 49 %-Beteiligung an der Green Bioenergie Cereshof GmbH, Selfkant, getrennt. Das in der Gesellschaft verfolgte Projekt einer Biogasanlage erschien u.a. aufgrund geänderter EEG-Rahmenbedingungen nicht mehr wirtschaftlich realisierbar. Andere Projekte, die eine weitere EWW-Beteiligung in der Gesellschaft begründet hätten, gab es nicht.

Ebenfalls in 2014 hat sich EWW an der RURENERGIE GmbH, Düren, mit 5 % beteiligt, neben den anderen Gesellschaftern wie der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (50,1 %), Stadtwerke Düren GmbH (25,1 %) und S-Beteiligungsgesellschaft mbH (19,1 %). Der Gegenstand der RURENERGIE GmbH ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien.

In der Beteiligung GREEN wurde in 2014 zur Stärkung der Eigenkapitalbasis im Rahmen von Projektfinanzierung einer Kapitalerhöhung einen Anteil von 39 % an der GREEN. Es ergaben sich Anteilsverschiebungen, da einige Gesellschafter die Kapitalerhöhung nicht mitmachten, einige neue Gesellschafter hinzukamen und andere die Gesellschaft verlassen haben.

Produktwechsel

Zum 31.12.2014 lief das Stromprodukt fix 12/14 aus. Die Fixprodukte haben mittlerweile aufgrund der hohen Anzahl an Kunden in diesen Produkten eine strategische Bedeutung. EWW hat allen Kunden bei Abschluss des Nachfolgeproduktes fix 12/15 einen 50-Euro Bonus angeboten. Es wurden 30.000 Kunden angeschrieben. Im Bereich Gas wurden nach Auslaufen des Produktes regioerdgas-fix 09/14 ca. 20.000 Haushaltskunden in das Nachfolgeprodukt regioerdgas-fix „unlimited“ überführt.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWW werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen dabei die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Höhe der jährlichen Investitionen (in die Infrastruktur).

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponekte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWW und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2014 12,5 Mio. Euro gegenüber 12,1 Mio. Euro im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist etwas höher als dies in der Prognose des Vorjahres (11,5 Mio. Euro) geplant war.

Investitionen: Die Verteilung von Energie und Wasser erfordert umfangreiche Strom-, Gas- und Wassernetze, die regelmäßig erneuert und erweitert werden müssen. Die optimale Höhe der Investitionen berücksichtigt einerseits die Versorgungssicherheit, aber auch die finanziellen Restriktionen und regulatorische Anforderungen. Im Geschäftsjahr 2014 hat die EWW ca. 7,9 Mio. Euro im Bereich Strom investiert (Vorjahr 6 Mio. Euro, geplant waren in 2013 für 2014 11,0 Mio. Euro) und 5,8 Mio. Euro im Bereich Gas (Vorjahr 8,6 Mio. Euro, geplant waren in 2013 für 2014 3,9 Mio. Euro).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2014 hat die EWW 609 GWh Strom (Vorjahr 624 GWh, geplant waren in 2013 für 2014 1.933 GWh) abgesetzt.

2.5. Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2014 belaufen sich auf 275,6 Mio. Euro (Vorjahr 316,9 Mio. Euro, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 113,7 Mio. Euro (Vorjahr 118,0 Mio. Euro) und auf den Erdgasverkauf 85,3 Mio. Euro (Vorjahr: 113,3 Mio. Euro) sowie 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,4 Mio. Euro) auf die Wärmeversorgung und das Contracting.

Mit dem Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 52,2 Mio. Euro (Vorjahr: 59,6 Mio. Euro) an Pachtentgelten und Dienstleistungserlösen erzielt. Der Rückgang resultiert insbesondere aus geringen Pachtentgelten für das Stromnetz. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 22,6 Mio. Euro (Vorjahr: 23,6 Mio. Euro). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Im Vergleich zur Planung für 2014 (Umsatzerlösen i. H. v. 298 Mio. Euro) ergeben sich insbesondere aus geringeren Gaserlösen geringere Umsatzerlöse aufgrund der milden Witterung.

Entwicklung im Stromsegment

Das vergleichsweise tiefe Preisniveau, welches sich im Laufe des Jahres 2013 nach einem kontinuierlich fallenden Preistrend an den Handelsmärkten eingestellt hatte, wurde in 2014 gehalten. Im April und Oktober waren sogar Allzeit-Tiefstände zu verzeichnen. Dazwischen bewegten sich die Strompreise in einem engen Band und waren vor allem von der politischen und wirtschaftlichen Nachrichtenlage beeinflusst.

Die aktuellen Terminpreise auf den Energiemärkten zeigen die Erwartung, dass die Commodity-Preise für Strom in den kommenden Jahren in etwa auf dem heutigen Niveau verbleiben. Die Marktteilnehmer gehen von einer zunehmenden Überschussituation am Strommarkt aus, so dass aktuell die niedrigsten Preise für das Jahr 2017 quotiert werden. Dies ist begründet mit einer verstärkten Einspeisung von erneuerbaren Energien bei gleichzeitig noch nicht vollständig erfolgtem Kernenergieausstieg.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV wurden für das Jahr 2014 insgesamt 77 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 7 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2015, gehandelt in 2014.



In 2014 erfolgte keine Preisanpassung für die Stromkunden. Trotz weiter gestiegener EEG-Kosten konnte auf eine Preisanpassung verzichtet werden. Insgesamt war der Verlauf der Kundenwechsel ohne besondere Ausschläge. Trotzdem sind monatlich rd. 300 Wechsler zu verzeichnen. Durch den erfolgreichen Aufbau eignen Door-to-Door-Vertriebs konnte die Anzahl der zurückgewonnenen Kunden erheblich gesteigert werden. Mehr als 1.000 Kunden kehrten über diesen Vertriebskanal im letzten Halbjahr zur EWV zurück. Insgesamt wirkt sich die Verringerung der Kundenverluste durch verbesserte Kundenbindung und die Erhöhung der Kundenrückgewinnung positiv auf die gesamte Kundenentwicklung aus.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere auch die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Die zum 01.01.2015 geplante Neuorganisation innerhalb des B2B-Vertriebes zielt insbesondere auf die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft ab.

Die Marke „Enerswitch“ ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt auf Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden ab. Der Kundenbestand von rd. 1.400 Kunden wird sukzessive über diverse Vertriebskanäle ausgebaut.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2014 bei 609 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (624 GWh inkl. periodenfremd). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Verlust von rd. 7 GWh (inkl. periodenfremd) an Key Account Kunden. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um rd. 28 GWh (davon 24 operativ und 4 periodenfremd). Rd. 18 GWh/a an Zugewinnen bei der Marke „Enerswitch“ standen weitere Mengenabgänge aufgrund struktureller Veränderungen bei der Beschaffung von

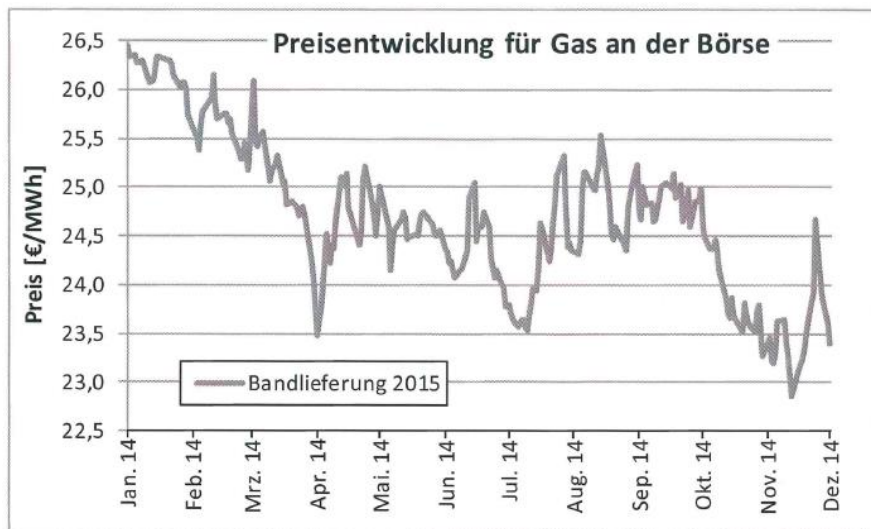
Verlustmengen für regionetz gegenüber. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 255 GWh auf private Haushalte, 69 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 285 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Der Rückgang des Absatzes liegt dabei insgesamt ca. 7 % unterhalb der Prognose für 2014. Der Stromeinkauf erfolgte dabei zu 65 % über RWE und zu 35 % über fremde Händler.

Entwicklung im Erdgassegment

Grundsätzlich kann für das Jahr 2014 ein fallender Preistrend in Bezug auf die Großhandelsmarktpreise für Erdgas festgestellt werden. Hier spielen einerseits die warme Witterung mit der Folge voller Gasspeicher eine Rolle, andererseits aber auch der ab Mitte des Jahres deutlich gefallene Rohölpreis.

Wie die nachfolgende Grafik für die Börsenpreise für das Lieferjahr 2015 zeigt, war dieser generelle Trend jedoch überlagert von zahlreichen kurzfristigen Preisschwankungen. Die Gründe für diese Volatilität waren dabei vor allem in der Ukraine-Krise zu finden, wo sich Verschärfungen und Entspannungen der politischen Situation in kurzer Folge abwechselten.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2014/15 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 21 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 10 verschiedenen Lieferanten geschlossen.



Ganzjährig wurde 2014 auf eine Erhöhung der Erdgaspreise verzichtet. Auch bei den Privatkunden konnten durch den Door-to-Door-Vertrieb im letzten Halbjahr mehr als 400 Kunden zurückgewonnen werden. Die Kundenverluste bewegten sich monatlich bei rd. 250. Eine Ausnahme bildete die Produktablösung im Herbst. In Folge der Umstellung stiegen die Kundenverluste auf über 1.200 in einem Monat. Insgesamt wird für Erdgas in 2014 noch kein Ausgleich von Kundenverlusten und Kundengewinnen erreicht.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einer deutlichen Verstärkung des Wettbewerbs. Dies macht sich insbesondere durch die steigende Zahl der Vertragskündigungen und Abwanderungen von Großkunden bemerkbar. Zunehmend werden die Verträge unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Marktpreise ausgehandelt. Die Gasabsatzmenge im Jahr 2014 verteilt sich mit 841 GWh auf private Haushalte, mit 147 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 537 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden.

Die Erdgasabsatzmenge 2014 liegt mit rund 1.525 GWh insgesamt 605 GWh (-28 %) unter der des Vorjahres (2.130 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus Temperatureffekten und Kundenabgängen. Der Verlust des Absatzes liegt dabei ca. 389 GWh unter der Prognose aus 2013 für 2014. Der Gasabsatz wurde dabei zu 27 % über RWE und zu 73 % über fremde Händler beschafft.

2.6. Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 12,5 Mio. Euro (Vorjahr: 12,1 Mio. Euro).

Die Ertragslage wurde im Geschäftsjahr 2014 von drei wesentlichen Faktoren beeinflusst. Negativ wirkten zum einen die milde Witterung und das dadurch gesunkene Ergebnis im Gasbereich und zum anderen die gegenüber dem Vorjahr erhöhte Verlustübernahme bei der regionetz GmbH. Positiv dagegen wirkten die aufgrund der Konzessionsverluste vollzogenen Netzverkäufe und die hiermit einhergehenden einmaligen Verkaufserlöse.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierende Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2014		2013		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	275.557	100,0%	316.855	100,0%	-41.298	-13,0%
Materialaufwand	-190.341	-69,1%	-231.902	-73,2%	41.561	-17,9%
Rohergebnis	85.216	30,9%	84.953	26,8%	263	0,3%
Andere betriebliche Erträge	18.595	6,7%	3.742	1,2%	14.853	396,9%
Personalaufwand	-18.158	-6,6%	-18.318	-5,8%	160	-0,9%
Andere betriebliche Aufwendungen	-40.358	-14,6%	-36.723	-11,6%	-3.635	9,9%
Betriebsergebnis	45.295	16,4%	33.654	10,6%	11.641	34,6%
Außerordentliches Ergebnis	-670	-0,2%	-3.103	-1,0%	2.433	-78,4%
Finanzergebnis	-23.243	-8,4%	-11.491	-3,6%	-11.752	102,3%
Steuerergebnis	-8.875	-3,2%	-6.964	-2,2%	-1.911	27,4%
Jahresüberschuss	12.507	4,5%	12.096	3,8%	411	3,4%

Die Umsatzerlöse nahmen um 13 % bzw. 41,3 Mio. Euro auf 275,6 Mio. Euro ab.

Wesentlicher Grund hierfür ist der Mengeneffekt im Gasgeschäft, welcher durch die milde Witterung im Winter zu Beginn und zum Ende des Geschäftsjahres eintrat. Als weiterer Grund sind Kundenabgänge zu verzeichnen.

Diese zwei Effekte führten dazu, dass die Gaserlöse von 113,3 Mio. Euro um 28,0 Mio. Euro (24,8 %) auf 85,3 Mio. Euro abnahmen.

Die Stromerlöse und ihre kwh-Verkaufsmenge nahm u. a. bedingt durch Kundenabgänge von 118,0 Mio. Euro um 4,3 Mio. Euro auf 113,7 Euro Mio. ab.

Des Weiteren sanken vor allem witterungsbedingt die Erlöse aus Fernwärme und Contracting um 0,6 Mio. Euro auf 1,8 Mio. Euro.

Schließlich reduzierten sich auch die Betriebsführungsentgelte, welche insbesondere mit der regionetz erwirtschaftet werden. Die gesamten Betriebsführungserlöse reduzierten sich um 6,4 Mio. Euro auf 67,4 Mio. Euro. Maßgeblicher Grund hierfür sind geringere Pachtentgelte.

Der Materialaufwand nahm in nahezu gleicher Höhe wie die Umsatzerlöse um 41,6 Mio. Euro (17,9 %) auf 190,3 Mio. Euro ab; relativ betrachtet nahm dieser sogar um 4,9 %-Pkt. Überproportional ab. Die Strombezugskosten sanken aufgrund überwiegend langfristiger Bezugsverträge lediglich um 1,7 %; die Gasbezugskosten hingegen reduzierten sich in Korrelation zu den gesunkenen Gaserlösen u 34,5 %.

Auf Grund der zweiten Regulierungsperiode für die Verteilnetzbetreiber sanken die durch die EWW zu zahlenden Netznutzungsentgelte deutlich. Im Strom reduzierten sich diese um 16,8 %. Im Gas lag zusätzlich der witterungsbedingten Effekte ein Rückgang um 24,2 % vor.

Als weiterer wesentlicher Effekt zeigen sich Einsparungen in den Pachtentgelten für fremde Netzgebiete und deren Betriebsführung.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 85,2 Mio. Euro bzw. 30,9 % der Umsatzerlöse und konnte relativ um 4,1 %-Pkt. Gesteigert werden.

Die Zunahme der sonstigen Erträge i. H. v. 14,9 Mio. Euro resultierten nahezu zur Gänze zu einen aus den Netzabgängen aufgrund des Verlusts der Konzessionen und den damit einhergehenden Veräußerungen der Netzgebiete Heinsberg und Waldfeucht und zum anderen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Personalaufwand bleibt nahezu unberührt bei 18,2 Mio. Euro.

Die Abschreibungen nahmen um 3,4 % ab und liegen bei 11,9 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen hingegen erhöhten sich um 4,1 Mio. Euro bzw. 17,0 %. Wesentlicher Grund hierfür ist die Erfassung der Aufstockungsbeträge für 18 im Geschäftsjahr geschlossene ATZ-Verträge. Daneben liegen höhere Aufwendungen für Beratungsleistungen in Zusammenhang mit der Einführung von SAP vor.

Das Betriebsergebnis stieg durch diese Effekte per Saldo um 11,6 Mio. Euro an; es beträgt 45,3 Mio. Euro zu 33,7 Mio. Euro im Vorjahr.

Im außerordentlichen Ergebnis ist der anteilige Auflösungsbetrag des BilMoG-Verteilwertes enthalten, welcher sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung durch das BilMoG ergab. Im Geschäftsjahr wurde der Mindestbetrag unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge im Vorjahr aufgelöst. Hingegen wurde im Vorjahr neben den Auflösungsbeträgen aus dem Betriebsübergang auch ein Zusatzbetrag i. H. v. gesamt 2,4 Mio. Euro aufgelöst.

Das Zinsergebnis beträgt 5,0 Mio. Euro und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellungen. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 4,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3,5 Mio. Euro). Die Zinsaufwendungen – resultierend aus der Kreditaufnahme – liegen im Geschäftsjahr bei 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro). Ihr Rückgang ist dem aktuellen niedrigerem Zinsniveau geschuldet.

Das Beteiligungsergebnis liegt im Geschäftsjahr 2014 bei 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro).

Die Verlustübernahme für die Verteilnetzbetreiber-Tochtergesellschaft, die regionetz, zeigt sich im Geschäftsjahr 2014 mit einem Betrag i. H. v. 18,9 Mio. Euro (Vorjahr: 7,7 Mio. Euro) Diese deutliche Zunahme resultiert überwiegend aus den Auswirkungen der 2. Regulierungsperiode und der damit einhergehenden Absenkung der Netzentgelte; neben der Einführung der Altersteilzeit und der dadurch zu erfassenden Aufwendungen für die zu zahlenden Aufstockungsbeträge.

Der Steueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2014 mit einem Betrag i. H. v. 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 7,0 Mio. Euro) zu Buche. Der steuerliche Mehraufwand resultiert im Wesentlichen aus den steuerlich nicht zu erfassenden Rückstellungen für Aufstockungsbeträge.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr bei 4,5 % (Vorjahr: 3,8 %) und konnte um 0,7 %-Pkt. Gesteigert werden. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 12,5 Mio. Euro wurde eine Eigenkapitalrendite von 31,0 % (Vorjahr: 30,3 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 16,4 % (Vorjahr: 10,6 %).

Insgesamt liegt – gleichwohl einer aufgrund der milden Witterungsverhältnisse gegenüber der Planung für 2014 schlechteren Ergebnissituation im Gassegment – ein gleichbleibendes Rohergebnis vor. Unter Berücksichtigung der Netzabgänge und der erhöhten Verlustübernahme für die regionetz konnte die Ergebnissituation leicht verbessert werden.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird vor dem Hintergrund der diesjährigen Winterverhältnisse von einer stabileren Ertragslage ausgegangen.

2.7 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenständen sowie in Finanzanlagen in Höhe 19,3 Mio. Euro (Vorjahr: 16,1 Mio. Euro) getätigt.

Bei der Energieart Gas wurden im Wesentlichen Neubau- und Gewerbegebiete erschlossen sowie erforderliche Sanierungsmaßnahmen im Netz durchgeführt. Des Weiteren wurden ca. 1.500 neue Gasanschlüsse verlegt. Im Bereich der Anlagen wurden einige Umbauten vorgenommen. Im Zuge der Entflechtung des Netzes Waldfeucht wurde ein weiterer Ersatznetz-koppelpunkt errichtet.

Bei der Energieart Strom wurde in 2014 schwerpunktmäßig in den Ortschaften Alsdorf, Eschweiler und Stolberg erhebliche Erneuerungsinvestitionen getätigt; insgesamt wurden ca. 17 km Mittelspannungsleitung erneuert. Auslöser für dieses forcierte Programm der Netzmodernisierung war die massive Restwertkürzung der Regulated Asset Base (RAB) durch die Bundesnetzagentur.

Die Finanzinvestitionen waren geprägt durch eine Kapitalzuführung bei der Green GECCO (1,2 Mio. Euro, ohne Berücksichtigung eines Rückführungsbetrags) sowie der Kapitalerhöhung bei der GREEN (0,3 Mio. Euro) und der Beteiligung/Kapitalerhöhung an der RURENERGIE (0,2 Mio. Euro).

2.8. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	Mio.	%	Mio.	%	Mio.	%
Aktiva						
Anlagevermögen	149,7	79,0%	146,7	69,6%	3,0	2,0%
- davon Sachanlagen	138,3	73,0%	136,2	64,6%	2,1	1,5%
Umlaufvermögen	39,6	20,9%	63,9	30,3%	-24,3	-38,0%
- davon Forderungen aus LuL	29,0	15,3%	502,0	23,8%	-21,2	-42,2%
Rechnungsabgrenzungsp.	2,0	0,1%	0,3	0,1%	-0,1	-33,3%
	189,5	100,0%	210,9	100,0%	-21,4	-10,1%
Passiva						
Eigenkapital	40,4	21,3%	39,9	18,9%	0,5	1,3%
Sonderposten	12,8	6,8%	15,6	7,4%	-2,8	-17,9%
Rückstellungen	84,9	44,8%	88,0	41,7%	-3,1	-3,5%
- davon Pensionsrückstellungen	50,8	26,8%	49,7	23,6%	1,1	2,2%
Verbindlichkeiten	40,6	21,4%	59,3	28,1%	-18,7	-31,5%
- davon ggüber Kreditinstituten	28,8	15,2%	42,0	19,9%	-13,2	-31,4%
Rechnungsabgrenzungsp.	10,8	5,7%	8,1	3,8%	2,7	33,3%
	189,5	100,0%	210,9	100,0%	-21,4	-10,1%

Die Bilanzsumme nahm um 21,4 Mio. Euro von 210,9 Mio. Euro auf 189,5 Mio. Euro ab.

Der maßgebliche Effekt auf der Aktivseite liegt in der Reduzierung der Forderungen aus LUL begründet. Auf der Passivseite führt diese Reduzierung zur Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; daneben ist diese Abnahme aber auch aus Netzverkäufen geprägt.

Die Anlagenintensität liegt – in einer bei einem Versorgungsunternehmens typisch zu erwartenden Höhe – bei 79,0 % (Vorjahr: 69,6 %). Der absolute Anstieg folgt aus der Assetstrategie zur Steigerung der anerkannten Netzkosten.

Das Umlaufvermögen sank um 24,3 Mio. Euro auf 39,6 Mio. Euro. Neben der Abnahme der Umsatzerlöse und der damit einhergehenden geringen Forderungen wurde der Einzug der Abschläge für Dezember 2014 für einen großen Kundenkreis nicht mehr wie im Vorjahr am ersten Bankarbeitstag im neuen Jahr vollzogen, sondern nach Änderung der Kundenverträge am letzten Bankarbeitstag im alten Jahr.

Das Eigenkapital zeigt sich leicht erhöht um 1,3 %-Pkt. Bei 21,3 % der Bilanzsumme. Unter Berücksichtigung von 70 % des Sonderpostens beträgt die Eigenkapitalquote 26,0 % (Vorjahr: 24,1 %).

Die Anlagendeckung – Verhältnis von mittel- und langfristigem Eigen- und Fremdkapital sowie unter Berücksichtigung von 70 % des Sonderpostens zu Anlagevermögen – beträgt 73,4 % (Vorjahr: 78,4 %).

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 50,8 Mio. Euro (49,7 Mio. Euro) betragen. Diese machen nahezu 26,8 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten konnten im kurzfristigen Bereich um 11,8 Mio. Euro und im langfristigen Bereich gemäß den Tilgungsplänen um 1,4 Mio. Euro reduziert werden.

2.9. Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält Kreditlinien, welche temporär und für die saisonal stark volatilen Zahlungsmittelflüsse in Anspruch genommen werden.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der frühzeitigen Vereinnahmung von adäquaten Kundenabschlägen sowie der bestehenden Kreditlinien das finanzielle Gleichgewicht zu jeder Zeit gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft, aus der Investition- und Finanzierungstätigkeit auf:

Angaben in Mio. €	2014	2013	Veränderung	
			in Mio.	in %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	31,7	-11,8	43,5	-368,6%
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-7,0	-16,2	9,2	-56,8%
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-14,1	10	-24,1	-241,0%
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	10,6	-18,0	28,6	-158,9%
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	-29,1	-11,1	-18,0	162,2%
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	-18,5	-29,1	10,6	-36,4%

Im Geschäftsjahr 2014 betrug der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 31,7 Mio. Euro (Vorjahr: -11,8 Mio. Euro). Dieser positive Cash-Flow steht Zahlungsmittelabflüssen aus der Gewinnausschüttung i. H. v. 12,1 Mio. Euro, der Tilgung von Krediten sowie Zinsen i. H. v. 2,0 Mio. Euro sowie dem Saldo aus Einzahlungen aufgrund der Desinvestitionen und Auszahlungen für Investitionen ins Anlagevermögen i. H. v. – 7,0 Mio. Euro gegenüber.

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifikundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWW. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird.

Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen.

Durch die vorliegende Kreditlinie werden diese Zahlungsstromschwankungen gedeckt.

2.10. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2014 beschäftigte die EWW durchschnittlich 217 (Vorjahr: 218) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWW 33 Menschen in einer Ausbildung zur/zum Industriekaufrau/-mann, Elektroniker/in für Betriebstechnik, Industrieelektriker/in Betriebstechnik und in den Ausbildungsberufen mit integriertem Studium zur/zum Industriekaufrau/-mann BWL Praxisverbund Lehre und Studium (PLuS) sowie Elektrotechnik PLuS.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebende wurden im Geschäftsjahr 3,5 Mio. Euro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 485.

Altersteilzeit

Zum Zweck einer ausgewogenen Altersstruktur und der Beschleunigung des Generationswechsels bot die EWW bereits in 2013 ein erstes Modell zur vorzeitigen Altersrente an. 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Im Frühjahr 2014 hat die EWW beschlossen, weitere Mitarbeitern/innen der Jahrgänge 1955 – 1962 Altersteilzeitarbeit anzubieten. 40 Mitarbeitern/innen wurden Angebote unterbreitet – 18 Kollegen/innen haben sich für einen vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand entschieden.

Strategische Personalplanung und Erstausbildungsplanung

Im Jahr 2014 wurde das Verfahren zur strategischen Personalplanung bei der EWW eingeführt. Hierbei werden die zukünftigen Anforderungen mit der aktuellen Personalsituation abgeglichen, sowohl was die Qualifikation angeht als auch was die Quantität (altersbedingtes Ausscheiden) angeht. Eine potenzielle Lücke wird anschließend durch Mitarbeiterentwicklungsmaßnahmen geschlossen.

Daran anknüpfend werden die Aktivitäten der Erstausbildung neu ausgerichtet. Neben den bisherigen Ausbildungsberufen zur/zum Industriekaufrau/-mann und Elektroniker/in für Betriebstechnik bildet die EWW ab 2015 auch im Berufsbild Kaufmann/-frau für Büromanagement aus. Ein Ausbildungsplatz wird in Kooperation mit der Agentur für Arbeit als Teilzeitausbildung besetzt. Die Ausbildungsberufe mit integriertem Studium werden ab 2015 abgelöst durch eine konventionelle Ausbildung mit der Möglichkeit des berufsbegleitenden, geförderten Studiums.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Zur Weiterentwicklung der Sicherheitskultur im Arbeits- und Gesundheitsschutz wurden für alle Führungskräfte der EWW auf Grundlage des RWE-Sicherheitsprogramms „sicher vorWEg“ ein- und zweitägige Workshops durchgeführt.

Zum 01.01.2015 hat sich EWW für einen Wechsel im Arbeitsmedizinischen Dienst entschieden. Neuer Vertragspartner ist der AMD TÜV Arbeitsmedizinische Dienste GmbH mit einer neuen Betriebsstelle in Würselen.

Auf Grundlage der Workshopergebnisse wurden im Führungskreis weitergehende Maßnahmen und die Einführung zusätzlicher Instrumente zur Förderung der Sicherheitskultur beschlossen.

2.11. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWW Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWW den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

EWW berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region.

2.12. Tätigkeitenabschlüsse

EWW ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne § 3 Nr. 38 EnWG. In diesem Zusammenhang erstellt die EWW in folgenden Bereichen Tätigkeitenabschlüsse nach EnWG, so wie diese erforderlich wären, wenn diese Tätigkeiten von einem rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung

Getrennte Konten werden darüber hinaus geführt für andere Aktivitäten innerhalb des Elektrizitätssektors, andere Aktivitäten innerhalb des Gassektors und andere Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Im Regelfall erfolgt in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen eine direkte Zuordnung zu den Unternehmenstätigkeiten. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist oder aufgrund unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar erscheint, wird eine Zuordnung durch sachgerechte Schlüssel vorgenommen.

Die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Bilanzsumme in den einzelnen Tätigkeiten entwickelte sich wie folgt:

	Elektrizitätsverteilung		Gasverteilung	
	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Umsatzerlöse	13.522	22.595	19.344	20.361
Jahresüberschuss	99	2.986	13.080	8.274
Bilanzsumme	35.693	41.114	80.447	85.840

Die Umsatzerlöse der Elektrizitätsverteilung in Höhe von 13,5 Mio. Euro setzen sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (5,6 Mio. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (0,9 Mio. Euro) und den

Konzessionsabgaben (7,0 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der Gasverteilung in Höhe von 19,3 Mio. Euro setzen sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (17,5. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (1,2 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (0,6 Mio. Euro).

3. Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagement

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2010 aktualisierten RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Die Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWV in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

4.2. Absatzmarktrisiken

Im Jahr 2014 wurde der signifikante Einfluss der Witterung insbesondere auf den Erdgasabsatz deutlich. Das warme Jahr 2014 führte zu deutlichen Absatzreduzierungen. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende „Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern“ führen darüber hinaus zu einem stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken.

Auch in 2015 ist von weiteren Kundenverlusten auszugehen, da es in allen Kundensegmenten anhaltenden Wettbewerb gibt. Dagegen stehen die Chancen aus Kundengewinnen bei Strom und Gas in allen Kundensegmenten. Die EWV ist hier durch die laufenden Maßnahmen zu Kundengewinnung und Kundenbindung auf dem Weg zu einer ausgeglichenen Kundenbilanz.

Die neuen Kundenzentren in Stolberg und Geilenkirchen werden sehr gut angenommen. EWV bietet hier ein umfangreiches Beratungs- und Serviceangebot an. Zusammen mit dem „effeff.ac“ in Aachen gibt es nun für fast alle Kunden der EWV im Nahbereich eine kompetente Beratungsmöglichkeit für Energiefragen.

4.3. Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit

können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2015 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2012 bis 2014 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte gekauft. Für die Lieferjahre 2016 und 2018 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

4.4. Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Netz-, EDV- oder administrativen Bereich. Durch die Verpachtung der Verteilnetze an die regionetz wurde ein Großteil der Risiken des Netzbetriebs auf die regionetz übertragen. Diesen wird durch systematische Wartung der Netze und Anlagen sowie kontinuierlicher Verbesserung begegnet. Ziel ist die Erreichung einer hohen Versorgungssicherheit für die Kunden. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

4.5 Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWV voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnismrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

4.6 Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse für das Betriebsergebnis.

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen in Form von Kundenbindungsprogrammen, Produktmanagement und strukturierten Beschaffungsvorgängen

beschlossen.

4.7. Risiko-Portfolio

Zweimal jährlich wird das Risiko-Portfolio der EWW aktualisiert. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - Niedrig (>1 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Hoch (>20 bis 50 %)
 - Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklassen im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWW auf 2 Millionen Euro festgelegt.

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWW nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Im Berichtsjahr wurden fünf Risiken als wesentlich eingestuft, wovon drei unter besonderer Beobachtung stehen:

1. *Haftungsrisiko nach Wegfall der AVB (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Mit In-Kraft-Treten der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) am 08.11.06 ist die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) außer Kraft getreten. Dadurch besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Haftungsmaßstab nach Ablauf einer sechsmonatigen Übergangsfrist, unwirksam ist. Betroffen sind Verträge außerhalb des Anwendungsbereiches der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) also außerhalb der Niederspannung. Bei Kunden, die das Anpassungsbegehren und die Verträge zurückweisen, kann ein konkludentes Verhalten mit Sicherheit nicht unterstellt werden. Im Falle einer Versorgungsstörung, die regionetz als Netzbetreiber zu verantworten hat, würde regionetz diesen Kunden gegenüber unbegrenzt gemäß BGB haften.

2. *Absinken der spezifischen Margen Gas (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko, dass die Margen sinken.

3. *Politische Krisen (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Hier besteht das Risiko, dass aus aktuellen Krisenregionen der Erde (Ukraine, Russland, Naher Osten)

infolge politischer Instabilitäten die Erdgaslieferungen nach Deutschland eingeschränkt oder gar gestoppt werden.

4.8. Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

5. Prognosebericht und Chancen

5.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die Energiewende belastet nahezu alle Marktteilnehmer. Konventionelle Kraftwerke werden zunehmend aus dem Erzeugungsportfolio verdrängt oder werden unwirtschaftlich. Dies führt zu signifikanten Ergebniseinbrüchen bei Energieproduzenten oder Unternehmen mit Kraftwerksbeteiligungen.

Die steigenden gesetzlichen Umlagen, allen voran die EEG Umlage, belasten zunehmend die privaten Haushalte aber auch Industrie und Gewerbe. Dies hat die Bundesregierung zu der durchgeführten Reform des EEG veranlasst, um Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs zu bremsen.

Nachdem die Temperaturen des Jahres 2014 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen und damit der Absatz im Bereich Gas deutlich unterhalb des Normaljahres lag, geht die Gesellschaft für das Jahr 2015 von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2015 werden nicht unterstellt.

In Zukunft wird es Aufgabe der EWV sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

5.2. Strategische Entwicklung der EWV

Aufbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2014 hat EWV den Ausbau der „neuen Geschäftsfelder“ Dienstleistungen, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben.

Neben dem Bau von BHKW's und zahlreichen Contracting-Anlagen im Wärmemarkt wurden die laufenden Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien weiter verfolgt.

Die EWV hat sich in 2014 sich mit 5 % an der RURENERGIE GmbH beteiligt, die analog zu GREEN ebenfalls in erneuerbare Energien-Anlagen investiert (Projektierung und Betrieb).

Kooperationen

Das im Oktober 2011 mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerk Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist mittlerweile gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet den privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig.

EWV ist mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green Gecco GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist RWE Innogy GmbH. Insgesamt betreibt Green Gecco GmbH & Co. KG 5 große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide seit April 2014 und Nordrhein-Westfalen (Titz)). Die Weiterentwicklung dieser Projekte war Schwerpunkt in 2014 und wird auch in 2015 fortgesetzt. Neue Projekte sind für 2015 nicht geplant.

Vor dem Hintergrund der sich ständig ändernden regulatorischen Rahmenbedingungen und der damit verbundenen Auswirkungen auf die EWV über die 100 %-ige Tochtergesellschaft regionetz, werden in 2015 Kooperationsmöglichkeiten mit einem Netzbetreiber in angrenzenden bzw. überlagerndem Netzgebiet geprüft.

Effizienzsteigerung in bestehenden Geschäftsfeldern

Die Bearbeitung der Teilprojekte im Rahmen des im Oktober 2012 gestarteten Projektes EWV 2016 beendet. In 12 Teilprojekten wurden Prozessverbesserungen, Maßnahmen zur Erlössteigerungen sowie zu Kosteneinsparungen erarbeitet. Derzeit befindet sich ein ergebniswirksames Volumen in Höhe von ca. 2,9 Mio. Euro in der Umsetzung.

Zur weiteren Effizienzsteigerung wurde zum 01.01.2015 SAP als neue ERP-Software im Unternehmen eingeführt. Das Einführungsprojekt begann am 16.01.2014 und führte zu diversen organisatorischen Veränderungen und Anpassungen der Prozesse.

5.3 Ausblick

Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2015 voraussichtlich um etwa 3 % steigen. Im Euro-Raum werden die notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der privaten und staatlichen Haushalte das Wachstum wahrscheinlich weiter gedämpft halten. Das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone könnte somit um rund 1 % steigen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: Nach einem Wachstum von rund 1 % im vergangenen Jahr hält der Sachverständigenrat auch für 2015 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung von 1 % für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die robuste Beschäftigungssituation und die gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen in der Heizperiode des Jahres 2014 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Fall eines Jahres 2015 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Gas- und Stromverbrauch über den Werten des Vorjahres liegen. Demgegenüber sollte der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage aufgrund der besseren Wirtschaftswachstumsaussichten für 2014 das Vorjahresniveau überschreiten.

Energiepreise

Gas-Forwardkontrakte (TTF) für 2015 werden zurzeit mit rund 19 Euro/MWh und somit rund 8 % unter dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet.

Im Strommarkt erwarten Händler für 2015 eine uneinheitliche Entwicklung: Der Base-Forwardkontrakt notiert zur Zeit mit durchschnittlich rund 32 Euro/MWh ca. 2 % unter den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2014, während der Peak-Forwardkontrakt mit etwa 40 Euro/MWh rund 9 % über dem durchschnittlichen Peakpreis im Jahr 2014 liegt.

EWV Schwerpunkte

In 2015 wird die Stabilisierung der Prozesse entlang des SAP ESM erfolgen. Darüber hinaus wird die Integration weiterer Subsysteme ins SAP sowie die Optimierung von Schnittstellen im nächsten Fokus stehen.

Im Kundenservice ist geplant, Teile der Callcenter Dienstleistungen zurück an den Standort nach Stolberg zu holen, zwecks Effizienzsteigerung und Optimierung im Serviceangebot.

Seitens des Vertriebes steht einerseits die Kundenbindung durch eine neue Image-Kampagne der EWV und diverse Kundenbindungsinstrumente als auch die Kundengewinnung durch den Ausbau bzw. die Optimierung der neuen Vertriebskanäle im Fokus.

Im Bereich der erneuerbaren Energien wird insbesondere die Planung des Baus eines Windparks auf Stolberger Gebiet weiter vorangetrieben. Im Energiedienstleistungsbereich und im Wärmecontracting ist ebenfalls über diverse Projekte eine weitere Expansion angestrebt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2015 (302,1 Mio. Euro) betragen. Der Anstieg der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus einem steigenden Absatz von Gas und Strom. Für 2015 ist geplant, 721 GWh Strom und 1.862 GWh Gas abzusetzen. Dabei wird in 2015 mit Stromerlösen i. H. v. 115,0 Mio. Euro und Gaserlösen i. H. v. mit 99,7 Mio. Euro geplant. Das Ergebnis der regionetz ist in der Planung für 2015 mit -5,3 Mio. Euro unterstellt. Der Jahresüberschuss wird in 2015 gemäß Planung ca. 14,5 Mio. Euro betragen. EWV strebt in 2015 an, ca. 22 Mio. Euro zu investieren.

6. Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2014 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Stolberg, den 27. Januar 2015

EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Die Geschäftsführung

(Manfred Schröder)

enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath

Allgemeine Angaben

Firma	enwor - energie & wasser vor ort
Sitz	Kaiserstraße 86 52124 Herzogenrath
E-Mail	info@enwor-vorort.de
Homepage	www.enwor-vorort.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	28.05.2004 in der derzeit gültigen Fassung letzte Änderung 19.05.2011
Geschäftsführer	Dipl.-Kfm. Herbert Pagel
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung
Stammkapital	21.007.400 €
Anteil der Stadt in €	550.250 €
Mitarbeiter	311

Gesellschafter

StädteRegion Aachen	55,810%
Stadt Herzogenrath	27,896%
Stadt Würselen	11,891%
Stadt Alsdorf	2,619%
Städt. Wasserwerk Eschweiler	1,522%
Stadt Baesweiler	0,250%
Ost-West GmbH	0,006%
1 ehem. Aktionär	0,006%

Wesentliche Beteiligungen

Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen	50,00%
enwor - wärme vor ort GmbH, Herzogenrath	100,00%
Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen	49,00%
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH, Aachen	30,00%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der *enwor- energie und wasser vor ort* GmbH um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.270.124,00	4.645.906,00	4.936.135,00
II. Sachanlagen	117.287.849,00	118.337.499,00	119.445.551,00
III. Finanzanlagen	31.847.784,02	28.451.941,43	21.566.731,27
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.305.286,46	1.237.094,92	1.575.210,61
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.504.041,88	13.294.773,53	15.167.856,06
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	21.091,03	230.053,57	170.105,59
C. Rechnungsabgrenzungsposten	434.761,66	480.191,81	198.539,26
	170.670.938,05	166.677.460,26	163.060.128,79

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	21.007.400,00	21.007.400,00	21.007.400,00
II. Kapitalrücklage	3.555.707,57	3.555.707,57	3.555.707,57
III. Gewinnrücklagen	9.765.420,77	9.716.173,97	9.627.365,73
IV. Jahresüberschuss	8.230.619,94	8.049.246,80	8.088.808,24
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	13.547.928,00	12.665.079,00	11.850.422,00
C. Rückstellungen	65.023.761,51	62.964.682,37	58.539.641,01
D. Verbindlichkeiten	46.507.510,19	44.775.571,05	45.402.051,44
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.032.590,07	3.943.599,50	4.988.732,80
	170.670.938,05	166.677.460,26	163.060.128,79

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	127.511.425,96	133.807.560,11	126.406.656,77
Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	36.471,65	-63.725,68	107.675,23
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.634.079,00	1.493.399,00	1.489.821,00
Sonstige betriebliche Erträge	7.783.150,36	8.796.298,39	8.599.857,34
Materialaufwand	77.874.490,93	83.969.634,86	77.829.052,15
Personalaufwand	22.475.301,63	22.127.992,74	22.194.185,00
Abschreibungen	8.744.080,00	8.788.608,00	8.952.426,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.798.799,70	13.546.513,05	12.782.713,31
Erträge aus Beteiligungen	923.499,51	594.738,99	696.714,71
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	424.937,11	746.579,25	546.722,33
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	31.751,03	53.108,22	32.023,41
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	559.749,70	344.063,45	312.945,09
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.229.083,09	4.415.085,42	4.652.445,89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.783.308,97	12.924.187,66	11.781.593,53
außerordentliche Aufwendungen	422.152,00	422.152,00	422.152,00
außerordentliches Ergebnis	-422.152,00	-422.152,00	-422.152,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.189.955,19	4.733.154,08	3.247.601,54
Sonstige Steuern	-59.418,16	-280.365,22	23.031,75
Jahresüberschuss	8.230.619,94	8.049.246,80	8.088.808,24

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapitalquote	30,3%	30,5%	31,0%
Fremdkapitalquote	69,1%	69,5%	69,0%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2012	176.384,68 €
b) 2013	176.384,68 €
c) 2014	176.384,68 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2012	32,06 %
b) 2013	32,06 %
c) 2014	32,06 %

Die enwor GmbH zahlte Konzessionsabgaben für Wasser in Höhe von:

a) 2012	666.450,85 €
b) 2013	660.201,54 €
c) 2014	659.995,01 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Städteregionsrat der Städteregion Aachen ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates.
Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung:	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (bis 23.06.2014)
-------------	---

b) Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet je einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.
Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014)
	Vertreter: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht der enwor – energie & wasser vor ort GmbH 2014**1. Grundlagen des Konzern/Unternehmens**

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH (Mutterunternehmen) zusammen mit den von ihr betriebsgeführten und in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften enwor – wärme vor ort GmbH (Tochterunternehmen) und WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (Gemeinschaftsunternehmen) die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die enwor hat im Geschäftsjahr 2014 die hiermit verbundenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt.

Die interne Steuerung ist auf sämtliche Konzernbereiche ausgerichtet. Die enwor verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Als zentrales Ergebnisdokument des strategischen Planungsprozesses beschließt die Geschäftsführung die Geschäftsstrategie, welche die Konzernplanung einschließlich der Planung der Geschäftsfelder umfasst. Sie bildet die Grundlage für die Risikostrategie. Die Geschäftsstrategie wird dem Aufsichtsrat in Form einer kurz- und mittelfristigen Planungsrechnung zur Genehmigung vorgelegt (jeweils in der letzten Sitzung des Jahres).

Sofern nichts anderes gesagt wird, beziehen sich die Angaben auf den Einzel- und Konzernabschluss der enwor – energie & Wasser vor ort GmbH.

Es gelten die folgenden Abkürzungen:

enwor	enwor – energie & Wasser vor ort GmbH
enwor-wärme	enwor – wärme vor ort GmbH
WAG	Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH
TGH	Trianel Gaskraftwerk Hamm-Uentrop GmbH & Co. KG
TKL	Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG

2. Wirtschaftsbericht**2.1 Überblick – Politische und wirtschaftliche Entwicklung**

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kann im Jahr 2014 als stabil beschrieben werden, was auch auf die Branchenentwicklung der Energie- und Wasserversorgung zutrifft. Eine hohe Beschäftigung, angemessene Tarifabschlüsse bei gleichzeitig niedriger Inflation haben sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt als auch die Kaufkraft der privaten Haushalte erhöht. In diesem wirtschaftspolitischen Umfeld hat sich auch die enwor – energie & Wasser vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2014 stabil entwickelt, auch wenn es in einzelnen Geschäftsbereichen Besonderheiten gab, auf die im Folgenden noch eingegangen wird.

Nachdem im Geschäftsbereich Wasserwirtschaft im Jahr 2013 der Gesetzgeber mit der EU-Rahmenrichtlinie sowie mit der GWB-Novelle noch erheblich Einfluss auf die Rahmenbedingungen genommen hat, ist im Geschäftsjahr 2014 der gesetzgeberische Rahmen der Wasserwirtschaft unverändert geblieben. In diesem wirtschaftlich sowie politisch stabilen Umfeld hat sich der Geschäftsbereich Wasserwirtschaft bei der enwor bei konstanten Bezugskosten und unveränderten Abgabepreisen und einem ebenfalls nahezu unveränderten Mengengerüst planmäßig weiterentwickelt.

Wie bereits in den beiden Vorjahren ist und bleibt die Energiewende das beherrschende Thema in der Branche. Der Gesetzgeber hat hier im Sommer 2014 mit einer umfangreichen Novelle das Erneuerbare-Energien-Gesetz

grundlegend überarbeitet. Die bisher geltenden Prinzipien der festen Einspeisevergütung, des Einspeisevorrangs und des unbegrenzten Anlagenzubaues wurden in einem deutlichen Systemwechsel hin zur Direktvermarktung, der zwingenden Regelbarkeit von Anlagen sowie des auktionierten Zubaus weiterentwickelt. Da sich dieser Systemwechsel jedoch über eine schrittweise Einführung über mehrere Jahre erstrecken wird und andererseits auch für alle Bestandsanlagen weiterhin der alte Rechtsrahmen Gültigkeit behält, werden sich die Auswirkungen dieser umfassenden Gesetzesänderung erst in einem mehrjährigen Prozess in der zukünftigen Marktentwicklung zeigen.

Das Geschäftsjahr 2014 war also von diesen gesetzlichen Neuerungen noch nicht beeinflusst und hat sich im Wesentlichen zu den gleichen Bedingungen wie in den beiden Vorjahren entwickelt. Dies bedeutet zu einer leicht rückläufigen Geschäftsentwicklung im Netz- und Vertriebsbereich aber auch eine weitere Verschärfung der Probleme in der Energieerzeugung.

Die erneuerbaren Energien erreichten mit einem Anteil von 25,8 % an der Brutto-Stromerzeugung einen neuen Rekordwert und sind damit im Jahr 2014 erstmals der wichtigste Energieträger vor allen konventionellen Energiequellen. Andererseits ging aber auch die 2013 begonnene Renaissance der Stromerzeugung aus Braunkohle in Deutschland weiter und die durch den Primärenergieeinsatz Braunkohle erzeugte Strommenge hat gegenüber dem Vorjahr nochmals zugenommen. Dies führt einerseits zu dem klimapolitisch ungewollten Ergebnis zu hohen CO²-Emissionen und drängt andererseits gerade neue und effiziente Gas- und Steinkohlekraftwerke in die Verlustzone, was auch enwor durch die Kraftwerksbeteiligungen in Lünen und Hamm im Jahr 2014 deutlich zu spüren bekam.

Die diversifizierte Unternehmensstruktur innerhalb des Konzerns, die wir im Geschäftsjahr 2014 durch Investitionen im Geschäftsbereich Telekommunikation sowie zusätzliche Unternehmensbeteiligungen an EEG-Erzeugungsanlagen weiter gestärkt haben, ist die Strategie, um die hohen Volatilitäten einzelner Geschäftsbereiche im Endergebnis auszubalancieren. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch mittelfristig eine stabile Weiterentwicklung der enwor – energie & Wasser vor ort GmbH und des Konzerns.

Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage näher dargestellt. Zusammenfassend war die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor in 2014 jederzeit geordnet.

2.2 Ertragslage

Das Geschäftsergebnis des Konzerns liegt mit 8,8 Mio. € über dem Ergebnis des Vorjahres mit 8,6 Mio. €.

Das Geschäftsergebnis der Muttergesellschaft des Geschäftsjahres 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 8,2 Mio. € ebenfalls leicht über dem Vorjahresniveau ab und bestätigt die bei enwor seit Jahren hohe Ergebniskonstanz. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,0 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 0,2 T€ in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt günstig verlaufen.

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse ist in den nachfolgenden Darstellung zu den einzelnen Bereichen dargestellt. Insgesamt sind die Umsatzerlöse von 133.808 T€ im Vorjahr um 6.297 T€ auf 127.511 T€ zurückgegangen.

Die Materialaufwendungen sind ebenfalls um von rd. 83.970 im Vorjahr auf rd. 6.056 T€ auf 77.874 T€ korrespondierend zu den Umsatzerlösen zurückgegangen. Die Materialaufwandsquote hat sich dagegen von rd. 62 % im Vorjahr auf 60 % im Geschäftsjahr verbessert.

Der Personalaufwand ist um TEuro 347 leicht gestiegen auf TEuro 22.475, die Abschreibungen sind auf Vorjahresniveau, während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sogar um 747 T€ rückläufig waren (im Vorjahr erhöhter Aufwand durch Forderungsabschreibungen wegen Insolvenz eines Kunden).

Eine detailliert Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus dem veröffentlichten Spartenabschluss.

Die Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und betreut dort über 1.096 km langes Leitungsnetz (Vorjahr 1.087 km) insgesamt 24.879 Anschlüsse (Vorjahr 24.669). Die Jahresnetzlast ist deutlich gesunken auf 326,9 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert von 337,6 Mio. kWh. Die Durchleitungsmengen für Fremdlieferanten sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 mit 138,7 Mio. kWh deutlich zum Vorjahreswert mit 122,5 Mio. kWh gestiegen.

Die Gesamterlöse des Stromnetzbetriebes lagen in 2014 mit 20,8 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert in Höhe von 20,1 Mio. €.

Im investiven Bereich wurden die bereits im Vorjahr begonnenen Erschließungsmaßnahmen der Baugebiete „Raderfeld“ in Herzogenrath sowie „Kapellenfeldchen“ in Würselen abgeschlossen.

Strom Vertrieb

Aus vertrieblicher Sicht hat sich die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor im Geschäftsjahr 2014 von 318,5 Mio. kWh im Vorjahr auf nunmehr 276,6 Mio. kWh deutlich rückläufig entwickelt. Dabei ging sowohl der Out-Of-Area-Absatz auf 96,4 Mio. kWh als auch die Absatzmenge im eigenen Netz auf 171,3 Mio. kWh zurück.

Während das Geschäft mit Haushaltskunden annähernd konstant blieb, gab es rückläufige Mengen bei größeren Sondervertragskunden durch Lieferantenwechsel oder auch durch Eigenerzeugung (BHKW) beim Kunden.

Entsprechend war in 2014 auch das Rohergebnis Strom Vertrieb mit 1,8 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €) rückläufig.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den sonstigen Aktivitäten in der Stromsparte zählen vornehmlich die Stromerzeugung sowie die Straßenbeleuchtung. Von besonderer Bedeutung war im Geschäftsjahr 2014 die Anpassung der Straßenbeleuchtungsverträge mit den Städten Herzogenrath und Würselen. Nach rund 10 Jahren Laufzeit konnten diese Verträge an die geänderten wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen angepasst werden, sodass diese für die noch ausstehende Restlaufzeit von ebenfalls ca. 10 Jahren wieder auf aktuellem Stand sind. Gleichzeitig wurde eine Transparenz bei der Rechnungslegung vereinbart sowie ein umfassendes Reinvestitionsprogramm auf energieeffiziente Lampentechnik verabschiedet.

In den Geschäftsjahren 2015 und 2016 werden über 4.000 Lampen auf LED-Technik umgestellt.

Der Ergebnisbeitrag der Energieerzeugung aus der Beteiligung an dem GuD-Kraftwerk in Hamm (TGH) war mit -251 T€ erstmals seit Inbetriebnahme des Kraftwerks negativ. Zusätzlich hat der ganzjährige Betrieb unserer Beteiligung am Steinkohlekraftwerkes in Lünen (TKL) das Ergebnis mit einer Unterdeckung in Höhe von 1,6 Mio. € belastet.

Die Gesellschafter der TGH planen daher eine umfassende Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2015. Nach der inzwischen beschlossenen Beendigung des Gaslieferungsvertrages und des Darlehensvertrages können auch die Stromabnahmeverträge mit den Gesellschaftern beendet werden. Nach einem Teilbetriebsjahr 2015 wird die TGH dann in 2016 bis 2020 das Ergebnis der enwor nach dem derzeitigen Planungsstand nicht mehr belasten.

Dem gegenüber hat sich bei weiter einbrechenden EEX-Notierungen die Wirtschaftlichkeit des Steinkohlekraftwerkes in Lünen TKL weiter verschlechtert. enwor hat daher die Drohverlustrückstellungen um zusätzliche 574 T€ aufgestockt.

Die Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath. Die Leitungslänge wuchs im Geschäftsjahr um 1 km auf jetzt 130 km und auch die Anschlussentwicklung blieb mit einer Steigerung von 124 Hausanschlüssen positiv. Witterungsbedingt ist die Gasabgabe im Netz von 231,1 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 187,3 Mio. kWh gesunken. Hierbei hat sich die Anzahl der Lieferstellen der Fremdlieferanten von 1.339 im Vorjahr auf jetzt 1.412 erhöht – ein Zeichen für die weitere Intensivierung des vertrieblichen Wettbewerbs im Gasmarkt.

Im investiven Bereich gab es neben den bereits erwähnten neuen Hausanschlüssen und der geringen Leitungsnetzerweiterung im Geschäftsjahr 2014 keine Besonderheiten.

Gas Vertrieb

Die zunehmende Wettbewerbsintensität im Gasmarkt hat sich auch im Geschäftsjahr 2014 unvermindert weiter entwickelt. Einerseits konnte die enwor die Anzahl der Out-Of-Area-Lieferstellen mit 1.412 im Vergleich zum Vorjahr (1.303) deutlich steigern, jedoch haben sich im eigenen Netzgebiet ebenfalls mit 1.412 Lieferstellen mehr Kunden durch fremde Versorger beliefern lassen. Die Gasabgabe an Kunden sank witterungsbedingt von 235,7 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 192,5 Mio. kWh in 2014.

Bei leicht gesunkenen Beschaffungskosten und ebenfalls niedrigeren Netzentgelten konnte die Gasvertriebspartie im Geschäftsjahr 2014 mit einem Rohergebnis von 1,7 Mio. € deutlich über Vorjahresniveau abschließen.

Die Entwicklung im Wasserbereich

enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg, sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt über 69.417 Kundenverträgen mehr als 270.000 Menschen in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser.

Die Wasserabgabe lag mit 14,6 Mio. cbm fast genau auf Vorjahresniveau in Höhe von 14,4 Mio. cbm und war damit erstmals seit mehreren Jahren nicht rückläufig. Bei unveränderten Abgabepreisen lagen entsprechend auch die Umsatzerlös mit 36,0 Mio. € knapp über dem Vorjahreswert von 35,5 Mio. €. Der Wasserbezugspreis im Geschäftsjahr 2014 betrug unverändert 69,5 ct/cbm zuzüglich des Wasserentnahmeentgeltes. In Summe beliefen sich die Wasserbezugskosten von der WAG im Geschäftsjahr 2014 auf 10,0 Mio. €, so dass ein Rohergebnis der Wasserspartie in Höhe von 26,4 Mio. € erzielt werden konnte (Vorjahr 26,0 Mio. €).

Bei weiterhin auch im Geschäftsjahr 2015 unveränderten Bezugspreisen als auch Abgabepreisen gehen wir von einer stabilen Entwicklung der Wasserspartie innerhalb des enwor-Geschäftsbetriebes aus.

Entwicklungen bei der Beteiligungsgesellschaft WAG

Ohne den o. g. Anteil der enwor wurden 21,9 Mio. m³ Trinkwasser von der WAG an die Wasserversorgungsunternehmen geliefert. Ursache dieser Absatzsteigerung waren u. a. die Trinkwasserlieferungen an Stadtwerke Düren GmbH (SWD), da diese nun im Vergleich zum Vorjahr ganzjährig beliefert wurden.

Das Jahresergebnis der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 107 T€ auf 1.149 T€. Der Überschuss vor Steuern lag bei 1.782 T€. Damit konnte das hohe Ergebnisniveau des Vorjahres (1.733 T€) nochmals um 49 T€ übertroffen werden. Dieses positive Ergebnis resultiert aus einer Ertragssteigerung in Höhe von 959 T€, der jedoch höhere Aufwendungen von ca. 910 T€ gegenüber standen. Im Wesentlichen trug der Umsatzzuwachs sowie das Finanzergebnis mit geringeren Fremdkapitalzinsen im Vergleich zum Vorjahr zur der Ergebnisverbesserung der WAG bei.

Die Umsatzerlöse des Jahres 2014 erreichten 26.718 T€ und lagen damit um 946 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzten sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 26.637 T€ (Vorjahr 25.705 T€), die Höhe von 1.761 T€ (Vorjahr 1.662 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 81 T€ (Vorjahr 67 T€) erzielt werden.

Der aus den sonstigen betrieblichen Erträgen resultierende Ergebnisanteil entsprach mit 558 T€ den Erwartungen. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen diese um 13 T€.

Die Materialaufwendungen lagen mit 19.720 T€ um 846 T€ deutlich über dem Vorjahresniveau von 18.874 T€. Hierbei waren vor allem im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe die Energiekosten die Kostentreiber.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 168 T€ während die Abschreibung für immaterielle Wirtschaftsgüter durch die Fertigstellung des Bodenfilters Wiesengrund in Monschau Höfen um 45 T€ anstieg.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Gebühren, Beratungs- und Prüfungskosten, Versicherungsaufwendungen und Verluste aus Anlagenabgängen sowie Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen für Betriebsgebäude, die auch Lohnkosten von enwor-Mitarbeitern beinhalten.

Entwicklungen beim Tochterunternehmen enwor – wärme

Durch die im Vergleich zum Vorjahr erheblich mildere Witterung mit einer Jahres-GTZ von 3.041,5 (Vorjahr: 3.755,6) und einer Jahres-Durchschnittstemperatur von 11,16°C (Vorjahr: 9,31°C) sank der Wärmeabsatz der enwor – wärme vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2014 auf 16,2 Mio. kWh (Vorjahr: 21,4 Mio. kWh). Die Umsatzerlöse aus Wärmeverkauf verringerten sich auf 1.879 T€ (Vorjahr: 2.374 T€).

Die Stromerzeugung der enwor – wärme vor ort GmbH verringerte sich durch die witterungsbedingt gesunkenen Modullaufzeiten in der BHKW's sowie durch die Umbauarbeiten im BHKW Kohlscheid auf insgesamt 14,82 Mio. kWh (Vorjahr: 16,26 Mio. kWh). Die Umsatzerlöse aus Stromverkauf sanken trotz etwas höherer Erlöse bei der Stromeinspeisung aus der Erzeugung der Turbine, der Windkraftanlage und der PV-Anlage auf 1.093 T€ (Vorjahr: 1.115 T€), da neben den geringeren Mengen auch niedrige Vergütungen für die KWK-Anlagen auf der Grundlage der Börsenpreise zu verzeichnen waren.

Betriebsführungen

Wie in den Vorjahren hat die enwor auch in 2014 die Betriebsführungen für die Gesellschaft WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mhH sowie für die enwor – wärme vor ort GmbH durchgeführt. Mit Umsatzerlösen von 6,1 Mio. € wurde der Vorjahreswert leicht übertroffen.

2.3 Finanzlage

Auch im Geschäftsjahr 2014 hat die enwor wieder knapp 8 Mio. € in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert. Die bereits seit Jahren praktizierte hohe Investitionsrate hält das technische Anlagevermögen der enwor auf aktuellem Stand und gewährleistet unseren Kunden ein hohes Maß an Versorgungssicherheit. Die vorstehend genannten Investitionen konnten vollständig im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert werden.

Wie bereits in den Vorjahren hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionstätigkeit in Finanzanlagen weiter zugenommen. In diesem Bereich der Beteiligungsgesellschaften werden quasi mittelbar Investitionen abgewickelt, schwerpunktmäßig im Bereich der regenerativen Energieerzeugungsanlagen. Unser Engagement in Finanzanlagen stieg im Geschäftsjahr 2014 deutlich um fast 3,8 Mio. €-

Darüber hinaus besteht ein Darlehen an die Trianel Windkraft Borkum GmbH & Co. KG, welches zum Stichtag einen Stand von TEuro 3.925 (Vorjahr: TEuro 3.051) hatte.

Das Anlagevermögen der enwor beträgt zum Bilanzstichtag 153,4 Mio. € und ist zu 34,4 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Mit einem Anteil von 89,9 % an der Bilanzsumme zeigt das Anlagevermögen die in der Versorgungswirtschaft übliche hohe Anlagenintensität auf.

Die Zahlungsfähigkeit der enwor war zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Das Anlagevermögen des Konzerns beträgt zum Bilanzstichtag 165,9 Mio. € und ist zu 33,7 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme des Konzerns beträgt damit ebenfalls von 89,9 %.

Finanzlage WAG

Der Investitionsplan der WAG wies ein Volumen von 2.485 T€ auf. Hiervon wurden im Geschäftsjahr 2014 lediglich 836 T€ investiert. Diese Unterschreitung des Planansatzes begründet sich im Wesentlichen durch die ausstehende Genehmigung seitens der Behörde für den Bau des Bodenfilters Erlenweg in Monschau. Die Genehmigung wurde erst im November 2014 erteilt. Weiterhin kam ein Grundstücksgeschäft im Einzugsgebiet der Dreilägerbachtalsperre nicht zustande.

Weitestgehend umgesetzt wurden die in der TWA Roetgen vorgesehenen Maßnahmen. Hier sind insbesondere der erste Bauabschnitt zur energetischen Sanierung der Filterstufe I zu erwähnen, die Erneuerung der dortigen Filtersteuerung, die Anschaffung neuer Kompressoren sowie die Anschaffung eines neuen Ionenchromatographen für das Labor.

Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben.

Finanzlage enwor – wärme

Die Investitionen der enwor – wärme vor ort GmbH im Geschäftsjahr beliefen sich auf 985 T€. Sie umfassten im Wesentlichen die Erneuerung der Gasmotor-Module im BHKW Kohlscheid. Das BHKW Kohlscheid erfüllt durch diese Maßnahme die Bedingungen einer Hocheffizienzanlage und wird den Vorgaben des KWKG entsprechend gefördert.

Die Umsatzrentabilität lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 11,5 %.

Die Eigenkapitalquote der enwor – wärme beträgt 70,0 %. Nach der Tilgung des letzten Darlehens im Geschäftsjahr wird die enwor – wärme nunmehr ausschließlich über die Muttergesellschaft enwor – energie finanziert, was eine ausreichende Liquidität der enwor – wärme während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet.

2.4. Vermögenslage

Vermögenslage des Konzerns

Das Anlagevermögen beträgt 165.929 T€ (Vorjahr 165.270 T€). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 89,86 %. Das Umlaufvermögen in Höhe von 17.836 T€ besteht im Wesentlichen aus einem Teilbetrag von 481 T€ aus Guthaben bei Kreditinstituten und einem Teilbetrag von 16.008 T€ aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen.

Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 43.438 T€ (Vorjahr 43.132 T€) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (53.387 T€, Vorjahr 51.326 T€), sonstigen Rückstellungen (11.792 T€, Vorjahr 11.748 T€), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (45.591 T€, Vorjahr 47.774 T€).

Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote des Konzerns veränderte sich auf von 30,5 % im Vorjahr auf nunmehr 30,3 % wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2014 von 69,7 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 78,3 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt das Anlagevermögen zu 87,5 % ab.

Vermögenslage der enwor – energie & Wasser vor ort GmbH

Das Anlagevermögen beträgt 153.406 T€ (Vorjahr 151.435 T€). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 89,8 % (Vorjahr: 90,8 %). Das Umlaufvermögen in Höhe von 16.830 T€ (Vorjahr: 14.761 T€) besteht im Wesentlichen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 56.476 T€ (Vorjahr: 64.434) abzüglich erhaltenen Anzahlung in Höhe von 46.376 T€ (Vorjahr: 55.913 T€) sowie sonstigen Vermögensgegenständen von 2.890 T€ (Vorjahr: 2.1.20 T€) und Vorräten in Höhe von 1.305 T€ (Vorjahr: 1.237 T€).

Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 42.559 T€ (Vorjahr: 42.328 T€) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (53.387 T€, Vorjahr 51.326 T€), sonstigen Rückstellungen (11.510 T€, Vorjahr 11.512 T€), sonstige Verbindlichkeiten (7.566 T€, Vorjahr 5.462 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (34.566 T€, Vorjahr 35.082 T€).

Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote der enwor veränderte sich kaum von 31,5 % im Vorjahr auf nunmehr 30,9 % wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2014 von 69,1 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 85,4 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 95,0 % ab.

Die Vermögenslage der WAG

Der Wert des Anlagevermögens der WAG sank um 2.695 T€, da der Werteverzehr größer war als der Anlagenzuwachs. Die Abschreibungen wurden genutzt, um die langfristigen Kredite zu bedienen. Somit sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3.324 T€ auf 22.050 T€. Infolge dieser Vermögensveränderung sank die Bilanzsumme um 3.675 T€ auf 41.261 T€. Weiterhin sank das Eigenkapital um 7 T€ auf 17.929 T€.

Die Eigenkapitalreduktion war das Ergebnis aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse von 156 T€, die Erhöhung der Gewinnvorräte um 42 T€ sowie des höheren Jahresüberschusses von 107 T€. Diese Effekte führten zu der positiven Veränderung der Eigenkapitalquote um 3,5 % auf 43,4 %.

3. Nachtragsbericht

Besondere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung

Besondere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014 nicht aufgetreten.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Der Aufsichtsrat der enwor hatte auf seiner Herbstsitzung 2012 eine Ausweitung des Erzeugungsportfolios durch das Beteiligungsgeschäft im Bereich regenerativer Stromerzeugung auf 75 Mio. kWh bis zum Jahr 2020 beschlossen. Im Jahr 2014 konnte enwor diesem Ziel einen großen Schritt näher kommen, das insbesondere Onshore Windenergieanlagen in Badeleben, Falkenhagen und der Solarpark Giebelstadt II in diesem Geschäftsjahr in Betrieb genommen werden konnten. Auch im Investitionsplan des Jahres 2015 sind wiederum Mittel in Höhe von 1,7 Mio. € für den weiteren Ausbau des regenerativen Erzeugungsportfolios vorgesehen, die wir wie bisher wieder in Gemeinschaftsprojekte mit der Stawag Solar GmbH und der Trianel Onshore Windkraft GmbH & Co. KG realisieren werden.

Deutlich schwieriger ist demgegenüber die Situation bei der konventionellen Energieerzeugung, konkret unser Engagement beim Kohlekraftwerk in Lünen und beim GuD-Kraftwerk in Hamm. Durch den immensen Zubau und den Einspeisevorrang regenerativer Energieerzeugung ist der Börsenpreis für Strom deutlich unter die Vollkostendeckung für konventionell erzeugten Strom gesunken. Obwohl mittelfristig hocheffiziente und flexible Stromerzeugung aus konventionellen Anlagen benötigt wird, um die Volatilität der regenerativen Erzeugung auszugleichen, wird diese Leistungsbereithaltung im heutigen Marktdesign nicht honoriert.

Bis zur Einführung eines Kapazitätsmarktes, worüber allerdings politisch noch kein Einvernehmen besteht, wird die enwor in der konventionellen Energieerzeugung Verluste zu tragen haben. enwor hat bereits in den Vorjahren hieraus mit der Bildung von Rückstellungen für zu erwartende Verluste reagiert und diese auch im Geschäftsjahr 2014 weiter aufgestockt.

Weitere branchenspezifische Risiken wie z. B. die Auswirkungen des Fotojahres Gas (2015), des Fotojahres Strom (2016), Strom- und Gaspreisentwicklungen, das Kundenbindungsrisiko und die Regulierung des Marktes werden ständig beobachtet. Andererseits werden die genannten Risiken durch das starke Engagement sowohl der enwor als Muttergesellschaft als auch des Konzerns insgesamt im Wassermarkt relativiert.

Es wurde geprüft, ob sich der Abschluss einer Adressenausfallversicherung lohnt. Da die Versicherungsprämien aber im Vergleich zu dem Schaden sehr hoch sind, wurde von dem Abschluss einer Versicherung abgesehen. Weiterhin begegnet enwor bei der Risikovermeidung mit einem sehr zeitnahen Forderungsmanagement, kurzen Zahlungszielen und einer Bonitätsprüfung vor Vertragsabschluss. Auch bieten die Lieferverträge bei großen Kunden die Möglichkeit Sicherheitsleistungen zu verlangen, wenn es Zweifel an der Bonität gibt.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres wurde unter Ausnutzung der derzeit sehr niedrigen Zinsen ein Darlehen über Teuro 5.000 abgeschlossen, so dass das Risiko von steigenden Zinsen für das Darlehensportfolio der enwor für 2015 ausgeschlossen ist und gleichzeitig die Liquidität des Unternehmens jederzeit gewährleistet bleibt.

Im Rahmen des handelsbilanziellen Bewertungsverfahrens wird es durch die Auswirkungen der HGB-Zinsschmelze zu außerordentlichen Erhöhungen der Rückstellungen kommen. Danach wird der handelsrechtliche Diskontierungssatz für die Bewertung von Rückstellungen aus Altersversorgungsverpflichtungen zum Bilanzstichtag als 7-Jahres-Durchschnittswrt ermittelt. Die zinsstarken Jahre sind nunmehr bei der Durchschnittsbildung herausgefallen und ein weiteres Absinken des in Ansatz zu bringenden Rechnungszinses ist zu erwarten. Durch die daraus resultierenden erhöhten Zuführungen zur Pensionsrückstellung kann die Gewinnentwicklung des Unternehmens unmittelbar negativ beeinflusst werden. Das Risiko ist bei einer weiter anhaltenden Niedrigzinsphase nicht beeinflussbar und kann auch nicht oder nur bedingt durch das Ausnutzen von bilanziellen Ermessensspielräumen gemildert werden. Es ist daher mit einem weiteren Ansteigen der Pensionsrückstellungen zu rechnen.

Die im Jahr 2013 begonnenen Neubaumaßnahmen auf unserem Betriebsgelände Kaiserstraße 86 in Herzogenrath wurden mit dem Bezug des zentralen Lagergebäudes und des gemeinsamen Sozialgebäudes für den Netzbetrieb im Mai 2014 abgeschlossen. Heute arbeiten 250 enwor-Beschäftigte zentral am Standort Herzogenrath (davon 74 kaufmännische Mitarbeiter im neuen enwor Kundencenter), die weiteren 50 Kolleginnen und Kollegen sind an den verschiedenen Standorten der Wassergewinnung und –aufbereitung tätig.

Der mit der WAG abgeschlossene Pachtvertrag endet zum 31.12.2017. Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung aller Liefer- und Leistungsverträge mit der WAG hat die enwor bereits im Januar 2014 eine Arbeitsgruppe mit externer Expertenunterstützung eingesetzt, um verschiedene Modelle der zukünftigen Zusammenarbeit zu entwickeln. Dadurch soll das Risiko einer evtl. für die enwor nachteiligen Vertragsgestaltung rechtzeitig ausgeschlossen werden.

Der Wasser-Konzessionsvertrag mit der Stadt Übach-Palenberg ist zum 30.06.2016 von der Stadt gekündigt worden. Die Gesellschaft befindet sich derzeit in Verhandlungen mit der Stadt über die weitere Abwicklung.

Die mit der Stadt Herzogenrath bestehenden Konzessionsverträge für Strom und Gas enden zu 30.06.2017. Auch hier hat enwor im November 2014 eine Arbeitsgruppe mit externer Expertenunterstützung gebildet, um sich auf den für 2015 vorgesehenen Wettbewerb vorzubereiten und das Risiko eines Verlustes dieser Konzessionen zu minimieren.

Für das laufende Geschäftsjahr 2015 gehen wir für die Einzelunternehmen und den Konzern von Ergebnissen auf dem Niveau von 2014 aus.

WAG

Die Stadtwerke Düren haben in 2014 erstmalig das ganze Jahr über Trinkwasser von der WAG bezogen. Für die Folgejahre ist davon auszugehen, dass das vertraglich vereinbarte Kontingent von 3,2 Mio. m³ in voller Höhe ausgeschöpft wird.

Die WML hat in 2014 entgegen dem Vorjahr wieder mehr als die vertraglich vereinbarte Mindestmenge von 5 Mio. m³ bezogen, so dass diese auch für die Folgejahre unterstellt werden kann.

Im Wasserrechtsverfahren Obersee konnte mit der Bezirksregierung Köln noch keine Einigung über eine langfristige Bewilligung zur Entnahme von Rohwasser erzielt werden. Die Bezirksregierung Köln wird daher auch für 2015 als Übergangslösung eine befristete Erlaubnis erteilen.

Die Festsetzung des Wasserschutzgebietes an der Wehebachtalsperre läuft zum 31.12.2015 aus. In 2015 wird die Bezirksregierung Köln das Verfahren zur Neufestsetzung eines Schutzgebietes beginnen.

enwor – Wärme

Im laufenden Geschäftsjahr 2015 erwartet die enwor – wärme vor ort GmbH eine Wärmeabgabe von 15,7 Mio. kWh und eine Stromverkaufsmenge von 15,3 Mio. kWh, wobei sich der erwartete Rückgang in der Wärmeabgabe im Wesentlichen durch den Wegfall der Abnahmestellen Aixtron und Schwimmhalle Zellerstraße ergibt.

Das Betriebsergebnis und das Jahresergebnis vor Abführung 2015 werden entsprechend der Planwerte erwartet. Die Lage des Unternehmens und die Zukunftsaussichten werden somit positiv bewertet.

Für das Jahr 2015 sind Investitionen von 155 T€ geplant. Hiervon stehen 85 T€ für Maschinen, technische Anlagen und Wärmetauscher, 50 T€ für Contracting-Anlagen sowie 20 T€ für Netzerweiterungen zur Verfügung. Der Anteil der Finanzierung, der nicht bereits durch Abschreibungen gedeckt ist, wird durch die Betriebsführerin gewährleistet.

Risikomanagement

Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahre 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & Wasser vor ort GmbH erstellt, in das auch die betriebsgeführte WAG Nordeifel mbH und die enwor – wärme vor ort GmbH mit einbezogen sind. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern quartalsweise bewertet und softwareunterstützt ausgewertet. Der Risikobericht wird dem Aufsichtsrat ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Herzogenrath, den 31. März 2015

enwor – energie & Wasser vor ort GmbH

Die Geschäftsführung

Dipl. Kfm. Herbert Pagel

GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH

Allgemeine Angaben

in seiner Sitzung vom 04. Juli 2013 hat der Rat der Stadt Alsdorf der Eigenkapitalerhöhung der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie GmbH um einen Betrag von insgesamt 600.000 € **nicht** zugestimmt.

Darüber hinaus hat der Rat der Stadt sich zum Austritt der Stadt Alsdorf aus der GREEN GmbH und zum Verkauf der Geschäftsanteile entschieden.

III. Beteiligungen Wohnungswesen/Städtebau

GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	GSG - Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH
Sitz	Annastraße 10 52477 Alsdorf
E-Mail	info@gsg-alsdorf.de
Homepage	www.gsg-alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültige Fassung datiert vom 23. Juli 2010
Geschäftsführer	Dieter Sandlöbes
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	710.000,00 €
Anteil der Stadt in €	540.000,00 €
Mitarbeiter	16

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
76,10%
Aachener Bank
23,90%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft übernimmt die Aufgabe der Bevölkerung zusätzlichen Wohnraum zu liefern, um sich im Stadtgebiet niederzulassen. Der Zweck der Gesellschaft liegt somit im Bereich der Daseinsvorsorge und ist sozial- und gemeinwohlnützig.

Des Weiteren ist die GSG ein Unternehmen, die innerhalb eines Geschäftsjahres einen Gewinn erwirtschaftet. Die Stadt Alsdorf erhält jährlich einen bestimmten Anteil davon, den sie dem Finanzhaushalt zuführen kann.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	189,00	805,00	3.220,00
II. Sachanlagen	27.706.009,58	24.809.625,69	23.631.634,36
III. Finanzanlagen	1.500,00	1.500,00	1.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.021.184,03	2.272.830,60	2.425.454,09
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	92.252,71	91.754,23	83.233,49
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.270.362,94	1.525.071,79	917.929,58
	31.091.498,26	28.701.587,31	27.062.971,52

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	710.000,00	710.000,00	710.000,00
II. Gewinnrücklagen	9.950.000,00	9.600.000,00	9.100.000,00
III. Bilanzgewinn	1.025.181,60	712.010,66	676.546,30
B. Rückstellungen	234.015,76	269.047,69	171835,25
C. Verbindlichkeiten	19.172.300,90	17.410.528,96	16.404.589,97
	31.091.498,26	28.701.587,31	27.062.971,52

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	4.868.947,03	4.789.671,39	3.927.991,32
Verminderung/Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-248.195,47	-176.063,17	23.740,88
Sonstige betriebliche Erträge	446.010,57	132.725,30	261.067,58
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.914.337,50	1.936.166,81	1.742.731,19
Personalaufwand	528.587,92	512.733,34	464.046,18
Abschreibungen	620.331,95	629.205,00	607.359,26
Sonstige betriebliche Aufwendungen	155.443,13	140.550,01	126.682,50
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	90,00	90,00	75,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.737,10	1.459,44	2.090,66
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	553.052,73	546.188,69	556.971,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.296.836,00	983.039,11	717.175,30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	162.786,96	137.019,56	0,00
Sonstige Steuern	151.378,10	150.805,18	83.078,42
Jahresüberschuss	982.670,94	695.214,37	634.096,88
Gewinnvortrag	42.510,66	16.796,30	42.449,42
Bilanzgewinn	1.025.181,60	712.010,67	676.546,30

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Gesamtkapitalrentabilität	5,5%	4,8%	4,4%
Eigenkapitalrentabilität	9,8%	7,5%	6,0%
Eigenkapitalquote	36,5%	37,8%	38,1%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2012	102.272,62 €
b) 2013	204.545,25 €
c) 2014	227.272,50 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2012	18,94 %
b) 2013	37,88 %
c) 2014	42,09 %

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.
Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014) Vertreter: Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Frau Stv. Birgit Graf (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Willfried Maul (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dieter Lothmann (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht 2014

1. Angaben nach § 289 Abs.1 HGB
 - 1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses
 - 1.2 Darstellung der Lage
 - 1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 1.4 Prognosebericht
 - 1.5 Risikobericht
 - 1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung
 - 1.5.2 Chancen der künftigen Entwicklung
 - 1.5.3 Finanzinstrumente
2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Angaben nach § 289 Abs. 1 HGB

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (GSG) ist als Wohnungsunternehmen im Stadtgebiet Alsdorf tätig. Im Gesellschaftsvertrag wird die Errichtung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten aller Art als Geschäftsgegenstand festgelegt. Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Alsdorf

Wirtschaftliche Entwicklung

Weltwirtschaft

- Im Herbst 2014 expandierte die Weltproduktion weiterhin in mäßigem Tempo. Zwar setzt sich in den USA und in Großbritannien der Aufschwung fort, aber im Euroraum hat die Erholung anders als noch im Frühjahr erwartet nicht Tritt gefasst. Uneinheitlich ist die Konjunktur auch in den Schwellenländern: In Indien hat sie an Kraft gewonnen, und auch in China verstärkt sich das Expansionstempo im zweiten Quartal. Dort scheint es zuletzt aber wieder nachzugeben. In Russland bleibt die Konjunktur schwach, während Brasilien sogar in eine Rezession gefallen ist.
- Die geldpolitische Ausrichtung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich entsprechend den unterschiedlichen Konjunkturverläufen im Jahr 2014 zu differenzieren begonnen. In der USA wurde aufgrund der konjunkturellen Erholung das Ankaufprogramm für Wertpapiere schrittweise reduziert; es dürfte bis zum Jahresende auslaufen. Allerdings liegt der Leitzins weiter an der Nullprozentmarke. Er dürfte aber, wenn sich der Konjunkturaufschwung fortsetzt, im Frühjahr 2015 angehoben werden. Die Bank von England hat bereits seit Juli 2012 das Volumen der angekauften Wertpapiere nicht mehr erhöht. Der Leitzinssatz liegt weiterhin bei 0,5 % wird jedoch im ersten Halbjahr 2015 voraussichtlich ebenfalls angehoben.

Euro-Raum

- Die konjunkturelle Grunddynamik im Euroraum ist weiterhin gering, die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Halbjahr merklich schwächer zu als erwartet. Dies ging zu einem guten Teil auf die größeren Länder des Euroraums zurück. In Frankreich stagnierte die Wirtschaftsleistung und Italien fiel im Frühjahr neuerlich in eine Rezession. Die Prognosen für 2015 gehen jedoch von einer etwas höheren Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts aus.
- Der Arbeitsmarkt hat sich im ersten Halbjahr etwas erholt. Seit Jahresbeginn ist die Arbeitslosenquote langsam von 11,8 % auf 11,5 % (August 2014) gesunken. Die Zahl der Beschäftigten nahm im gleichen Zeitraum um 0,5 % zu. Insbesondere in Spanien, Portugal und Irland ging die Arbeitslosenquote spürbar zurück. Allerdings bleibt die Lage am Arbeitsmarkt in diesen Ländern und im Euroraum insgesamt weiterhin schlecht.
- Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich weiter abgeschwächt. Die Inflation sinkt in der Tendenz bereits seit etwa zweieinhalb Jahren. Auch die Prognosen für 2015 gehen von einem nur geringen Anstieg der Verbraucherpreise aus.

Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

- Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %.
- Die konjunkturelle Lage hat sich nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der folgenden Schwächephase im vergangenen Sommer zum Jahresende 2014 stabilisiert.
- Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1 %, die des Staates um 1,0 %. Auch die Investitionen legten zu: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,7 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2014. Die Importe legten aber fast genauso stark zu (+3,3 %). Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – leistete dadurch einen vergleichsweise geringen Beitrag von + 0,4 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum 2014.

Arbeitsmarkt

- Arbeitslose im Dezember 2014: 2.764.000 (= -110.000 gegenüber Dezember 2014)
- Arbeitslosenquote im Dezember 2014: 6,4 % (Dezember 2014: 6,7 %)
- Erwerbstätige im November 2014: 43.063.000 (= +1,0 % gegenüber Vorjahresmonat)
- Für 2015 gegen die Prognosen von einer Arbeitslosenquote von 6,8 % aus.

Kapitalmarkt

- Die Zinsentwicklung zwischen Ende 2013 und Ende 2014 war durchweg negativ. In allen Fristigkeitsbereichen gingen die Effektzinssätze zurück.

Immobilienmarkt

- Von Januar bis November 2014 wurde in Deutschland der Bau von 259.849 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 5,3 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis November 2014 genehmigten Wohnungen waren 229.584 Neubauwohnungen. Das waren 4,3 % mehr als im Vorjahreszeitraum.
- Ausweislich der GdW-Jahresstatistik betragen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt im Berichtsjahr 2014 5,15 (+2,1 %) Euro/qm, in den alten Bundesländern 5,41 (+2,5 %) Euro/qm und in den neuen Bundesländern 4,85 (+1,9 %) Euro/qm.

Wohnungsmarkt in Alsdorf

- In Alsdorf besteht derzeit weiterhin mehr Nachfrage als Angebot.
- Die Mieten sind im letzten Jahr weiter angestiegen. Bei Neubauwohnungen werden im Schnitt für 7,50 - 8,00 €/qm Kaltmiete angeboten. Bei den Bestandswohnungen können Steigerungen zwischen 5 und 10 % bei Neuvermietung erzielt werden.
- Die GSG befindet sich im Wohnungssegment im Vollvermietungsstatus. Leerstände entstehen nur bei anstehenden Instandsetzungsarbeiten in den Wohnungen. In unserem Gewerbeobjekt Joseph-von-Fraunhofer-Str. waren aufgrund von mehreren Mieterwechseln verstärkt Leermonate zu verzeichnen.

GSG Alsdorf

- Das Geschäftsergebnis 2014 ist mit 1.145 T€ vor Ertragssteuern das beste Ergebnis in der Geschichte der GSG. Unter Berücksichtigung der Ertragssteuer (163 T€) und der Gewinne aus Verkäufen aus dem unbeweglichem Anlagevermögen (354 T€) ergibt sich ein Überschuss von 628 T€.
- Die Einzelheiten können der nachfolgenden Lagedarstellung (1.2) entnommen werden.
- Die Gesellschaft beschäftigte am 31.12.2014:
 - 1 Geschäftsführer
 - 4 kaufmännische Mitarbeiter, davon eine Teilzeitbeschäftigte
 - 4 Handwerker/Hausmeister
 - 1 teilzeitbeschäftigte Hauswartin/Reinigungskraft

Zusätzlich wurden 6 Mieter als geringfügig Beschäftigte im Sinne des Steuerrechts mit Aufgaben betreut.

- Die Anzahl der eigenen Bestände hat sich durch den Verkauf der Bestandsimmobilien Annastr. 8, In der Burgweid 5, Im Brühl 87 und des Vorderhauses an der Herzogenrather Str. (-321 T€) vermindert. Durch die Baukosten für das Stadttor im Jahr 2014 in Höhe von 3.780 T€ und die Bauvorbereitungskosten für die Containerwohnanlage von 17 T€ u. a. ergibt sich unter Berücksichtigung der Abschreibungen in Höhe von 620 T€ eine Steigerung des Anlagevermögens um rund 2.896 T€ oder 11,7 %.
- Die Bilanzsumme stieg um 2.390 T€ oder 7,7 %.
- Die Verkäufe bei den Grundstücken aus dem Umlaufvermögen in Höhe von 261 T€ haben zur Stärkung der Liquidität der Gesellschaft, trotz der Abflüsse für den Neubau und der Erhöhung der Dividende auf 45 % des Stammkapitals, beigetragen.

1.2 Darstellung der Lage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Unser Anlagevermögen umfasst rund 89,1 % der Bilanzsumme. Die flüssigen Mittel betragen zum 31.12.2014 rund 1.270 T€.

Unsere Eigenkapitalquote beläuft sich auf 36,5 % (Vorjahr 37,8 %).

Unsere Investitionsquote (Investitionen in Sachanlagen zu Abschreibungen) beläuft sich auf 619 % (Vorjahr 291 %).

Der dynamische Verschuldungsgrad (Langfristiges Fremdkapital zu Cashflow) beträgt 11,1 Jahre (Vorjahr 11,5 Jahre).

Die Finanzlage ist gut.

Unser langfristiges Fremdkapital (Dauerfinanzierungsmittel u. a.) beläuft sich zum 31.12.2014 auf 56,6 % (Vorjahr 53,0 %) der Bilanzsumme.

Die Zahlungsfähigkeit war in vollem Umfang und jederzeit gegeben.

Unsere Ertragslage ist ebenfalls gut. Im Bereich der Hausbewirtschaftung wurde ein Überschuss von 896 T€ erzielt, die Betreuungstätigkeit schloss mit einem Minus von 7 T€ und die Bautätigkeit verursachte ein Minus 119 T€. Der neutrale Bereich schloss mit einem Plus von 377 T€, das Beteiligungs- und Finanzergebnis mit -1 T€.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung stiegen um 323 T€, während die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken des Umlaufvermögens um 250 T€ abnahmen. Es gab eine leichte Verbesserung der Einnahmen aus Betreuungstätigkeit und aus sonstigen Lieferungen und Leistungen um 6 T€. Insgesamt stiegen die gesamten Umsatzerlöse um rund 79 T€, oder aber 1,7 %.

Im Weiteren stiegen die Sonstigen betrieblichen Erträge um 313 T€, hier sind die Verkäufe aus dem Anlagevermögen vermerkt.

Auf der Ausgabenseite steht die Steigerung der Personalkosten (+16 T€), der Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung (+12 T€), der Zinsaufwendung (+7 T€) und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (15 T€), der Abnahme der Aufwendungen für Abschreibungen (-9 T€), für Verkaufsgrundstücke (-1 T€), und für Sonstige Lieferungen und Leistungen (-32 T€) gegenüber.

Zum Jahresende standen 7 Wohnungen (1 wegen anstehenden Verkauf, 4 wegen Sanierungsmaßnahmen) leer. Zum Berichtstermin waren alle Wohnungen vermietet.

Im Jahre 2014 wurden 51 Wohnungen, 6 Gewerbeeinheiten, 8 Garagen und 3 Stellplätze neu vermietet.

Die weitere Entwicklung ist auf Grundlage der Wirtschafts- und Finanzplanung 2015 positiv.

1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Nachfolgend einige ausgewählte Leistungskennziffern:

		2014	2013	2012
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern + Fremdkapitalzinsen/Bilanzsumme)	%	5,5	4,8	4,4
Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern/Eigenkapital)	%	9,8	7,5	6,0
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme)	%	36,5	37,8	38,1
Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreib. auf Anlagevermögen + Veränderung langfristiger Rückstellungen)	T€	1.574	1.321	1.227
Instandhaltungskosten	% der Jahres- sollmiete*	22,2	23,5	26,6
Fremdkapitalzinsen	% der Jahres- sollmiete*	16,4	16,9	19,3
Erlösschmälerungen	% der Jahres- sollmiete*	1,3	1,5	0,7

1.4 Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2015 wird weiterhin stark durch unsere Neubaumaßnahme Stadttor geprägt sein, der Anteil des noch in diesem Jahr aufzuwendenden Eigenkapitals wird rund 600 T€ betragen, zudem wurde das Objekt Denkmalplatz mit einem Eigenkapitalanteil von 109 T€ erworben. Weiterhin werden Aufwendungen für die Planung der neuen Kita in Ofden und unseres Neubauprojekts in Hoengen zu leisten sein. Dadurch wird unsere Liquidität belastet.

Die Vermarktung von Bestandsobjekten, zum Berichtstermin waren bereits Verkäufe in Höhe von 435 T€ getätigt, sowie ein weiterer in Höhe von 110 T€ geplant, wirkt dieser Belastung entgegen.

Wir erwarten eine Steigerung der Instandhaltungskosten im Rahmen des Wirtschaftsplans.

1.5 Risikobericht

1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Unser Neubauprojekt ist noch mit Restrisiken bis zur endgültigen Fertigstellung und Abrechnung behaftet. Wir erwarten eine Gesamtkostensteigerung von 2-3 % gegenüber dem Investitionsbeschluss aus dem Jahr 2014. Zum Berichtszeitpunkt, also vor endgültiger Fertigstellung, waren bereits rund 79 % der ursprünglich prognostizierten Mieteinnahmen durch abgeschlossene Mietverträge erreicht. Es bestehen Restrisiken bei Vermarktung der noch nicht vermieteten Wohnungen.

Im Bestandsgeschäft sind keine größeren Risiken vorhanden.

Dem Risiko einer, auf lange Sicht betrachtet, Erhöhung des Zinsniveaus wurde durch den Abschluss langfristiger Zinsbindungen entgegengewirkt.

Die steigenden Energiepreise werden die Mieter im Bereich der Heizkosten weiter sensibilisieren. Hier könnten zusätzliche Anforderungen an den Eigentümer zur Kostensenkung entstehen.

Aufgrund des durchschnittlichen Alters der Gebäudebestände ist von einem Anstieg der Instandhaltungskosten auszugehen.

Die vorhandenen Grundstücke des Umlaufvermögens binden derzeit Kapital in Höhe von 616 T€, dies sind 2 % der Bilanzsumme. Derzeit planen wir für den Großteil von 558 T€ eine eigene Bebauung, es bestehen also nur noch ein Vermarktungsrisiko für ein Restgrundstück in Höhe von 58 T€.

Abschließend wird festgestellt, dass keine Risiken erkennbar sind, die die Gesellschaft gefährden könnten.

1.5.2 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft wird sich weiter durch Investitionen in den Neubau von Mietwohnungen, die dem demographischen Wandel Rechnung tragen, für die Zukunft aufstellen. Das Marktsegment der altersgerechten Wohnungen soll auch durch den sukzessiven Umbau von Bestandswohnungen erweitert werden.

1.5.3 Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens hereingenommenen Fremdmitteln handelt es sich um langfristige Annuitätendarlehen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements sorgfältig analysiert.

2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Über die bereits genannten Investitionsplanungen hinaus sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt.

Alsdorf, 13.05.2015

Dieter Sandlöbes
Geschäftsführer

**GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH,
Würselen**

Allgemeine Angaben

Firma	GWG - Gemeinnützige Wohnungs- baugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH, Würselen
Sitz	Mauerfeldchen 72 52146 Würselen
E-Mail	info@gwg-aachen.de
Homepage	www.gwg-kreis-aachen.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 08.03.2010
Geschäftsführer	Dr. Axel Thomas
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung
Stammkapital	1.000.000 €
Anteil der Stadt in €	17.850 €
Mitarbeiter	29 (+ 2 Auszubildender)

Gesellschafter

Städtereion Aachen	78,17%
Stadt Stolberg	4,91%
Provinzial	4,87%
Stadt Eschweiler	4,35%
Stadt Alsdorf	1,79%
Stadt Herzogenrath	1,65%
Stadt Würselen	1,64%
Sparkasse Aachen	1,52%
ASEAG	0,61%
Gemeinde Simmerath	0,49%

**Wesentliche
Beteiligungen**

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgabe der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung im Gebiet der Städtereion Aachen und stellt im Rahmen der Daseinsvorsorge somit eine größere Menge an Wohnraum für die Einwohner zur Verfügung.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.016,00	0,00	0,00
Sachanlagen	28.607.796,06	27.975.683,80	29.402.170,15
Finanzanlagen	1.471.894,04	1.486.418,12	1.499.924,66
Umlaufvermögen			
Vorräte	1.251.937,99	1.193.095,59	1.051.772,11
Forderungen	59.007,75	70.175,33	50.243,39
Kassenbestand	2.541.006,92	3.502.461,19	1.818.716,95
Rechnungsabgrenzungsposten	6.967,08	7.775,81	8.055,98
	33.945.625,84	34.235.609,84	33.830.883,24

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00
Gewinnrücklagen	9.926.000,00	9.525.000,00	8.326.000,00
Bilanzgewinn	162,05	958,67	574,57
Rückstellungen	127.400,00	164.800,00	168.600,00
Verbindlichkeiten	22.892.063,79	23.544.851,17	24.335.443,77
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	264,90
	33.945.625,84	34.235.609,84	33.830.883,24

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	4.395.122,82	4.253.860,27	4.298.620,48
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	59.223,77	141.367,25	43.131,90
aktivierte Eigenleistung	30.264,94	54.061,61	0,00
sonstige betriebliche Erträge	170.169,66	1.029.688,55	59.300,30
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.552.287,30	1.497.954,46	1.466.344,94
Rohergebnis	3.102.493,89	3.981.023,22	2.934.707,74
Personalaufwand	776.410,43	803.875,22	714.293,53
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	949.487,57	934.588,73	868.656,69
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	222.568,88	235.712,92	218.479,55
Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens	107.364,24	108.381,78	109.327,99
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.815,32	5.191,79	8.124,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	747.364,71	784.547,73	818.103,46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	517.841,86	1.335.872,19	432.627,32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
sonstige Steuern	117.638,48	136.488,09	110.371,21
Jahresüberschuss	400.203,38	1.199.384,10	322.256,11
Gewinnvortrag	958,67	574,57	318,46
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	401.000,00	1.199.000,00	322.000,00
Bilanzgewinn	162,05	958,67	574,57

Kennzahlen	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Eigenkapitalquote	32,2%	30,7%	27,6%
Fremdkapitalquote	61,5%	63,1%	65,9%
Fluktuationsquote	10,3%	19,0%	11,9%
Leerstandsquote länger als 3 Monate	0,4%	0,3%	0,5%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG ist eine Gesellschaft, die in den letzten Jahren immer einen Jahresüberschuss erwirtschaften konnte.

Im Geschäftsjahr 2014 wies sie ein Jahresergebnis in Höhe von 400.203,38 Euro aus.

An der Gewinnausschüttung ist die Stadt Alsdorf entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital (1,79%) der Gesellschaft beteiligt. Die Gewinne werden jedoch der Gewinnrücklage zugeführt.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der GWG umfasst laut Gesellschaftsvertrag 13 Mitglieder.

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung: Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

b) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Heinrich Plum
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht 2014

I. Grundlagen des Unternehmens

Öffentliche Zwecksetzung

Die Firmierung weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen einen öffentlichen Zweck zu.

Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sein.

Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Wohnungsbestände unter dem Blickwinkel steigender Kundenanforderungen in Bezug auf Qualität und Umwelt auf ein marktgerechtes Niveau zu bringen.

Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

II. Wirtschaftsbericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2014 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

1. Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft scheint nach Auffassung der Deutschen Bundesbank (vgl. hierzu Monatsbericht Januar 2015) die konjunkturelle Schwächephase, die zwischenzeitlich in 2014 eingesetzt hatte, schneller zu überwinden, als vielfach erwartet. Dazu trägt wesentlich das ausgesprochen positive Konsumklima bei, das auf günstigen Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven fußt und durch die sinkenden Energiepreise gestützt wird. Im Unternehmensbereich hat sich die Stimmung im Dezember 2014 weiter erholt. Dazu passt, dass die industrielle Produktion in den Monaten Oktober und November 2014 gesteigert wurde und dass die Unternehmen in diesem Zeitraum einen spürbar verstärkten Auftragseingang verzeichneten.

Die drastische Verringerung des Ölpreises entlastet die Energiebudgets der Wirtschaftssubjekte erheblich. Das hat positive Effekte auf die wirtschaftlichen Dispositionen der Betriebe (Unternehmen sowie private Haushalte). Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch den Rückgang der Rohölpreise gesteigert.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die deutsche Wirtschaft ihren moderaten Wachstumskurs aus dem Jahr 2014 wahrscheinlich auch im Jahr 2015 fortsetzt.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Trotz der Vielzahl weltweiter Konflikte und erheblicher politischer Unsicherheiten in zahlreichen Kontinenten können die Unternehmen mehrheitlich in der Region (ausweislich der IHK-Konjunkturumfrage aus dem Frühjahr 2015) über eine gute Geschäftslage berichten. Die positive wirtschaftliche Lage der Betriebe hat sich demzufolge seit dem Herbst 2014 verbessert. Vier von zehn Unternehmen bezeichnen ihre aktuelle Geschäftslage demnach als gut. Nur jeder 9. Betrieb ist unzufrieden. Der gesunkene Ölpreis und der niedrige Eurokurs wirken wie ein Konjunkturpaket für die hiesige Industrie und den Handel – so die IHK. Das Exportgeschäft erfährt durch die günstigen Wechselkurssituationen einen Auftrieb. Zahlreiche Unternehmen berichten von gestiegenen Auslandsumsätzen.

3. Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt sind eng verknüpft. Qualität und Quantität der Wohnungsnachfrage hängen stark von Qualität und Quantität der Arbeitsplätze ab. Der Arbeitsmarkt in Deutschland insgesamt, aber auch in der hiesigen Region ist robust ins Jahr 2015 gestartet. Durch die Verschiebungen des Wechselkurses profitiert insbesondere die exportorientierte Wirtschaft, denn deren Produkte verbilligen sich damit in dem Währungsraum außerhalb der Eurozone deutlich und verschaffen den anbietenden Firmen so einen Wettbewerbsvorteil. Daher schätzen die Konjunkturoperaten zahlreicher Wirtschaftsforschungsinstitute sowie Banken die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt inzwischen optimistischer ein als noch zur Jahresmitte 2014. Trotz des saisontypischen Anstiegs der Arbeitslosenzahlen in der hiesigen Region zeigt sich der Arbeitsmarkt insgesamt in einer vergleichsweise guten Verfassung.

Die Arbeitslosenquote lag in Deutschland zum Jahresende 2014 bei 6,43 %. Überdurchschnittlich war sie hingegen in Nordrhein-Westfalen mit 7,8 %. Im Bereich der StädteRegion lag sie bei insgesamt 8,9 %. Allerdings sind die Arbeitslosenzahlen innerhalb der Region sehr unterschiedlich, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. In dieser Tabelle sind die Arbeitslosenzahlen für den Januar 2015, den Dezember 2014 und den Januar des Vorjahres (2014) dargestellt.

	1/2015	12/2014	1/2014
Aachen	9,6	9,2	9,8
Stolberg	10,7	10,3	11,2
Eschweiler	9,5	9,2	10,0
Alsdorf	8,2	7,8	8,5
Monschau	3,6	3,3	4,4

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

Zwischenfazit

Die Konjunktur im Jahr 2014 war durchwachsen und stark von Sonderfaktoren geprägt. Unsicherheiten resultierten in Bezug auf die Entwicklung und die regional unterschiedlichen Auswirkungen der europäischen Wirtschaftsschwäche, der Geldpolitik in den USA und in Europa sowie der Krisen in Nahost und der Ukraine. Die Zinsen und die Inflation lagen in 2014 auf historischen Tiefständen, ebenfalls deutlich gesunken waren der Ölpreis und der Wechselkurs des Euro zum Dollar. Letztlich ergab sich für das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt ein leichtes Plus. Zum Jahreswechsel haben sich die Konjunkturerwartungen etwas aufgehellt und die Auftragsgänge sind zuletzt (wenngleich moderat), gestiegen. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten und das Abflachen der Wachstumskurve haben sich bislang kaum negativ auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. In diesem Zusammenhang kann sich die Konjunktur auf den privaten Inlandskonsum stützen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat in Deutschland im Jahr 2014 insgesamt zugenommen.

Die Bereiche Immobilien sowie wissentliche und technische Dienstleistungen gehören ebenso zu den Branchen mit zunehmender Beschäftigung wie der Bereich der Gesundheitswirtschaft. Hier ist die Region vergleichsweise gut aufgestellt.

Die Wirtschaftsleitung des Baugewerbes legte in 2014 gegenüber dem Vorjahr zu.

Der deutsche Wohnimmobilienmarkt insgesamt hat sich nach Aussage der Deutschen Bundesbank (vgl. hierzu Monatsbericht Dezember 2014, Seite 17ff.) geringfügig abgekühlt. Das zeigt sich nicht nur an dem abgeflachten Preistrend, sondern auch an der Seitwärtsbewegung wichtiger Nachfrageindikatoren wie der Zahl der Baugenehmigungen. Die von der Europäischen Zentralbank mit ihrem Anleihekauf-Programm ausgelöste Mehrung der Geldmenge vergrößert die Risiken einer Immobilienblase. Hieraus weist ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank aktuell hin. Erste Warnungen dieser Art hatte die Bundesbank bereits 2014 ausgesprochen. Damals erklärte sie, dass die Immobilienpreise in einigen besonders beliebten Großstädten/Metropolen fundamental um 20 % zu hoch seien.

Angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen Deutschlands fällt es schwer, von einem einheitlichen Wohnungsimmobiliemarkt zu sprechen. So sind die Preisniveaus und die Preissteigerungen für Wohnimmobilien regional äußerst unterschiedlich. Dies trifft auch auf die Lagen innerhalb der StädteRegion Aachen zu.

Um die aktuelle Entwicklung am Immobilienmarkt zutreffend einzuordnen, ist es notwendig, die verschiedenen Phasen eines Zyklus als Orientierung zu verwenden. So war dem aktuellen Aufschwung am Immobilienmarkt eine über viele Jahre andauernde Stagnationsphase vorausgegangen.

Die niedrigen Zinsen und die hohe Zuwanderung befeuern den Wohnungsbau in Deutschland. 2014 stiegen die Investitionen in den Wohnungsneubau und –bestand um 3,7 %, die Zahl neuer Wohnungen erreichte mit 250.000 eine Zehn-Jahres-Rekord, wie die Förderbank KfW berichtete. 2015 dürfte dieser Höchstwert sogar übertroffen werden: Die KfW rechnet nach ihrem „Investbarometer“ mit der Fertigstellung von 260.000 neuen Wohnungen.

6. Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Steigende Baupreise und niedrige Zinsen führen bei der GWG nicht dazu, dass bei den Immobilienfinanzierungen weniger Eigenkapital eingesetzt wird. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Belastung bei der Anschlussfinanzierung wird durch zahlreiche Maßnahmen vorgebeugt. Insbesondere bestehen diese Vorsichtsmaßnahmen darin, dass Zinsbindungsfristen von oberhalb 10 Jahren vereinbart werden. Die GWG legt großen Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im Jahr 2014 und in den Folgejahren vornimmt, mindestens mit 30 % Liquidität aus eigenen Mitteln.

Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich zweifellos in einer dynamischen Phase, die von der „Euphorie“ um das Ende des RWTH-Campus-Projekts unterstützt wird. Die GWG ist auch im Jahr 2014 mit dieser Situation verantwortungsvoll umgegangen und orientiert ihr Handeln an dem Maßstab der Finanzstabilität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges.

Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit unseren seniorengerechten Neubauvorhaben sind wir in einem dynamisch wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit wertsteigernden Neubauten verbessern wir unser Wohn- und Spezialimmobilien-Portfolio. Dabei konzentrieren wir uns auf Wohnimmobilien in wirtschaftlich stabilen Regionen der StädteRegion Aachen. Das Segment der Spezialimmobilien ist limitiert.

Bestandsentwicklung:
Wir verfügten über

	31.12.2014	31.12.2013
Häuser	124	124
Wohnungen	758	758
davon frei finanziert / preisgebunden	555 / 203	555 / 203
Garagen / Stellplätze	236 / 198	236 / 198
Wohnfläche	45.174 m ²	45.174 m ²
Gewerbeeinheiten	14	14
Anzahl sonstiger Einheiten	8	8
Gewerbeflächen	3.453 m ²	3.453 m ²
Fläche sonstiger Einheiten	2.822 m ²	2.822 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

7. Wirtschaftliche Lage

a) Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und der Wohnquartiere weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2014 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen 556 T€ (Vorjahr: 507 T€) ausgegeben.

b) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2014 sind gegenüber dem Vorjahr um 141 T€ gestiegen. Dies resultiert zum einen daraus, dass erst Anfang 2014 diverse Heizkostenabrechnungen erstellt wurden, sowie aus einem Anstieg der Sollmieten in Verbindung mit gesunkenen Erlösschmälerungen.

Die laufenden Instandhaltungskosten betrugen im Geschäftsjahr 2014 556 T€, so dass zusammen mit den aktivierungsfähigen Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. 167 T€) insgesamt eine Summe von 723 T€ in den Werterhalt unserer Gebäude verausgabt wurde. Die Summe der diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr beträgt mithin: 16,00 €.

Unter Berücksichtigung der Personal- und Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich ein Wert von 17,98€/m²/Jahr.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2014 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente bei anstehenden Vertriebsaufgaben zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 31 T€ gesunken. Im Vorjahr ist allerdings eine Abfindung in Höhe von 60 T€ enthalten.

Das Jahresergebnis 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 400 T€.

c) Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Das Jahresergebnis entspricht unserer Planung.

d) Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leitungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Die Vermögenslage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2014 durch eine Steigerung des Anlagevermögens gekennzeichnet. Die übrigen Kennzahlen sind annähernd unverändert zum Vorjahr, wie die nachstehende Tabelle belegt:

	2014	2013	2012
Bilanzsumme T€	33.946	34.236	33.831
Anlagevermögen T€	30.087	29.462	30.902
Sachanlagen % zu Bilanzsumme	88,6	86,1	91,3
Eigenkapitalquote in %	32,2	30,7	27,6
Langfristige Fremdkapitalquote in %	61,5	63,1	65,9

8. Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2014 ein Jahresergebnis von 400 T€ erwirtschaftet gegenüber 1.199 T€ in 2013.

Bereinigt man das Vorjahresergebnis um Einmalerlöse aus Desinvestitionen, so stellt man fest, dass das Ergebnis 2014 um ca. 37 T€ über dem Vorjahrsniveau (363 T€) liegt.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens als stabil aufwärts gerichtet zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Für die Gesellschaft sind die nachfolgenden Kennzahlen (finanzielle Leistungsindikatoren) wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2014	2013	2012	2011
Umsatzerlöse T€	4.395	4.254	4.299	4.122
Eigenkapital T€	10.926	10.526	9.327	9.004
Eigenkapitalquote	32,2%	30,7%	27,6%	30,0%
Eigenkapitalrentabilität	3,7%	11,4%	3,5%	3,6%
Fluktuationsquote	10,3%	19,0%	11,9%	12,6%
Leerstandsquote länger als 3 Monate	0,4%	0,3%	0,5%	0,4%
Erlösschmälerungen Sollmieten	1,7%	2,6%	1,6%	1,5%

III. Nachtragsbericht:

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres, die von erheblicher Relevanz für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens gewesen wären, sind nicht eingetreten.

IV. Chancen- und Risikobericht:

1. Risikobericht

Branchenspezifische Risiken:

Sollten sich die weltweiten Turbulenzen an den Finanzmärkten wieder verstärken und sollte sich die Konjunktur abschwächen, kann dies die wirtschaftliche Situation unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Produkten und Dienstleistungen negativ beeinflussen. Daraus können sich für uns Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation unterscheidet. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnungen herausstellen.

Ertragsorientierte Risiken:

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit nicht zu erkennen. Diese könnten dann eintreten, wenn die verstärkt zu beobachtenden Neubauaktivitäten ein Maß erreichen, das vom Markt nicht mehr aufgenommen wird. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungen weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir gerade im Neubaubereich auf den demografischen Wandel eingestellt, da der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung stetig zunimmt. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Potenzielle Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, die nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist.

Die Liquiditätslage ist vollkommend zufriedenstellend; es sind keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeitige niedrige Zinsniveau genutzt, um für alle Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die man mit Forward-Konditionen abdecken kann, Zinssicherheit herbei zu sorgen. Somit ist die Gesellschaft gegen Zinssteigerungsrisiken gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, das die Kreditinstitute insgesamt der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken.

Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das insgesamt noch leicht überdurchschnittlich ist. Gleichwohl müssen die Rückstandsquoten stets aufmerksam beobachtet werden und es muss ein straffes Forderungsmanagement umgesetzt bleiben. Andernfalls würde die Höhe der Forderungsausfälle in eine andere Dimension vorstoßen.

Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen jeglicher Art. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt beispielsweise ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt.

Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen.

2. Chancenbericht:

Auf der Beschaffungsseite von Lieferungen und Leistungen des Bauhaupt- und Baunebengewerbes können wir auf eine breite Palette von Möglichkeiten zurückgreifen. Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir keine Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe stets eine ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben.

Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen keine Klumpenrisiken. Weder stellen wir für das Kreditinstitut ein Klumpenrisiko dar noch konzentrieren wir die Refinanzierungen bei einer einzigen Adresse.

Dem Wettbewerb am Markt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und ein definiertes Maß an Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nie so, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegments steht. Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß.

3. Gesamtaussage:

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin im Sanierungsbedarf unserer Bestände und in der

möglicherweise unrentablen Sanierung von Beständen. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns aber für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG erachtet es insgesamt als wichtig, verantwortungsvoll mit den vorgenannten Chancen und Risiken umzugehen. Die GWG untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage eine sinnvolle Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend. Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von 70 % würden sich etwaige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko auszuschließen. Die Mietzahlungswilligkeit der Kunden gilt es stets zu beobachten, die Mietzahlungsfähigkeit gilt es frühzeitig zu analysieren.

V. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten:

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft hat mit Wirkung 2007 zwei Darlehen über T€ 917 und T€ 758 mit einer Laufzeit von 20 Jahren (31.05.2027 und 31.08.2027) abgeschlossen und diese mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt. Die Darlehenszinssätze bemessen sich nach dem 6-Monats-EURIBOR zuzüglich Kreditmarge.

Zur Sicherung der Risiken aus dem variablen Zins werden Festzinssätze von 4,53 % bzw. 4,49 % (Sicherungsgeschäft) gegen einen 6-Monats-Euriobor (Grundgeschäft) geswapt. Die Bezugsbeträge entwickeln sich dabei entsprechend den Darlehensständen. Es handelt sich hier um einen Cashflow-Hedge, der als 100 % wirksam zur Absicherung der Risiken aus der variablen Verzinsung der Darlehen anzusehen ist. Gem. Mitteilung der Banken beträgt der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2014 – losgelöst vom Grundgeschäft der Darlehen – T€ -269. Den Vereinbarungen liegt insgesamt ein Nominalwert von T€ 1.675 zugrunde. Auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung konnte vor dem Hintergrund der Anwendung des § 254 HGB verzichtet werden.

VI. Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
- b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote signifikant oberhalb von 10 % liegt)
- c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren.

Voraussetzung für die unter a) und b) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird.

Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind uns eine Bestätigung.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG positiv. Die gesamtwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Trends geben uns eine Zuversicht, dass wir auch in den nächsten Jahren über gute Auslastungszahlen verfügen könnten. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist unverändert auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gegen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus. Insgesamt erwarten wir, dass aufgrund der Fertigstellung weiterer Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2015 erwarten wir operativ (ohne Sondereinflüsse gerechnet)

mindestens auf dem Niveau von 2014.

Wir werden auch zukünftig stets in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2014:

Im Berichtsjahr 2014 ist von den GWG-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder ein hoher Arbeitseinsatz erbracht worden, der weit über das vertraglich geschuldete Maß hinausging. Für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das letztlich zu dem guten wirtschaftlichen Ergebnis geführt hat, bedankt sich die Geschäftsführung bei allen Beteiligten – auch im Namen der Gremien und der Eigentümer.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter der GWG beträgt insgesamt: 31

Anzahl der weiblichen Mitarbeiter: 11

Anzahl der männlichen Mitarbeiter: 20

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW werden beachtet.

Würselen, den 21.05.2015

Prof. Dr. Axel Thomas
(Geschäftsführer)

Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Hubertusstraße 17 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 50,000%
E-Mail	info@alsdorf.de	Sparkasse Aachen 50,000%
Homepage	www.alsdorf.de	
Rechtsform	GmbH	
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 10.01.2007	Wesentliche Beteiligungen
Geschäftsführung und Vertretung	Michael Hafers, Alsdorf Franz Jansen, Monschau	Keine
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	26.000 €	
Anteil der Stadt in €	13.000 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Bauflächen in Alsdorf.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Alsdorfer Bauland GmbH ist dadurch gegeben, dass diese junge Gesellschaft sich zur Aufgabe gemacht hat, mit der Herrichtung von Bauflächen zusätzlichen Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen.

Die Gesellschaft liefert in ihren Anfängen schon einen Jahresüberschuss, aus dem ein gewisser Anteil in den städtischen Haushalt fließt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			0
I. Sachanlagen	0,00	634,00	380,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.021.335,52	528.785,14	1.108.373,64
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	60.520,05	158.417,61	58.666,53
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	529.649,60	103.827,72	118.733,42
	1.611.505,17	791.664,47	1.286.153,59

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
I.I nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-13.000,00	-13.000,00	-13.000,00
II. Gewinnvortrag	31.597,70	13.984,44	36.925,47
III. Jahresüberschuss	18.005,26	97.613,26	37.058,97
B. Rückstellungen	9.998,49	48.725,34	33.632,70
C. Verbindlichkeiten	1.538.903,72	618.341,43	1.165.536,45
	1.611.505,17	791.664,47	1.286.153,59

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	513.882,82	1.100.390,00	1.088.675,00
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	492.550,38	-579.588,50	-367.280,56
Gesamtleistung	1.006.433,20	520.801,50	721.394,44
sonstige betriebliche Erträge	715,10	1.693,01	1.721,18
Materialaufwand	944.328,48	332.412,64	627.607,35
Personalaufwand	7.008,36	7.547,40	7.592,76
Abschreibungen	543,00	830,90	887,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	26.451,33	31.939,32	29.436,27
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	107,91	159,20	2.269,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.002,01	3.932,80	6.098,58
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26.923,03	145.990,65	53.763,48
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.917,77	48.377,39	16.704,52
Jahresüberschuss	18.005,26	97.613,26	37.058,97

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
<i>Eigenkapitalquote</i>	3,88%	15,74%	6,76%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesetzlichen Vorschriften Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.

Der Gewinn betrug für:

a) 2012	25.252,50 €
b) 2013	33.670,00 €
c) 2014	16.835,00 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2012	194,25%
b) 2013	259,00%
c) 2014	129,50%

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014) Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht 2014

Alsdorfer Bauland GmbH
Alsdorf

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Erwerb, der Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Alsdorf.

Die Gesellschaft wurde Anfang 2007 mit einem Stammkapital in Höhe von 26.000,00 € gegründet. Im Jahr 2007 wurde das erste Erschließungsgelände mit einer Gesamtfläche von ca. 30.000 qm erworben. In den Jahren 2007 und 2008 wurden die erworbenen Flächen erschlossen. Mitte 2008 sind die ersten Kaufverträge abgeschlossen und die ersten Kaufpreise gezahlt worden. Es sind insgesamt 29.293 qm Nettobaulandfläche entstanden, die in 63 Grundstücke aufgeteilt wurde. Zu Zwecken der besseren Vermarktung wurden Teile der verbliebenen Grundstücke neu parzelliert. Dadurch hat sich die Nettobaulandfläche von ursprünglich 29.293 q auf 29.094 qm reduziert. Insgesamt weist das Baugebiet nun 68 Grundstücke auf. Bis zum 31.12.2014 wurden 65 Grundstücke mit einer Größe von 27.988 qm verkauft. Somit sind 96,20 % der Nettobaulandfläche Müschekamp vermarktet.

Im Jahre 2011 wurde ein weiteres Grundstück an der Martin-Struff-Straße in Alsdorf-Hoengen erworben. In diesem Baugebiet sind 27 Grundstücke mit einer Nettobaulandfläche von 13.136 qm entstanden. Im Geschäftsjahr 2014 wurde das verbliebene Grundstück veräußert. Somit ist dieses Baugebiet vollständig vermarktet. Der Endausbau wurde in 2014 ebenfalls abgeschlossen.

Ende 2012 wurde ein Grundstück im Stadtteil Busch erworben. Der Kaufpreis hierfür sowie die darauf entfallende Grunderwerbsteuer wurden im Jahre 2012 bezahlt. In diesem Baugebiet ist eine Nettobaulandfläche von 7.640 qm, aufgeteilt in 18 Grundstücke, entstanden. Im Berichtsjahr wurden auch in diesem Baugebiet die verbliebenen Grundstücke vermarktet. Der Endausbau soll in der zweiten Jahreshälfte 2015 erfolgen.

Im Jahre 2014 wurde das Grundstück für das neue Plangebiet Alfred-Brehm-Straße im Stadtteil Ofden mit einer Bruttofläche von ca. 18.500 qm erworben. In diesem Baugebiet sollen 34 Grundstücke mit einer Nettobaulandfläche von 14.500 qm entstehen. Die Erschließung soll ab Mai 2015 beginnen. Die Vermarktung und der Eingang der ersten Kaufpreiszahlungen sind für August / September 2015 mit Fertigstellung der Baustraße geplant.

Des Weiteren wurde im Jahr 2014 ein Treuhändererschließungsvertrag mit der Stadt Alsdorf für die Erschließung des Baugebietes Franz-Engländer-Straße abgeschlossen. Durch diesen Vertrag verpflichtet sich die Alsdorfer Bauland GmbH treuhänderisch im eigenen Namen die im Besitze der Stadt Alsdorf stehenden Grundstücke zu erschließen und zu vermarkten. Dabei geht die Alsdorfer Bauland GmbH mit den Erschließungskosten in Vorleistung. Diese werden von der Stadt Alsdorf erstattet. Für diese Treuhändertätigkeit erhält die Gesellschaft ein Treuhänderhonorar.

Darstellung der Lage

Als Vermögensposten des Umlaufvermögens werden auf der Aktivseite der Bilanz die Forderungen aus dem Treuhandverhältnis einschließlich des daraus resultierenden Bankguthabens in Höhe von 268.728,76 € (16,68 %), die aktivierten Grundstücke der Baugebiete Müschekamp und Alfred-Brehm-Straße in Höhe von 1.021.335,52 € (63,38 %), die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 275.465,88 € (17,09 %) sowie Forderungen aus Steuerzahlungen in Höhe von 44.869,37 € (2,78 %) ausgewiesen.

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1.300.000,00 €, davon 200.000,00 € aus dem Treuhandverhältnis, strukturiert (80,67 %). Verbindlichkeiten für den Endausbau Alte Aachener Straße in Busch wurden in Höhe von 133.131,50 € (8,26 %) passiviert. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestehen in Höhe von 54.183,72 € (3,36 %) und resultieren aus dem Treuhandverhältnis mit der Stadt Alsdorf (vereinnahmte Kaufpreise abzüglich verauslagter Erschließungskosten).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Die Gesellschaft weist zum Ende des Jahres 2014 ein buchmäßiges Eigenkapital in Höhe von 62.602,96 € aus (Eigenkapitalquote 3,88 %). Im Jahr 2014 erfolgte eine Gewinnausschüttung an die Gesellschaft in Höhe von 80.000,00 €.

III. Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Im Jahre 2015 soll die erfolgreiche Vermarktung der Grundstücksflächen des Baugebietes Alfred-Brehm-Straße erfolgen und die verbliebenen Grundstücke des Baugebietes Müschekamp veräußert werden. Ebenso soll im Jahr 2015 der Endausbau des Baugebietes Alte Aachener Straße abgeschlossen werden. Damit wären sämtliche Projekte, die vor dem Jahr 2014 begonnen wurden, erfolgreich abgeschlossen. Die vollständige Vermarktung des Baugebietes Alfred-Brehm-Straße sowie der Endausbau dieses Gebietes ist für Ende 2016 / Anfang 2017 geplant.

Die gute Lage Alsdorfs, der Wunsch der Menschen nach Wohneigentum, steigende Mieten sowie das zur Zeit sehr niedrige Zinsniveau sprechen für positive Chancen bei der Vermarktung von Wohnbaugrundstücken. Auf Grund der moderaten Kaufpreisgestaltung und der Kinderrabatte sind die Baugebiete insbesondere für junge Familien interessant. Zudem stellt Immobilieneigentum eine wertstabile Alternative zum turbulenten Aktienmarkt dar.

Durch die zeitlich länger andauernde Veräußerungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen.

Die erfolgreiche Vermarktung der Baugebiete soll die Gesellschaft in die finanzielle Lage versetzen, weitere Projekte zu planen und zu vermarkten.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einer weiterhin positiven Entwicklung gerechnet.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich im laufenden Geschäftsjahr nicht ergeben.

Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Burgstraße 17 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,000%
E-Mail	info@stadtentwicklung-alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Homepage	www.stadtentwicklung-alsdorf.de	
Rechtsform	GmbH	Keine
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 23.07.2010	
Geschäftsführer	Günter Jansen Kathrin Koppe	
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	25.000 €	
Anteil der Stadt in €	25.000 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten des Städtebaus und der Infrastruktur. Sie kann Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten errichten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Ferner ist die Gesellschaft berechtigt, Tochterunternehmen zu gründen, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Stadt Alsdorf. Seit ihrer Gründung am 23.07.2010 führt sie Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf in den Bereichen Grundstücks- und Stadtentwicklung sowie städt. Gebäudewirtschaft aus.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.633,00	8.340,00	15.510,00
II. Sachanlagen	10.115.792,33	3.824.711,93	1.594.449,28
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.442,97	2.369,72	7.158,93
I. Forderungen	464.864,32	416.789,93	1.180.468,77
II. Kassenbestand	4.899.124,76	3.346.900,75	2.979.885,88
C. Rechnungsabgrenzungsposten	35.581,18	25.706,39	22.527,61
	15.520.438,56	7.624.818,72	5.800.000,47

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	5.251.560,00	4.431.000,00	4.431.000,00
III. Gewinnrücklage	12.500,00	12.500,00	10.519,10
IV. Gewinnvortrag	126.779,57		
V. Jahresüberschuss	18.973,31		
VI. Bilanzgewinn	0,00	126.779,57	82.186,79
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	2.414.146,82	946.225,86	
C. Rückstellungen	207.980,78	120.930,33	144.377,35
D. Verbindlichkeiten	7.463.498,08	1.962.382,96	1.106.917,23
	15.520.438,56	7.624.818,72	5.800.000,47

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	2.302.929,88	2.268.100,13	2.188.238,20
Andere aktivierte Eigenleistungen	240.982,18	135.541,38	86.878,12
sonstige betriebliche Erträge	3.205,77	434,52	892,04
Personalaufwand	1.812.636,51	1.667.477,47	1.613.820,30
Abschreibungen	118.498,59	115.870,92	115.037,62
sonstige betriebliche Aufwendungen	580.825,53	522.711,39	457.805,44
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	58,31	4.001,51	22.385,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	534,24	0,00	260,72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	34.681,27	102.017,76	111.469,40
außerordentliche Aufwendungen	0,00	896,97	603,41
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.472,38	51.427,03	36.715,23
Sonstige Steuern	4.235,58	3.120,08	3.038,83
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen			
Jahresüberschuss	18.973,31	46.573,68	71.111,93
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	82.186,79	21.593,96
Einstellungen in Gewinnrücklagen in satzungsmäßige Rücklagen	0,00	1.980,90	10.519,10
Bilanzgewinn	0,00	126.779,57	82.186,79

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapitalrentabilität	0,27%	0,90%	1,56%
Umsatzrentabilität	0,75%	1,94%	3,13%
Eigenkapitalquote	45,12%	68,34%	78,43%
Verschuldungsgrad	121,59%	46,32%	27,51%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Geschäftsjahr 2012 hat die Gesellschaft den Unterhalt der Friedhöfe und dazugehörigen Flächen sowie Trauerhallen für die Stadt Alsdorf übernommen. Die Gesellschaft verpflichtete sich in einem entsprechenden Handlungsrahmen zur Verwaltung der städtischen Friedhöfe im Namen und für Rechnung der Stadt Alsdorf. Die Trauerhallen hingegen werden im eigenen Namen und auf Rechnung der Gesellschaft betreut. Im Jahr 2012 übernahm die Gesellschaft die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung aller restlichen städtischen Immobilien, die bis dahin noch durch andere Gesellschaften ausgeführt wurde. Dadurch konnten die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

- | | |
|---------------------|--|
| Verwaltung: | Herr Bürgermeister Alfred Sonders
(seit dem 25.06.2014)
Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014) |
| 1. SPD-Fraktion: | Herr Stv. Friedhelm Krämer
(seit dem 25.06.2014) |
| 2. SPD-Fraktion: | Herr Stv. Konrad Krämer
(seit dem 25.06.2014) |
| 3. SPD-Fraktion: | Herr Stv. Detlef Loosz
(seit dem 25.06.2014) |
| 4. SPD-Fraktion: | Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch
(seit dem 25.06.2014) |
| 5. SPD-Fraktion: | Herr Stv. Marc Schlösser
(seit dem 25.06.2014) |
| 6. SPD-Fraktion: | Herr Stv. Marcel Gandelheidt
(seit dem 25.06.2014) |
| 7. CDU-Fraktion: | Herr Stv. Franz Brandt
(seit dem 25.06.2014) |
| 8. CDU-Fraktion: | Herr Stv. Dieter Lothmann
(seit dem 25.06.2014) |
| 9. CDU-Fraktion: | Herr Stv. Wilfried Maul
(seit dem 25.06.2014) |
| 10. CDU-Fraktion: | Herr Stv. Dirk Schaffrath
(seit dem 25.06.2014) |
| 11. GRÜNE-Fraktion: | Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich
(seit dem 25.06.2014) |
| 12. GRÜNE-Fraktion: | Herr Stv. Friedhelm Wirtz
(seit dem 25.06.2014) |

Lagebericht 2014

I. Grundlagen des Unternehmens

I.1 Geschäftsmodell

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde vom 23.07.2011 mit der Urkunden Nummer 1134 in 2010 gegründet. Nach Einzahlung der Stammkapitaleinlage von 25.000 € erfolgte die Eintragung in das Handelsregister beim Amtsgericht Aachen auf dem Registerblatt HRB 16410 zum 27.09.2011.

Die Gesellschaft dient dem Zweck, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen.

Die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt die Gesellschaft überwiegend treuhänderisch, d. h. im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf. Zusätzlich finanziert und errichtet die Gesellschaft in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ das Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

Ab dem 01.01.2012 hat die Gesellschaft die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung der städtischen Immobilien aus den städtischen Immobilien aus den städtischen Gesellschaften, der Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH sowie der Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH übernommen.

Die Übernahme des mit der Gebäudeverwaltung beauftragten Personals konnte im Rahmen des bestehenden Hausratvertrages zum 31.12.2011 abgeschlossen werden. Des Weiteren musste zur Umsetzung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Friedhofs- und Trauerhallenverwaltung der komplette Personalstock für diese Sparte neu installiert werden.

II. Wirtschaftsbericht

II.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Vor dem Hintergrund der nach wie vor verhaltenen weltwirtschaftlichen Entwicklung ist die deutsche Wirtschaft gut in das Jahr 2014 gestartet, hat dann aber aufgrund der geopolitischen Risiken und der ungünstigen Entwicklung im Euro-Raum einen deutlichen Dämpfer erhalten. Im Jahr 2015 dürfte sich die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen.

Im Jahresgutachten 2014 / 2015 geht der Sachverständigenrat von einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % und einer Inflationsrate von 0,7 % aus.

Der private Konsum stützt weiter das Wachstum der Gesamtwirtschaft. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort. Die Arbeitskräftenachfrage ist nach wie vor stabil.

Diese Entwicklung wird auch die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland im Jahr 2015 positiv beeinflussen.

Die Projektion des Bundesministeriums für Finanzen für den Stabilitätsrat geht beispielsweise für die Jahre 2014 und 2015 von Finanzierungsüberschüssen der Kommunen insgesamt zwischen 2 Mrd. € und 3 Mrd. € aus. Auch die kommunalen Spitzenverbände erwarten Finanzierungsüberschüsse.

Die Kommunen sind der wichtigste öffentliche Investitionsträger in Deutschland. Die positiven Trends der Steuermehreinnahmen und die erfreuliche Arbeitsmarktentwicklung werden sowohl zur Entlastung der Haushalte des Landes und der Kommunen beitragen als auch die Zahllasten der Sozialleistungsträger im Land NRW und den Kommunen stabilisieren. Die Entlastung der kommunalen Ebene durch den Bund eröffnet Spielräume für zusätzliche kommunale Investitionen.

Da die Gesellschaft dem Zweck dient, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen, ist die Abhängigkeit von der Weltwirtschaftskonjunktur bzw. von der deutschen Konjunktur relativ gering.

II.2 Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

a) Ertragslage

Die Gebäudebewirtschaftung für die Stadt Alsdorf umfasst 35 Objekte mit ca. 57 Einzelbauwerken.

Die Verwaltung der städtischen Spielplätze umfasst 40 Einzelobjekte, die über das gesamte Stadtgebiet zu betreuen sind.

Die Bewirtschaftung der 7 städtischen Friedhöfe und der 8 städtischen Friedhofshallen wurden der Gesellschaft mit Handlungsrahmen vom 29.02.2012 übertragen.

Die Bewirtschaftung des Friedhofes Hoengen erfolgt derzeit noch durch ein von der Stadt Alsdorf beauftragtes externes Gartenbauunternehmen.

Die im Jahresabschluss 2014 gezeigten Umsätze verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufgabenfelder:

	%	Umsatz	
		2013 €	2013 €
Gebäude	61%	1.365.197	1.403.321
Spielplätze	11%	235.463	250.437
Friedhöfe	23%	572.209	520.067
Sonstige	5%	95.231	129.105
Gesamt:	100%	2.268.100	2.302.930

Die Gesellschaft erhält für ihre Dienstleistungen eine Vergütung auf der Basis der Selbstkosten. Der Selbstkostenerstattungspreis wird nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und der „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP)“ in der jeweils gültigen Fassung ermittelt. Zuzüglich erhält die Gesellschaft einen Gewinnaufschlag von 2 %. Aus den der Gesellschaft übertragenen Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Insgesamt ist das Jahresergebnis um 28 T€ gegenüber dem Vorjahr gefallen und beträgt im Geschäftsjahr 2014 19 T€. Das Jahresergebnis liegt rd. 6 T€ unter dem für 2014 erwarteten Jahresergebnis.

Grund für das rückläufige Jahresergebnis sind insbesondere gestiegene Personalkosten sowie höhere sonstige betriebliche Aufwendungen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich vor allem die Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dies ist auf Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem KuBiZ zurückzuführen.

Insgesamt zeigte das Jahr 2014 einen zufriedenstellenden Verlauf und ein dem Geschäftsbetrieb angemessenes Jahresergebnis.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt ein Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

Bezeichnung	kumuliert 2014 in T€	kumuliert 2013 in T€
Jahresüberschuss	19	47
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	118	116
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	87	-23
Zunahme/Abnahme Sonderposten	1.468	946
Zunahme/Abnahme der Vorräte	1	5
Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-7	339
Zunahme/Abnahme der sonstigen Vermögens- gegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-50	422
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.117	-24
Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	4.375	-25
Laufende Geschäftstätigkeit	7.128	1.803
Anlagenabgänge zu Buchwert	11	1
Auszahlung für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.414	-2.339
Auszahlung für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-2	0
Investitionstätigkeit	-6.405	-2.338
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	820	0
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	9	902
Finanzierungstätigkeit	829	902
Liquide Mittel am Anfang der Periode	3.347	2.980
Zahlungswirksam Veränderungen	1.552	367
Liquide Mittel am Ende der Periode	4.899	3.347

Durch die verhältnismäßig hohe Kapitalrücklage ist die Kapitalausstattung der Gesellschaft insgesamt zufriedenstellend und unter Berücksichtigung der Aufgabenfelder angemessen. Auf Grund der zu erwartenden Investitionskosten und der notwendigen Vorfinanzierung wird sich jedoch zukünftig ein Rückgriff auf den Fremdkapitalmarkt nicht vermeiden lassen.

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 7.895 T€ erhöht.

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Erhöhung des Anlagevermögens in Höhe von 6.287 T€, die überwiegend durch die Baumaßnahmen am KuBiZ zustande gekommen ist. Korrespondierend

hierzu ist durch die weitere Auszahlung von bewilligten Fördermitteln für das Projekt KuBiZ der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 1.468 T€ gestiegen. Des Weiteren sind die sonstigen Verbindlichkeiten um 4.375 T€ gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um bewilligte und ausgezahlte, jedoch am Stichtag noch nicht verwendete Zuwendungen für das Projekt „KuBiZ“. Darüber hinaus sind die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um 1.977 T€ sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 1.117 T€ angestiegen.

Die städtischen Eigenmittel wurden mit 4.431 T€ im Jahr 2010 und mit 821 T€ im Jahr 2014 als Kapitalrücklage in die Gesellschaft durch die Stadt eingezahlt. Die Finanzplanung der Stadt sieht für das Jahr 2017 eine weitere Einzahlung in Höhe von 2.700 T€ vor.

Als städtische Eigenmittel wären folglich 7.951 T€ zur Finanzierung der Investitionsmaßnahme KuBiZ zu erwarten. Der Finanzierungsanteil der Gesellschaft wird im Rahmen der Kreditfinanzierung in Höhe von 24.700 T€ erbracht. Die Refinanzierung erfolgt über den mit der Stadt Alsdorf abzuschließenden Mietvertrag. Die Besicherung der Kreditmittel erfolgt:

mit einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Alsdorf in Darlehenshöhe,

durch die Bestellung einer erstrangigen Buchgrundschuld von 24.700 T€ auf dem Objekt KuBiZ,

durch Abtretung der Mietforderungen gegen die Stadt Alsdorf an den Kreditgeber.

II.3. Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen zur Rentabilität

Kennzahlen zur Rentabilität:

Kennzahlen zur Rentabilität:

Eigenkapitalrentabilität

 Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	19	47
Eigenkapital	7.004	5.211
Eigenkapitalrentabilität in %	0,27	0,90

Umsatzrentabilität

 Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Gesamtleistung}$

		Geschäftsjahr T€
Jahresüberschuss	19	47
Gesamtleistung	2.544	2.404
Umsatzrentabilität in %	0,75	1,94

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenrentabilität

 Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

		Geschäftsjahr T€
Anlagevermögen	10.119	3.833
Gesamtvermögen	15.520	7.625
Anlagenintensität in %	65,20	50,27

Eigenkapitalanteil

 Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

		Geschäftsjahr T€
Eigenkapital	7.004	5.211
Gesamtkapital	15.520	7.625
Eigenkapitalanteil in %	45,12	68,34

Verschuldungsgrad

 Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

		Geschäftsjahr T€
Fremdkapital	8516	2.414
Eigenkapital	7.004	5.211
Verschuldungsgrad in %	121,59	46,32

Kennzahlendefinition:

Die Gesamtleistung ist wie folgt definiert:

- Umsatzerlöse
- + andere aktivierte Eigenleistungen

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Gewinnrücklagen
- + Gewinnvortrag
- + Jahresüberschuss
- + Bilanzgewinn
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (zu 65 %

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens-Finanz- und Ertragslage haben sich ergeben.

IV. Prognosebericht

Auch der zukünftige Schwerpunkt für Verwaltung der übertragenen Aufgaben wird sich auf die Optimierung der Dienstleistungen für die Gesellschafterin erstrecken. Ziele hierfür sind die Verbesserung des baulichen Zustands, der Umfang des vorhandenen Immobilienbestandes und die Anhebung des baulichen Standards. Die Umsetzung wird dabei durch die Mittelbereitstellung der Stadt bestimmt.

Neben der reinen Objektverwaltung errichtet die Gesellschaft für den Schulträger, aber auf Rechnung der Gesellschaft, das Kultur- und Bildungszentrum (KuBiZ) auf dem Annagelände.

Mit Beschluss vom Februar 2009 hat der Rat der Stadt Alsdorf den Grundsatzbeschluss zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände gefasst und die städtische Gesellschaft, die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH, mit Schreiben vom 01.12.2011 (Ratsbeschluss vom 04.11.2011) mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Die zu diesem Zeitpunkt erwarteten Investitionskosten von rd. 39,7 Mio. € basierten auf einer Machbarkeitsstudie, die die Anforderungen der beteiligten Schulen noch nicht erfasste. Außerdem war die Beteiligung des Landes zur Finanzierung der außerschulischen Nutzung zugesichert, die Details der Umsetzung aber noch nicht erkennbar.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat sich die Entscheidung zur endgültigen Umsetzung der Maßnahme vorbehalten.

Die Vorplanungen der Investitionsmaßnahme wurden unter Beteiligung der Schulen im Wirtschaftsjahr 2013 abgeschlossen. Die hiernach erstellte Kostenberechnung – Stand 20.11.2013 – zeigt auf, dass die Investitionsmaßnahme unter Berücksichtigung der bis 2016 zu erwartenden Steigerung des Baupreisindex von 6 v. H. (jährlich 2 %), mit rd. 40,3 Mio. € erwartet werden muss.

Mit Bescheid Nr. 05/05/13, vom 22.11.2013, hat das Land NRW bei förderfähigen Kosten für die außerschulische Nutzungen von 15.715.503 € die in Aussicht gestellte Landesförderung abschließend mit 12.412.355 € bewilligt. Da die Einrichtungskosten für das KuBiZ von der Nutzerin, der Stadt Alsdorf, direkt

getragen werden, verbleiben auch die anteiligen Landeszuweisungen bei der Stadt. Die zu erwartenden Landesförderungen betragen folglich 19.982.253 €.

Über die Umsetzung der Maßnahme, den Stand des Planungsverfahrens, in Höhe der Investitionskosten sowie das Förderverfahren des Landes im Rahmen des integrativen Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ wurden die Mitglieder des Rates in der Sitzung des Rates am 10.12.2013 umfassend informiert.

Für das geplante Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände hat NRW.URBAN im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MEWBWV) Leistungen im Rahmen der Anentwicklung erbracht und übernimmt jetzt das Objektmanagement.

Mit den umfangreichen Baumaßnahmen ist auch ein nicht unerhebliches Risiko der Kostensteigerung verbunden. Zur Risikominimierung ist aus Sicht der Gesellschaft eine fachgerechte Begleitung der Baumaßnahme und zeitnahe Überwachung der Kostenentwicklung unverzichtbar. Die Projektsteuerungsleistungen werden durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Ernst & Young Real Estate GmbH erbracht.

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaft liegt in den Jahren 2015 bis 2016 in der Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums.

Nach dem derzeitigen Planungsstand und dem Bauzeitenplan zum 01.03.2014 stellt sich die Finanzierung für die Bauzeit wie folgt dar:

Investitionskosten Stand: 20.02.2015

Die Investitionskosten werden nach der mit o. a. Datum vorgelegten Kostenberechnung wie folgt erwartet:	40.322.828 €
Deckungsreserve	607.097 €
Aktivierungsfähige Kosten der Gesellschaft	952.465 €
Zwischensumme Kosten der Investition	41.882.390 €

Eigenanteile der Stadt / Landesförderung

Die Landesförderung wird nach dem o. a. Planungs- und Kostenstand erwartet mit:	-11.982.253 €
Einzahlungen der Stadt Alsdorf	5.251.560 €

Finanzierungsbedarf durch die Gesellschaft 24.648.577 €

Einzahlung zur vorzeitigen Kredittilgung:

Aus der Vermarktung des Alt-Standortes Gymnasium erwartet die Stadt Alsdorf Erlöse, die zur Kreditreduzierung eingesetzt werden sollen	-2.700.000 €
--	--------------

Da diese Erlöse erst nach Umzug des Gymnasiums und Abriss der Gebäude erwirtschaftet werden können (voraussichtlich 2017), können sie zur Ermittlung des Finanzierungsbedarfs erst als nachträgliche Tilgung berücksichtigt werden.

21.948.577 €

Der Finanzierungsbedarf aus den Bautätigkeiten 2014 konnte aus den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und den angerufenen Landeszuweisungen gedeckt werden.

Damit wird die Gesellschaft 2015 erstmals auf Kreditmittel des Finanzmarktes zurückgreifen müssen.

Gemäß dem aktuellen Wirtschaftsplan erwartet die Gesellschaft für das Jahr 2015 einen positiven Jahresüberschuss in Höhe von ca. 14 T€..

Die Anlagenintensität wird im Geschäftsjahr 2015 aufgrund der Bautätigkeit am KuBiZ voraussichtliche leicht steigen. Durch die geplante Aufnahme von Fremdkapital wird der Eigenkapitalanteil voraussichtlich leicht steigen.

V. Chancen- und Risikobericht

Mit der engen vertraglichen Bindung der Gesellschaft an die Stadt Alsdorf ist auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Alsdorf von Bedeutung. Insbesondere auch deshalb, weil Kommunen mit negativem Eigenkapital nur beschränkt Investitionsfinanzierungen im Rahmen ihres Haushaltes durch die Aufsichtsbehörde zugestanden werden.

Mit Verfügung der Kommunalaufsicht wurde der Haushalt der Stadt für die Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 sowie die Finanz- und Investitionsplanung der Stadt für die Jahre 2013 bis 2017 genehmigt. Danach erwartet die Stadt zum 31.12.2017 ein positives Rest-Eigenkapital in Höhe rd. 1,9 Mio. €.

Die Fortschreibung der Haushalts- und Finanzplanung 2013 – 2017 hat der Rat der Stadt Alsdorf in seiner Sitzung am 23.05.2013 beschlossen.

Für die Einschätzung des unternehmerischen Risikos sind

- A die übertragenen Aufgaben aus der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Objekte zu beurteilen, die die Gesellschaften im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf erfüllt und
- B die eigenen Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums, die die Gesellschaft im eigenen Namen, aber im Auftrag der Stadt Alsdorf errichtet.

Zu A

Aufgaben aus der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Objekte, die die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf erfüllt.

Die Stadt Alsdorf ist eine kommunale Selbstverwaltungskörperschaft im Sinne der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Sie hat sowohl freiwillige wie Pflichtaufgaben zu erfüllen, die ihr durch Gesetz übertragen wurden. Hierzu hat sie die notwendigen Einrichtungen zu schaffen, zu betreiben und zu unterhalten, die zu ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind.

Das von der Gesellschaft bewirtschaftete Objektportfolio erfasst Kindertagesstätten, Schulen, Feuerwehrhäuser, Verwaltungsgebäude, Friedhöfe und Spielplätze, Einrichtungen, die zu den pflichtigen Aufgaben der Stadt gehören.

Aus diesen Dienstleistungen der Gesellschaft für die Stadt entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Zu B

Eigene Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums, die die Gesellschaft im eigenen Namen, aber im Auftrag der Stadt Alsdorf errichtet.

Die Gesellschaft finanziert und errichtet in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ das Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

Die Planungen der Investitionsmaßnahme sind unter Beteiligung der Schulen abgeschlossen. Die hiernach erstellte Kostenberechnung zeigt auf, dass die Investitionsmaßnahme unter Berücksichtigung der bis 2016 zu erwartenden Steigerung des Baupreisindex von 6 v. H. (jährlich 2 %), mit rd. 40,3 Mio. € erwartet werden muss.

Mit den umfangreichen Baumaßnahmen ist auch ein nicht unerhebliches Risiko der Kostensteigerung verbunden. Zur Risikominimierung ist aus Sicht der Gesellschaft eine fachgerechte Begleitung der Baumaßnahme und zeitnahe Überwachung der Kostenentwicklungen unverzichtbar. Nach Durchführung eines VOF-Verfahrens wurde das Unternehmen Ernst & Young Real Estate GmbH mit den Projektsteuerungsleistungen beauftragt.

Die Maßnahme ist abhängig von der Bereitstellung der Landesmittel. Zuschussempfänger ist die Stadt Alsdorf, die die kassenwirksamen Fördermittel an die GSG Grund- und Stadtentwicklungs GmbH weiterleiten wird.

Mit dem letzten Bewilligungsbescheid vom 22.11.2013 Nr. 05/05/13 hat das Land NRW bei förderfähigen Kosten von 15.715.503 T€ die in Aussicht gestellte Landesförderung abschließend mit 12.412.355 € bewilligt.

Der am Fremdkapitalmarkt zu beschaffende Finanzierungsanteil der Gesellschaft für den Bau des Kultur- und Bildungszentrums ergibt sich folglich aus zwei wesentlichen Bestandteilen:

Zum einen wird während der Bauphase eine kurzfristige Zwischenfinanzierung der avisierten Landesmittel von Nöten sein; zum Anderen müssen die über die eingezahlten bzw. noch einzuzahlenden Eigenmittel der Alleingesellschafterin Stadt Alsdorf und über die Zuwendungen Dritter hinausgehenden Investitionskosten langfristig fremdfinanziert werden.

Zur Minimierung des Finanzierungsrisikos erfolgt eine konkrete Abstimmung der notwendigen Kreditmittel mit dem jeweiligen Bauzeitenplan des Generalplaners.

Zusammenfassung

Der Lagebericht verdeutlicht, dass die Risiken der Gesellschaft aus den ihr übertragenen Aufgaben in Verbindung mit dem gesetzlichen Auftrag der Gesellschafterin und dem bereits eingezahlten Kapital bewertet werden muss. Danach besteht kein besonderes Geschäftsrisiko.

Alsdorf, 31. März 2015

G. Jansen
Geschäftsführer

K. Koppe
Geschäftsführerin

IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft

FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	FOGA - Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	Gesellschafter	Stadt Alsdorf 100,000%
Sitz	Annastraße 2-6 52477 Alsdorf		
E-Mail	info@stadthalle-alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen	Keine
Homepage	www.stadthalle-alsdorf.de		
Rechtsform	GmbH		
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 17.11.1992, zuletzt geändert am 05.04.2000		
Geschäftsführer	Alfred Sonders		
Prokura	Ernst Erasmus		
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung		
Stammkapital	127.822,97 €		
Anteil der Stadt in €	127.822,97 €		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Betrieb von Freizeiteinrichtungen der Stadt Alsdorf, insbesondere der Stadthalle, der Tageserholungsanlage mit ihren Angeboten, des Hotels und des Stadtbades mit seinen Einrichtungen.

Bis zum 31. Dezember 2007 beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft darauf, die Stadthalle zu betreiben und zu unterhalten. Mit Wirkung vom 01. Januar 2008 hat die Gesellschaft zusätzlich die Bewirtschaftung der Tageserholungsanlage Broichbachtal der Stadt Alsdorf übernommen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung der Einwohner mit kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten. Diese sollen unter anderem die Steigerung des Gemeinwohls im Stadtgebiet fördern, um gegebenenfalls auch eine weitere Anzahl von Menschen dafür begeistern zu können sich im Raum der Stadt Alsdorf niederzulassen.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	1,00
II. Sachanlagen	78.854,40	100.716,38	126.493,06
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	6.594,48	7.259,04	7.582,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	70.873,13	31.862,52	53.932,71
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	174.715,20	128.771,04	112.791,23
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.430,94	5.293,92	5.566,71
	342.468,15	273.902,90	306.367,51

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97	127.822,97
II. Kapitalrücklage	5.499.296,44	5.409.296,44	5.319.296,44
III. Verlustvortrag	-5.382.034,75	-5.338.791,86	-5.323.050,80
IV. Jahresfehlbetrag	-32.891,28	-43.242,89	-15.741,06
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	7.006,83	11.898,33	21.174,53
C. Rückstellungen	37.728,08	42.284,77	34.838,22
D. Verbindlichkeiten	72.668,86	48.989,14	123.206,21
E. Rechnungsabgrenzungsposten	12.871,00	15.646,00	18.821,00
	342.468,15	273.902,90	306.367,51

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	737.338,56	720.403,14	733.349,82
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-664,56	-323,76	-215,84
sonstige betriebliche Erträge	181.450,81	179.075,27	182.279,36
Materialaufwand	70.657,69	54.899,83	54.363,54
Personalaufwand	520.455,65	520.343,45	499.890,04
Abschreibungen	23.650,56	33.594,85	42.448,96
sonstige betriebliche Aufwendungen	336.621,56	334.044,31	334.123,33
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	704,58	955,55	424,14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5,21	0,00	29,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-32.561,28	-42.772,24	-15.018,04
Sonstige Steuern	330,00	470,65	723,02
Jahresüberschuss	-32.891,28	-43.242,89	-15.741,06

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapitalquote	63%	57%	35%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts- / satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste betragen für:

2012	90.000,00 €
2013	90.000,00 €
2014	90.000,00 €

Gemäß Pachtvertrag zwischen der Stadt Alsdorf und der FOGA GmbH vom 01.01.2009, trägt die Gesellschaft nur die sich aus dem Betrieb der Stadthalle ergebenden verbrauchsabhängigen Kosten für Strom, Gas, Wasser und Heizung. Die übrigen Betriebskosten werden mit der Pacht abgegolten, die im Jahr 2014 – 60.000 Euro betrug.

Der Stadt Alsdorf ist darüber hinaus für die laufende Instandhaltung des Gebäudes, der maschinellen Ausstattung und Einrichtung zuständig.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Verwaltung:	Herr Kämmerer Michael Hafers (seit 25.06.2014)
SPD – Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Konrad Krämer (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Markus Conrads (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marcel Gandelheidt (seit 04.09.2014)
CDU-Fraktion	Frau Stv. Gerda Wienold (seit 25.06.2014)
CDU-Fraktion	Herr Stv. Dr. Andreas Brandt (seit 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz (seit 25.06.2014)

b) Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung: Herr Dezernent Stephan Spaltner

Lagebericht

Die Gesellschaft hat zulässigerweise keinen Lagebericht aufgestellt.

Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Alsdorf	Gesellschafter	
Sitz	Johannes-Rau-Platz 1 52249 Eschweiler	Stadt Eschweiler 41,00%	
E-Mail	stadtverwaltung@eschweiler.de	Stadt Stolberg 26,00%	
Homepage	www.blausteinsee.com	Stadt Alsdorf 18,00%	
Rechtsform	GmbH	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG 10,00%	
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 07.12.2000	Gemeinde Aldenhoven 5,00%	
Geschäftsführer	Hermann Götde, kaufm. GF Dr.-Ing. Bernd Hartlich, Prokurist Heinz Rehahn, Prokurist		
Gremien	Gesellschafterversammlung	Wesentliche Beteiligungen	
Stammkapital	25.564,59 €	Keine	
Anteil der Stadt in €	4.601,63 €		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Errichtung des Freizeitzentrums Blaustein-See. Zweck der Gesellschaft ist der Bevölkerung eine Anlage mit Einrichtungen zur Erholung und Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaft erwirbt alle erforderlichen Rechte zur Errichtung und Betreibung des Freizeitzentrum Blaustein-See.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck dieser Gesellschaft besteht darin, der Bevölkerung ein Erholungsgebiet zur Verfügung zu stellen und es möglichst ansprechend für Jedermann zu gestalten. So kann das Gemeinwohl nachhaltig gesteigert werden.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>	31.12.2012 <i>EUR</i>
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	1,00
II. Sachanlagen	4.662.485,69	3.493.964,89	2.854.382,69
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.838,94	66.794,74	8.647,24
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	444.203,28	40.761,23	61.277,16
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.333,15	290,50	540,00
	5.146.862,06	3.601.812,36	2.924.848,09

<i>Passivseite</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>	31.12.2012 <i>EUR</i>
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
II. Kapitalrücklage	3.242.180,22	3.242.180,22	3.242.180,22
III. Verlustvortrag	-2.040.454,67	-1.850.303,89	-1.663.500,89
IV. Jahresfehlbetrag	466.064,09	-190.150,78	-186.803,00
B. Rückstellungen	16.100,00	16.500,00	16.800,00
C. Verbindlichkeiten	3.427.298,56	2.351.879,34	1.481.447,49
D. Rechnungsabgrenzungsposten	10.109,27	6.142,88	9.159,68
	5.146.862,06	3.601.812,36	2.924.848,09

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	53.915,78	48.615,92	57.101,93
sonstige betriebliche Erträge	157.045,69	6.470,49	2.189,42
Personalaufwand	45.032,32	43.715,14	40.085,85
Abschreibungen	29.553,40	4.793,31	5.570,41
sonstige betriebliche Aufwendungen	144.600,91	172.456,77	178.056,38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	46.851,77	19.415,89	17.537,28
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-55.076,93	-185.294,70	-181.958,57
Außerordentliche Erträge	525.588,74	0,00	0,00
Außerordentliche Ergebnis	525.588,74	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	236,27	0,00	0,28
sonstige Steuern	4.683,99	4.856,08	4.844,71
Jahresfehlbetrag / -überschuss	466.064,09	-190.150,78	-186.803,00

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Anlagenintensität	90,6%	97,0%	97,6%
Investitionsquote	32,9%	21,5%	0,0%
Eigenkapitalquote	32,9%	34,1%	48,5%
Fremdkapitalquote	67,1%	65,9%	51,5%
Anlagendeckungsgrad I	36,3%	35,1%	49,6%
Anlagendeckungsgrad II	94,2%	81,3%	79,2%
Liquidität 1. Grades	58,7%	5,4%	9,2%
Liquidität 2. Grades	63,9%	14,3%	10,7%
Liquidität 3. Grades	63,9%	14,3%	10,7%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts- / satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die Stadt Alsdorf beteiligte sich an den Grunderwerbskosten in Höhe von insgesamt 228.561,98 €.

An den Pumpkosten beteiligte sich die Stadt Alsdorf bis zum 20.06.2001 in Höhe von insgesamt 322.113,89 €.

Im Jahr 1986 wurde der Gesellschaft ein Darlehen in Höhe von 8.864,72 € gewährt. Dieses Darlehen wird mit jährlich 3 % getilgt. Zum 31.12.2014 beträgt die Restschuld 1.684,29 €.

Mit Bürgschaftsurkunde vom 04.03.2004 übernimmt die Stadt Alsdorf eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 144.000 €.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen bestellten Personen vertreten.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

- | | |
|------------------|---|
| 1. SPD-Fraktion: | Herr Stv. Tino Schwedt
(seit dem 25.06.2014) |
|------------------|---|

Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH
Lagebericht zum Geschäftsjahr 2014

I. Grundlage des Unternehmens

Der örtlichen, regionalen aber auch überregionalen Bevölkerung nach dem Braunkohletagebau eine Nachfolgelandschaft zu schaffen, die den Bürgerinnen und Bürgern einen Ausgleich für die Belastungen des Tagebaus in der Vergangenheit bietet, zählt vorrangig zu den Aufgaben, die sich die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH zum Ziel gesetzt hat. Die Zielsetzung verfolgen mehrere angrenzende Kommunen im Verbund der Gesellschaft. Die Angebote zur Freizeitgestaltung und Naherholung sind in den letzten Jahren stetig erweitert worden und finden einen großen Zuspruch.

II. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Zusammenhang mit der Darstellung des Geschäftsverlaufes ist zu erwähnen, dass im Jahre 2014 im Seezentrum das Seerestaurant eröffnet wurde, welches die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH mit einem Kostenvolumen in Höhe von rd. 2 Mio. EUR erbauen ließ. Mit der Eröffnung und dem Betrieb des Restaurants wurde einer lange Jahre gestellten Forderung aus Politik und Gesellschaft Rechnung getragen.

Erstmals seit Jahren schließt das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis ab. Dies ist alleine damit begründet, dass das Wasserlieferunternehmen – der Blaustein-See bedarf nach wie vor der stetigen Zufuhr von Wasser – rückwirkend und auch künftig auf die Erhebung von Pumpkosten verzichtet hat. Dieser Umstand hat sich natürlich positiv auf das Jahresergebnis 2014 ausgewirkt.

Bei Außerbetrachtung dieses positiven Kostenverlaufs bei den Pumpkosten muss man allerdings weiterhin feststellen, dass zum Betrieb des Blaustein-Sees ein erheblicher Aufwand zu leisten ist, der keinen Ausgleich durch lfd. Erlöse erfährt. Die neuen Einrichtungen Strandpavillon und Seerestaurant haben den Blaustein-See insbesondere in den Sommermonaten in seiner Bedeutung als Freizeit- und Naherholungsgebiet erheblich gesteigert. Allerdings sind die Möglichkeiten, aus diesem Umstand auch Erlössteigerungen zu generieren, äußerst eingeschränkt. Für die Unterhaltung des Seegebietes erfordert der gesteigerte Zuspruch vielmehr einen erweiterten Aufwand, so beispielsweise für Sicherheitskräfte und Aufsichtspersonal.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass weiterhin ein Ausgleich aus der Erlöswirtschaft nicht dargestellt werden kann. Weitergehende Sparmaßnahmen wurden nicht eingeleitet, da dies sowohl zur Aufrechterhaltung der Funktionsabläufe als auch zur Gewährleistung der Sicherheit nicht mehr vertretbar war und ist. Soweit nicht durch außerordentliche Erlöse, hier insbesondere Grundstücksverkäufe, eine Erlössteigerung erzielt werden kann, wird weiterhin die Notwendigkeit bestehen, dass die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH durch die Anteilskommunen finanzielle Unterstützung erfährt.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

a. Analyse der Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt verändert.

	2013	2012	Veränderung
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Anlagevermögen	4.663	3.494	1.169
Umlaufvermögen	484	108	376
Aktiva	5.147	3.602	1.546
Eigenkapital	1.693	1.227	466
Langfristiges Fremdkapital	2.697	1613	1.084
Kurzfristiges Fremdkapital (incl. RAP)	757	762	-5
Passiva	5.147	3.602	1.545

Das langfristig gebundene Vermögen erhöhte sich durch Investitionen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.169. Dennoch sank der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen aufgrund der Erhöhung des Umlaufvermögens auf 90,6 % gegenüber dem Niveau des Vorjahres (97,0 %).

Die Eigenkapitalquote verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um -1,2 %-Punkte auf 32,9 %, der Anteil des langfristig verfügbaren Kapitals lag mit 85,3 % über dem Vorjahresniveau (78,9 %).

b. der Finanzlage

Die Veränderung in der Bilanzstruktur spiegelt sich wie folgt in der Kapitalflussrechnung wider:

	2014
	<u>TEUR</u>
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-20
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-1198
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1621
Veränderung der liquiden Mittel	403

Dabei weist der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit insbesondere auf den Mittelabfluss aus dem operativen Geschäftsbetrieb hin.

Der negative Cashflow aus Investitionstätigkeit spiegelt die Investition in den Neubau des Gastronomiebetriebes mit Strandpavillon wider.

Der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit resultiert aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern durch die Darlehensgewährung der Stadt Eschweiler in Höhe von EUR 1.750.000,00, von der im abgelaufenen Geschäftsjahr der Restbetrag in Höhe von EUR 1.050.000,00 ausgezahlt wurde und der Kreditgewährung durch die Sparkasse Aachen in Höhe von EUR 600.000,00.

Eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2014 gesichert und ist zum Bilanzstichtag auch weiterhin vorhanden; es ist damit zu rechnen, dass die laufenden finanziellen Verpflichtungen erfüllt werden können.

c. Analyse der Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 wurde durch ein außerordentliches Ergebnis insgesamt ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

	2014	2013	Veränderung
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Gesamtleistung	54	49	5
Rohergebnis	61	55	5
Betriebsergebnis	-163	-171	8
Finanzergebnis	-47	-19	-28
a. o. Ergebnis	526	0	526
Jahresergebnis	466	-190	656

Der Vergleich beider Jahre ist durch das im Jahre 2014 erzielte außerordentliche Ergebnis nur eingeschränkt möglich.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Der Betrieb von Strandpavillon und Seerestaurant hat den Blaustein-See zu einem Magneten mit Alleinstellungsmerkmal in der Region und darüber hinaus werden lassen. Die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH geht davon aus, dass sich die Erlöse aus der Verpachtung der beiden Gastronomieeinrichtungen steigern werden, da der Zuspruch weiterhin sehr groß ist.

Die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH verfolgt weiterhin die Zielsetzung, die Angebote des Wassersports noch attraktiver werden zu lassen. Wegen der rückgängigen Nutzer in der Sparte „Taucher“ wird dieser Bereich vorrangig zu betrachten sein. Mit der Umsetzung einer neuen Konzeption, die auch eine Veränderung bei den Entgelten vorsieht, erhofft sich die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH einen schrittweisen Anstieg der Erlöse aus dem Wassersport.

Der Geschäftsführung werden immer wieder Anfragen hinsichtlich des möglichen Erwerbs von Grundstücken angetragen. Es besteht daher weiterhin die Hoffnung, dass den Anfragen potenziellen Investoren weitere Schritte folgen, die in bauliche Investitionen im Seezentrum des Freizeitzentrum Blaustein-See münden.

2. Risikobericht

Alle Bemühungen der Vergangenheit als auch in naher Zukunft werden bei den lfd. Maßnahmen nicht dazu führen, dass sich die Finanzsituation der Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH wesentlich verbessern wird. Die Pumpkosten sind zwar im Aufwandsbereich nicht mehr zu leisten, doch dieser Umstand wird die finanzielle Schieflage der GmbH nicht beheben.

Alleine Erlöse aus Grundstücksverkäufen können dazu beitragen, dass die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH für einen eingrenzenden Zeitraum aus eigener Kraft einen Ergebnisausgleich bewirkt. Sollten diese nicht umgesetzt werden, bedarf es der finanziellen Hilfe der Gesellschafterkommunen, um das regionalbedeutende Freizeit- und Erholungszentrum aufrechterhalten zu können.

Die Überführung der Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH in eine 100 %ige Tochter der Stadt Eschweiler ist nach wie vor ein angestrebtes Ziel.

3. Gesamtaussage

Es bestehen keine Anhaltspunkte, die eine Gefährdung der Gesellschaft aus den o. a. Risikobereichen erwarten lassen.

Eschweiler, den 8. September 2015

gez.: Hermann Gödde
(Geschäftsführer)

Energeticon gGmbH

Allgemeine Angaben

Firma	ENERGETICON gGmbH	Gesellschafter
Sitz	Konrad-Adenauer-Allee 7 52477 Alsdorf	LVR Landschaftsverband Rheinland 50,00%
E-Mail	harald.richter@energeticon.de	Stadt Alsdorf 25,00%
Homepage	www.energeticon.de	Städteregion Aachen 10,00%
Rechtsform	GmbH	Stadt Eschweiler 2,50%
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 01.10.2010 mit Änderung Vom 25.09.2013	Stadt Stolberg 2,50%
Geschäftsführer	Harald Richter	Stadt Baesweiler 2,50%
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Geschäftsführer	Stadt Herzogenrath 2,50%
Stammkapital	26.000 €	Verein Euregionales Zentrum für Energieentwicklung und Bergbaugeschichte e.V. 2,5%
Anteil der Stadt in €	6.500 €	Bergbaumuseum Grube Anna e.V. Gesellschaft für Montangeschichte und Industriekultur 2,50%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Energeticon gGmbH verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, wie die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und –technische Entwicklung, Bildung und Erziehung, Kunst, Kultur, Umwelt und Landschaft, Denkmalschutz sowie Heimatpflege und Heimatkunde.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Errichtung der Energeticon gGmbH wurde nicht nur ein Ausstellungs-, Fachinformations- und Veranstaltungszentrum rund um das Thema Energie, Energieentwicklung und –zukunft geschaffen, sondern gleichzeitig auch ein außerschulischer Lernort und ein Museum auf dem Gebiet des Annaparks im Zentrum der Stadt Alsdorf.

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>	31.12.2012 <i>EUR</i>
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.224.489,00	3.992,00	728,00
II. Sachanlagen	7.376.264,60	2.642.592,80	592.290,35
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	8.308,50	0,00	0,00
I. Forderungen	327.242,00	35.066,48	26.391,07
II. Kassenbestand	253.548,54	1.019.694,07	706.882,12
C. Rechnungsabgrenzungsposten		433,43	794,86
	9.189.852,64	3.701.778,78	1.327.086,40

<i>Passivseite</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>	31.12.2012 <i>EUR</i>
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	706.437,84	897.659,16	947.468,54
III. Bilanzgewinn	759,96	759,96	759,96
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	8.017.513,70	2.450.133,73	268.877,24
C. Rückstellungen	36.828,20	229.825,36	53.436,01
D. Verbindlichkeiten	402.312,94	97.400,57	30.544,65
	9.189.852,64	3.701.778,78	1.327.086,40

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	117.103,07	65.442,57	37.146,24
andere aktivierte Eigenleistungen	87.808,68	49.800,74	36.877,87
sonstige betriebliche Erträge	291.494,27	208.167,33	187.507,41
Materialaufwand	26.305,67	13.207,40	8.449,32
Personalaufwand	262.951,96	170.340,67	195.911,35
Abschreibungen	145.136,21	16.988,20	12.880,40
sonstige betriebliche Aufwendungen	243.584,58	180.976,00	145.777,17
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	184,08	9.556,19	17.736,68
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	30,94	158,72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-181.388,32	-48.576,38	-83.908,76
außerordentliche Aufwendungen	8.200,00	0,00	0,00
außerordentliche Ergebnis	-8.200,00	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.432,00	1.032,00	0,00
Sonstige Steuern	201,00	201,00	86,66
Jahresüberschuss	-191.221,32	-49.809,38	-83.995,42
Gewinnvortrag aus Vorjahr	759,96	759,96	759,96
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	191.221,32	49.809,38	83.995,42
Bilanzgewinn	759,96	759,96	759,96

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapitalquote	95,2%	91,2%	93,7%
Anlagenintensität	93,6%	71,5%	44,7%
Verschuldungsgrad	5,0%	9,7%	6,8%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat als Mitglied vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath (seit dem 25.06.2014)

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

I. Geschäftsmodell

Die ENERGETICON gGmbH besteht seit Herbst 2010. Gegenstand des Unternehmens ist primär die Förderung von Wissen über energiegeschichtliche und –technische Entwicklungen insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort) aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Eine Folge: Mehr Wissen kann indirekt die Nachfrage nach innovativen energietechnologischen Produkten und Dienstleistungen fördern. Die Gesellschaftszwecke werden hauptsächlich verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen.

Das ENERGETICON wird zugleich als Ort kultureller Fremd- und Eigenveranstaltungen sowie privater Fachtagungen und Feiernveranstaltungen betrieben.

Zu diesem Zweck nutzt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der Grube Anna II in der Nähe des Annaparks. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Dokumentationszentrum Energie mit didaktisch und gestalterisch innovativem Museumscharakter umgestaltet.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die auch 2014 insbesondere durch eine Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise gekennzeichnet waren, hatten keine spürbaren Auswirkungen auf den abschließenden Aufbau der Infrastruktur und auf den Anlaufbetrieb des ENERGETICON. Die Bereitschaft zu konsumtiven Ausgaben war in der BRD, auch im Sektor des Infotainments, nicht beeinträchtigt.

Die investive Finanzierung des ENERGETICON war durch vorliegende Bewilligungsbescheide und einen hinreichenden Eigenkapitalsockel zwar mit einem sehr engen, aber mit einem sicheren Budget weiterhin dargestellt. Das extrem niedrige Niveau der Leitzinsen ermöglicht einerseits die günstige Aufnahme von Euribor-Krediten, die die gGmbH im Jahr 2014 zur Zwischenfinanzierung von EU-Mitteln (Kostenerstattungsprinzip) zum Aufbau der Ausstellung in Anspruch nehmen musste; andererseits schmälerte es die Zinserträge aus dem Eigenkapital der Gesellschaft deutlich.

Im geplanten Einzugsbereich des ENERGETICON ging im Jahr 2014 keine vergleichbare Einrichtung an den Markt. Das 2014 eröffnete Aachener Centre Charlemagne bewegt sich thematisch in einem anderen Angebotssegment. Die in Aachen Rothe Erde neuerdings mit einem Tanzfestival bespielte ehemalige Industriehalle (Schrittmacher-Festival) ist wesentlich geräumiger als die Säle des Fördermaschinenhauses und bedient ebenfalls thematisch eine andere Nachfrage. Sie bewegt sich damit auch in einem anderen Marktsegment. Die Wettbewerbssituation für das Energiemuseum ENERGETICON hat sich von daher nicht verändert.

II.2 Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2014 kann in zwei unterscheidbare Abschnitte gegliedert werden: Zu Zweidrittel ist es geprägt durch die Fertigstellung der ENERGETICON-Infrastruktur, durch die letzte, große Bauphase, und zu einem Drittel durch den Anlaufbetrieb nach der Eröffnung der Dauerausstellung Anfang September.

Auch im Wirtschaftsjahr 2014, als dem zweiten Baujahr, lag bis Ende August weiterhin der Schwerpunkt auf umfangreichen investiven Maßnahmen. Es folgte der aufwändige Einbau der Ausstellung. Neben den Sanierungsarbeiten an Schmiede- und Kauengebäude beschaffte die Gesellschaft grundlegende

Ausstattungsgegenstände für den zur Bautätigkeit parallel laufenden Teilbetrieb und für den anschließenden Gesamtbetrieb des ENERGETICON (Werkzeug, Büro- und Küchenausstattung, pädagogische Materialien, Werbematerial u. ä.). Extreme Regenereignisse im Sommer machten unerwartete umfangreiche Tiefbaumaßnahmen zur Niederschlagswasserbeseitigung in den Außenanlagen zum Schutz von Gebäuden und Ausstellungseinbauten unumgänglich. Sie wurden in Eigenleistungen und aus Eigenkapital bewerkstelligt.

Die Geschäftsstelle der Gesellschaft zog im Juni 2014 in das Kauengebäude um. Eine Optimierung der bürotechnischen Ausstattung durch Einbau eines leistungsstärkeren Servers, Medien für den großen Besprechungsraum etc. wurden erforderlich.

Die gGmbH intensivierte den parallel zur Bauphase verlaufenden fachbezogenen und kulturellen Teilbetrieb des ENERGETICON im Fördermaschinenhaus. Dieser Teilbetrieb, der sich naturgemäß nur auf die bereits nutzbaren Teile der Einrichtung beziehen konnte, wurde auch im Jahr 2014 bis zur Eröffnung des ENERGETICON Anfang September fortgesetzt, soweit die Baustelle es zuließ. Hierbei handelte es sich neben Privatvermietungen insbesondere um öffentliche Kulturveranstaltungen und Tagungen im sanierten Fördermaschinenhaus sowie um Führungen in den bereits vorhandenen Teilen des fossil-industriellen Abschnitts des künftigen Ausstellungsparcours.

Im August 2014 gelang der Geschäftsführung die Privatisierung der gastronomischen Einrichtung in der Schmiede an einen erfahrenen Gastropartner (BG Gastronomie GmbH). Das Bistro / Restaurant Eduard entwickelte sich in wenigen Wochen zu einer bekannten Adresse für hochwertige Küche in attraktivem Industrieambiente. Private Gastronomie und Energiemuseum befruchteten sie bezüglich Besucherzahlen gegenseitig.

Der Museumsshop im Foyer wird in Eigenregie der gGmbH betrieben.

Das letzte Drittel des Wirtschaftsjahres war geprägt durch den Anlaufbetrieb des fertigen ENERGETICON. Am 08. September konnte NRW Umweltminister Johannes Rimmel die Einrichtung in ihrer Gesamtheit termingerecht eröffnen. Über 1.000 Gäste feierten diesen großen Tag mit der gGmbH. Der darauf folgende Anlaufbetrieb mit den unvermeidlichen technischen und organisatorischen „Kinderkrankheiten“ forderte einen erhöhten Einsatz von Eigen- und Fremdleistungen. Der Anlaufbetrieb brachte noch funktionale und technische Defizite zu Tage. Sie mussten durch eine Anzahl kleinerer Einmal-Investitionen ausgeräumt werden.

Unter Nutzung aller Medien intensivierte die Gesellschaft regionale und euregionale Werbemaßnahmen um den Bekanntheitsgrad der Einrichtung zu erhöhen. Die Resonanz der bisherigen Besucher aller Zielgruppen auf die Angebote des ENERGETICON war nahezu ausnahmslos sehr positiv.

Kooperationen mit starken Partnern fanden auch 2014 eine Fortsetzung oder wurden neu ins Leben gerufen. Hierbei sind insbesondere zu nennen das Bildungsbüro und die Stabsstelle Klimaschutz der StädteRegion Aachen, der Initiativkreis des regionalen Exkursionsprojektes „Energiewälder im Maßstab 1:1“ (u. a.: RWTH, FZJ, FH, IRR, RWE-Power), das Grenzlandtheater (Greta) die Hochschule für Musik und Tanz Köln / Abteilung Aachen (Mai Klassik Festival), der trinationale Verbund außerschulischen Lernorte (Verein exploregio.net, Verein Grünmetropole) oder einer Kulturkooperation mit der Stadtentwicklung Würselen (SEW)/Burg Wilhelmsstein. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter Verein Bergbaumuseum Grube Anna II fand insbesondere durch aktive Unterstützung bei der Detailgestaltung der Ausstellung (Arbeitskreis Bergbau) und bei Führungen durch die Ausstellung (Besucherbegleiter) ihren Ausdruck.

Das ENERGETICON übermittelte seinen Gemeindefreundern (Eupen, Genk, Maastricht) auch 2014 einen Kulturbeitrag (Trio Testore) und führte selber Gemeindefreund-Veranstaltungen durch (Brunssumer Männerchor, Der Weg nach Aachen).

Die pädagogischen und Bildungsangebote des ENERGETICON fanden im Jahr 2014 erneut großen Anklang. Dies gilt insbesondere für die Monate nach der Eröffnung, da die Panoramaräume als neue Raumoption hierfür hinzukamen. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen konnte intensiviert werden (Energiespar-Detektive, Haus der kleinen Forscher, Bildungszugabe, Kultur macht stark).

Einnahmen aus dem Vermietungsgeschäft des Fördermaschinenhauses an Fremdveranstalter (Unternehmen, Institutionen, Vereine, Privatpersonen) konnten im Geschäftsjahr 2014 auf hohem Niveau gehalten werden. Dieses Geschäftsfeld soll in den kommenden Geschäftsjahren noch kontinuierlich ausgebaut werden. Die regionale Bekanntheit dieses Baudenkmals als außergewöhnliche, multifunktionale Veranstaltungsstätte nimmt erfreulich zu. Die Preisgestaltung stellt, zur Vermeidung defizitärer Veranstaltungen, zumindest eine Deckung der variablen Kosten sicher; eine zusätzliche Deckung der Fixkosten ist mittelfristig anzustreben.

II.3 Investitions- und Finanzierungsbereich

Das Wirtschaftsjahr 2014 stand bis Ende August im Zeichen großer baulicher Investitionen am Schmiede- und Kauengebäude. Darüber hinaus wurden diverse Anschaffungen zur Optimierung des Geschäftsstellen- / Ausstellungs- und Vermietungsbetriebes getätigt.

Die restlichen bewilligten Städtebauförderungsmittel aus Bescheiden von 2011 und 2012 wurden in 2014 vollständig baulich umgesetzt. Die unerwarteten Tragwerksmaßnahmen im Kauengebäude führten zu einer Verlängerung der Bauphase. Auf Antrag wurde die Laufzeit der Bewilligungsbescheide (insbesondere für die Realisierung der Ausstellung) entsprechend von der Bezirksregierung verlängert bis Ende 2014. Alle Fördermittel konnten termingerecht verausgabt werden.

Die Sparkasse Aachen bewilligte zur Zwischenfinanzierung von EU-geförderten Maßnahmen der Kernaussstellung (Kostenerstattungsprinzip) zwei Euriborkredite in einer Gesamthöhe von zwei Millionen Euro. Wegen einer zeitnahen Rückerstattung der Fördermittel durch die Bezirksregierung war jedoch eine Inanspruchnahme des gesamten Kreditvolumens nicht erforderlich. Es wurden lediglich 1.250.000 Euro benötigt.

Die Bezirksregierung Köln hat der Gesellschaft nach Aufnahme des Ausstellungsbetriebes einen Freistellungsbescheid gemäß § 4 Nr. 20a UStG zukommen lassen. Die Umsätze des ENERGETICON im Rahmen des Ausstellungsbetriebes sind damit von der Umsatzsteuer befreit.

II.4 Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 konnten die Erlöse aus den Bereichen Vermietung und Veranstaltungen um 7 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 73 TEUR erhöht werden. Im Geschäftsjahr konnten darüber hinaus 5 TEUR Spenden vereinnahmt werden. Des Weiteren konnten im Geschäftsjahr die Erlöse aus der steuerfreien Vermögensverwaltung um 9 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 19 TEUR gesteigert werden. Nach Eröffnung der Ausstellung im September 2014 konnten 40 TEUR Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop generiert werden.

Die Löhne und Gehälter 2014 betragen 212 TEUR gegenüber EUR 138 TEUR im Vergleichszeitraum 2013. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 54 % und einem absoluten Anstieg von 74 TEUR. An sozialen Abgaben und Aufwendungen fielen im Jahr 2014 51 TEUR an. In 2013 belief sich der entsprechende Wert auf 33 TEUR. Der Betrag der absoluten Erhöhung in Höhe von 19 TEUR entspricht einer Steigerungsrate von 57 %.

Insgesamt hat sich der Jahresfehlbetrag um 141 TEUR gegenüber dem Vorjahr erhöht und beträgt im Geschäftsjahr 191 TEUR.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2014
	<u>T€</u>
Jahresfehlbetrag	-191
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	134
Abnahme der Rückstellungen	-193
Zunahme der Sonderposten	5.567
Zunahme der Vorräte	-8
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-3
Zunahme der Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-289
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5
Zunahme der erhaltenen Anzahlungen	-6
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	5
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>5.021</u>
Anlagenabgänge zu Buchwert	1
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.084
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Anlagenvermögen	-4
Investitionstätigkeit	<u>-6.087</u>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	300
Finanzierungstätigkeit	<u>300</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.020
Zahlungswirksame Veränderungen	-766
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>254</u>

c) Vermögenslage

Das Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5.488 TEUR auf insgesamt 9.190 TEUR erhöht.

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Erhöhung des Anlagevermögens in Höhe von 5.953 TEUR. Korrespondierend hierzu ist der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 5.567 TEUR gestiegen.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 | Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	8.601	2.647
Gesamtvermögen	9.190	3.702
Anlagenintensität in %	93,6	71,5

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 | Gesamtkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	8.751	3.375
Gesamtkapital	9.190	3.702
Eigenkapitalanteil in %	95,2	91,2

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 | Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	439	327
Eigenkapital	8.751	3.375
Verschuldungsgrad in %	5,0	9,7

Kennzahlendefinition:

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Bilanzgewinn
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

II.5 Sonstige wesentliche Ereignisse

Eine extrem enge Personaldecke führte zu erheblichen Problemen der Aufgabenerledigung, gerade in der Projektphase intensivster Bautätigkeit und organisatorisch / pädagogischer Vorbereitungs- und Einführungsmaßnahmen für den Anlaufbetrieb. Diese konnten nur durch verstärkten Arbeitseinsatz des Stammpersonals, durch Einstellung einer Veranstaltungskauffrau, durch Einstellung einer pädagogischen Teilzeitkraft, durch Mehrbelastung der Ausstellungskuratorin und des Projektmanagers sowie durch Einsatz von Minijobbern für Vor-Ort-Arbeiten überwunden werden.

Bezüglich der Personalkosten war 2014 eine längere Beschäftigung der Kuratorin angezeigt: Eine Verlängerung ihres Zeitvertrages war, analog zur Verlängerung der Bauzeit, um ein Jahr bis September 2014 erforderlich. Auf ihren Sachverstand als erfahrene Ausstellungskuratorin konnte, insbesondere während des Einbaus der Kernaussstellung in die Gebäude und im Außenbereich, keinesfalls verzichtet werden.

NRW Umweltminister Johannes Remmel überbrachte im Februar 2013 den Förderbescheid für das Grubenwasserthermieprojekt GrEEen (Grubenwasserenergie für das ENERGETICON) im Eduardschacht. Die zentrale Vergabestelle von NRW.URBAN führte das Vergabeverfahren für zugehörige Ingenieurleistungen fort. Umfangreiche Abstimmungen mit dem Projektträger ETN bezüglich Vergaberecht, Technik und Finanzierung verzögerte das Verfahren. Mit einer Vergabeentscheidung ist Anfang 2015 zu rechnen. Zunächst stellt die Zentralheizung auf Erdgasbasis die Raumwärmeversorgung des ENERGETICON sicher.

Die Geschäftsführung verstärkte die Kontakte zur Geschäftsstelle des regionalen Förderprojektes Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) im Technologiezentrum Jülich. Ihr Ziel, das ENERGETICON im Programm IRR zu platzieren, führte zum Erfolg: Die aktuelle Tourismusstudie der IRR benennt das ENERGETICON als einen Ankerpunkt. Ab 2015 sollen Fördermittel für IRR-Maßnahmen fließen. Zu gegebener Zeit wird über Fördermöglichkeiten zu reden sein.

Ebenfalls das von der Geschäftsführung entwickelte regionale Exkursionsprojekt „Energiewendelandschaften im Maßstab 1:1 (ELAn)“ ist auf große Akzeptanz bei entscheidenden Akteuren der IRR gestoßen. Es zeigt das Rheinische Revier als europaweit einmalige, umfassende Modelllandschaft der Energiewende. Durch die Bindung aller personellen Ressourcen an die prioritäre Fertigstellung des ENERGETICON und dessen Anlaufbetrieb, konnte das Projekt 2014 nicht in der beabsichtigten Zeitplanung vorangetrieben werden. ELAn wird im Jahr 2015 weiter entwickelt und wird das lokale ENERGETICON in einen regionalen Programmkontext stellen.

III. Prognosebericht

III.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung

Die Energiepreisentwicklung der vergangenen Monate haben die Energiewendediskussion wiederum angetrieben. Es gilt das unter Ziffer IV.1 Ausgeführte.

Im niederländischen Nachbarort Kerkrade ist das Baudenkmal Schacht Nulland als ergänzende Exklave zum bestehenden Science Center „Continium“ mit dem Thema Bergbauergangenheit bestückt und eröffnet worden. Die Geschäftsführung wird mit der Leitung des Continium Chancen der Zusammenarbeit, zum Beispiel durch gegenseitige Bewerbung, auch bezüglich des Schachtes Nulland besprechen. Continium und ENERGETICON sind kooperierende Netzwerkpartner im exploregio.net Es werden keine Wettbewerbsnachteile für die Gesellschaft erwartet. Einem vernetzten, kooperativen Arbeiten ist gegenüber der „Kannibalisierung“ themenverwandter Anbieter im Wege eines ruinösen Verdrängungswettbewerbs der Vorzug geben.

Gleiches gilt für das Bauprojekt Unterstation in etwa einem Kilometer Entfernung vom ENERGETICON. Die Baumaßnahmen zum Umbau dieses Industriebaudenkmals gehen voran. Neben einem Discobetrieb ist auch seitens Investor an Privatvermietungen gedacht. Die Eröffnung ist für Ende 2015 geplant. Die Geschäftsführung wird mit dem Investor Kontakt aufnehmen.

Im Zuge der komplizierten öffentlichen Diskussion um die Zukunft der Energiewende ist von einem wachsenden Bedarf der allgemeinen Bevölkerung nach Grundlageninformationen zu diesem Jahrhundertprojekt auszugehen. Bei entsprechender didaktischer Aufbereitung und Zielgruppen scharfer Werbung bestehen hierdurch große Nachfragepotenziale für die Angebote des ENERGETICON. Die zunehmenden Buchungen von Schulklassen bestätigen dies. Es gilt Potenziale in tatsächliche, zahlende Nachfrage umzusetzen.

III.2 wesentliche Geschäftsfelder

a) Ausstellung

Im Vorgriff auf die Eröffnung des ENERGETICON hat die Geschäftsstelle im Geschäftsjahr 2014 Angebotspakete mit pädagogischen Programmen für verschiedene Zielgruppen zur didaktischen Aufschlüsselung der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ neben eigenen Programmen extern in Arbeit gegeben. Bezüge zu bestehenden Lehrplänen sind für die Zielgruppe Schüler / Lehrer hierbei zu berücksichtigen. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2015 erwartet. Eine noch intensivere Einbindung von Schulen in den Dauerbetrieb der Ausstellung (außerschulischer Lernort) ist für 2015 in Vorbereitung.

b)

Tagungen

Das zunehmende Interesse der Hochschulen und der Wirtschaft am ENERGETICON als Veranstaltungsort für Fachtagungen war auch im Geschäftsjahr 2014 wieder erkennbar. Durch Verbesserung der Gesamtsituation bezüglich Gastronomie (Bistro Eduard in der Schmiede, Bedarfsgastronomie Eduard im Fördermaschinenhaus), Außenanlagen (2.000 qm-Multifunktionsplatz mit technischer Infrastruktur für Außenveranstaltungen) und Angebot verschieden gearteter Räumlichkeiten (Umformerhalle und kleiner Saal des Fördermaschinenhaus, zwei Panoramasäle des Kauengebäudes, Gastraum des Bistro Eduard in der Schmiede) sind die Voraussetzungen für die Vermarktung des ENERGETICON als Tagungsstätte deutlich gestiegen. Im Rahmen des Geschäftsfeldes „Tagen und feiern im ENERGETICON“ strebt die Geschäftsführung 2015 einen Ausbau des Tagungsgeschäfts an.

c) Ausstellungen mit KMU

Ebenfalls die Vermarktung des ENERGETICON als Ausstellungsort für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Energietechnologie ist nach Fertigstellung der Infrastrukturmaßnahmen ausbaufähig. Im so genannten Dreiecksraum des Kauengebäudes finden seit Eröffnung im Rahmen einer dauerhaften Wechselausstellung Präsentationen von Unternehmen und Institutionen statt. Die Vermarktung des Fördermaschinenhauses als Location für KMU-Veranstaltungen wird 2015 im Geschäftsfeld „Tagen und feiern im ENERGETICON“ stärker beworben.

d) Kunst und Kultur

Als Ort für kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen im Bereich Theater, Kunstausstellungen, klassische Musik, Jazzmusik oder Cross-Over-Happenings hat sich das ENERGETICON über den Betrieb des Fördermaschinenhauses bereits in den zurückliegenden Jahren zunehmend einen Ruf in der Kulturszene der Region erworben. Die Geschäftsführung wird die Beziehungen zu den kulturellen Aktivitäten des Zweckverbandes Region Aachen (regionale Kulturkonferenzen) und zu den Gemaal-Partnern verstärken. Die erfolgreiche Herbst / Winter 2014 begonnene Kooperation mit SEW / Burg Wilhelmstein findet in den kommenden Jahren eine Fortsetzung.

e) Privatvermietungen

Das Fördermaschinenhaus konnte durch Privatvermietungen für Geburtstage, Hochzeiten, Vereinsfeiern etc. auch 2014 erfreulich hohe Umsätze generieren. Eine stärkere Bewerbung des Geschäftsfeldes „Tagen und Feiern im ENERGETICON“ ist für 2015 in Vorbereitung.

III.3 Investitions- und Finanzierungsbereich

Die großen Investitionsmaßnahmen im Bau- und Ausstellungsbereich sind abgeschlossen. Lediglich die Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die Darstellung der ENERGETICON-Inhalte in den öffentlichen Raum hinein, bedarf im Laufe der kommenden Jahre weiterer Investitionen. Diese werden verstärkt über Einwerbung von Förder- und Sponsorenmitteln zu finanzieren sein.

Durch die unerwartet umfangreichen Abstimmungen mit ETN und durch das aufwändige VOF-Verfahren zur Vergabe von Ingenieurleistungen fällt das GrEEen-Projekt investiv hauptsächlich in den Zeitraum 2016 bis 2017. Ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungs- / Bewilligungszeitraums wird Anfang 2015 gestellt. Die Beantragung eines Euriborkredits zur Zwischenfinanzierung ist entsprechend für 2015 vorgesehen. Die Finanzierung von GrEEen ist gesichert.

Wie bereits unter Ziffer II.5 ausgeführt waren die Bemühungen der Geschäftsführung um Platzierung des ENERGETICON im Programm der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR), teilweise bereits erfolgreich. Die Programmentwicklung der IRR soll 2015 abgeschlossen sein.

III.4 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Die verschiedenen Netzwerke, die die Gesellschaft insbesondere in die Hochschulen geknüpft hat, beginnen Früchte zu tragen im Bereich des Vermietungsgeschäftes und auch bei Projektrealisierung und –betrieb selber.

Die positiven Besucherzahlen des ENERGETICON in den ersten Monaten nach Eröffnung hingen wesentlich von einer vorlaufenden, effektiven Werbekampagne ab und von ersten, nachfrageorientierten pädagogischen Angebotspaketen für die verschiedenen Zielgruppen.

Bezüglich der Personal- und Betriebskostenentwicklung nach kompletter Eröffnung des ENERGETICON ist festzuhalten:

Personalentwicklung

a) Besucherbegleiter

Die neue Aufgabe der Besucherbegleitung wird neues Personal erfordern. Hier werden weite Honorarverträge geschlossen. Gleiches gilt für pädagogische Begleitangebote.

b) Gastronomiebetrieb

Die Gastronomie dient einerseits der Betreuung der Ausstellungsbesucher und Besuchern von (Abend-) Veranstaltungen im Kauengebäude und im Fördermaschinenhaus. Andererseits können dort auch eigenwirtschaftliche Privatveranstaltungen der Pächter stattfinden. Es war eine richtige Entscheidung die Gastronomie nicht in Eigenregie zu betreiben sondern diese in professionelle, private Hände zu legen.

c) Kassendienst

Der Kassendienst wird teilweise durch einen Mitarbeiter / Mitarbeiterin der Geschäftsstelle abgedeckt, zum anderen durch geringfügig Beschäftigte. Hierfür ist der Arbeitsplatz am Counter als vollwertiger Verwaltungsarbeitsplatz eingerichtet.

d) Reinigungsarbeiten

Die Reinigungsarbeiten der Besucherbereiche in der Dauerausstellung bedürfen eines hohen, teilweise täglichen Reinigungsaufwands. Nach einer Probephase mit einer professionellen Gebäudereinigungsfirma,

entschied die Geschäftsführung aus Kostengründen für die Erledigung durch eigenes Personal in Form von geringfügig Beschäftigten.

e) Ausstellungsüberwachung

Die ersten Erfahrungen mit der installierten Videoüberwachung in Verbindung mit der ELA-Anlage und mit Kontrollgängen zeigen, dass so eine ausreichende Aufsicht über die Ausstellung gewährleistet ist.

f) Projektsteuerung GrEEn

Das komplizierte NRW-Pilotprojekt GrEEn kann nicht vom Stammpersonal der Gesellschaft als Zusatzleistung gesteuert werden. Die befristete Einstellung eines Projektsteuerers in 2015 für die die Projektlaufzeit bis Anfang 2018 wird daher unumgänglich sein. Die Personalkosten sind in der Förderung von GrEEn enthalten.

Betriebskosten:

Die Gesellschaft spart durch die installierte, große Fotovoltaik Anlage in den Außenanlagen und später durch das Geothermieprojekt GrEEn nennenswerte Betriebskosten für Strom bzw. Raumwärme ein. In welchem Umfang genau dies gelingt bleibt der Erfahrung der kommenden Jahre vorbehalten.

IV. Chancen- und Risikobericht

IV.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Mit seinem Kernthema Energie greift das ENERGETICON ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2014 zentrale Diskussionsgegenstände, nicht nur in Deutschland:

- Die Havarie des japanischen Atomkraftwerks Fukushima 2011 hatte zu einer erneuten massiven Änderung der deutschen Atomenergiepolitik geführt. Dies wirkte auch 2014 noch in der öffentlichen energiepolitischen Diskussion nach.
- Der in diesem Umfang erwartet starke Zubau regenerativer Energiequellen (insbesondere Photovoltaik und Windenergie) führte wegen der ansteigenden, Strompreis beeinflussenden Kosten aus der EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zu einer öffentlichen Debatte über eine Verlangsamung des Zubaus der erneuerbaren Energien. Dies führte zu entsprechenden Gesetzesinitiativen der Bundesregierung in 2014.
- Die neue Bundesregierung hat die Energiewende zum Hauptprojekt der kommenden Legislaturperiode erklärt. Hierbei sollen die erkannten Probleme bezüglich fehlender Synchronisierung von Kapazitätsausbau regenerativer Stromerzeugung mit Netzausbau, Speichertechnik und Förderkulissen in einem Masterplan zusammengeführt werden.
- Die steigenden Mobilitätskosten (Benzinpreise) waren auch 2014 im Focus einer breiten öffentlichen Diskussion.
- Eine kontroverse Diskussion um das Fracking ist medienpräsent, gerade vor entsprechenden Planungen der Niederlande im hiesigen Grenzraum.

Es ist davon auszugehen, dass „die Energiefrage“, die Energiewende mit ihren Problemen noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Das Ob der Energiewende steht in Deutschland zwischenzeitlich außer Frage. Es geht nun um ihre zeitliche, technische und finanzielle

Ausgestaltung. Die hohe Dynamik der Diskussion bietet für die Infotainment-Einrichtung ENERGETICON die Chance vielfältiger Anknüpfungspunkte für eigene und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen.

IV.2 Projektbezogene Chancen und Risiken

Das ENERGETICON verfügt nun, nach Eröffnung, nach Fertigstellung der Gebäudesanierung (Gastraum des Bistro Eduard, Panoramasäle des Kauengebäudes, Solarpavillon AnnA), sowie nach Installation der Kernaussstellung, nun über beste infrastrukturelle Voraussetzungen ein regionaler Kristallisationsort, ein regionales Forum für diese Debatte zu sein.

Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt zugleich die Gefahr, schnell mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zweckbindungsdauer der Fördermittel für die Dauerausstellung ist einzuhalten. Das Betriebskonzept des ENERGETICON löst dieses Problem:

Es begegnet der Gefahr der Zweckentfremdung von Fördermitteln dadurch, dass sich einerseits seine Kernaussstellung im Wesentlichen mit grundlegenden Fragen, und damit langfristig zutreffende Antworten, historischer und künftiger Energieversorgung befasst, also über Jahre statisch sein kann, und dass es andererseits durch temporäre Veranstaltungen und Sonderausstellungen Aktuelles aufgreift.

Zur Minimierung von Risiken sind zudem mehrere Kontrollinstanzen in die investive und die Betriebsphase integriert:

Folgende Ämter der Stadt Alsdorf begleiten Aufbau und Betrieb des ENERGETICON: Das Rechnungsprüfungsamt, das Rechtsamt und die Bauverwaltung. Die Vorortkontrollen der Bezirksregierung Köln, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes dieser Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist“ (Gewinn- und Verlustrechnung, Kennzahlen über Liquidität, Besucher und Mitarbeiter(für den LVR und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten ebenfalls Aufbau und Betrieb der Einrichtung.

Die um ein Jahr verlängerte Bauzeit des ENERGETICON ohne erweiterte Einnahmeseite, die unumgängliche Beseitigung infrastruktureller Mängel, die sich im Anlaufbetrieb herausstellten, sowie Personalkosten, die sich aus neuen Aufgaben nach Eröffnung ergaben, die unumgängliche Beseitigung infrastruktureller Mängel, die sich aus neuen Aufgaben nach Eröffnung ergaben, führten zu einem weiteren, deutlichen Verzehr des Eigenkapitals.

Die nahezu 100 %ig positive Resonanz der Besucher im Anlaufbetrieb weist aus, dass die Angebote des ENERGETICON sehr positiv bewertet werden. Das Produkt ENERGETICON wird voll bestätigt. Dennoch liegen die Besucherzahlen auch im letzten Drittel des Jahres 2014 noch nicht in der Größenordnung, die der Wirtschaftsplan als Zielgröße vorgibt. Sie müssen in etwa verdoppelt werden, wenn der sukzessive Eigenkapitalverzehr vermieden werden soll.

Die Geschäftsführung begegnet dem Risiko einer damit einhergehenden Zahlungsunfähigkeit mit verschiedenen Maßnahmen:

Steigerung des Bekanntheitsgrades der ENERGETICON-Angebote durch verstärkte, euregionale Werbemaßnahmen Richtung allgemeiner Öffentlichkeit und spezieller Zielgruppen (Lehrer, Freizeitbustouren, Vereine)

Verstetigung der Besucherzahlen / Eintrittserlöse durch Kooperationsvereinbarungen insbesondere mit Schulen (außerschulischer Lernort)

Steigerung der Vermietungserlöse (insbesondere des Fördermaschinenhauses)

Optimierung des Personaleinsatzes

Abbau von technischen Betriebskosten, insbesondere von Raumkosten (Optimierung Heizungssteuerung, Errichtung GrEEen-Projekt, Schaltung Außenbeleuchtung)

Erhöhung von Eigenleistungen u. a. im Bereich Werbung

Verstärkte, kostenfreie Werbung über redaktionelle Veröffentlichungen, soziale Netzwerke, Schülerzeitungen

Abbau von Defiziten aus Veranstaltungen

Abbau von Zuschüssen an Dritte

Ausbau des veranstaltungsbezogenen Sponsorings

Verstärktes Werbeengagement der Gesellschafter

Stärkere Arbeiten in Kooperationen / Netzwerken.

Die akustischen Verhältnisse der Säle des Fördermaschinenhauses sind 2014 durch Einbau von akustisch wirksamen, großflächigen Bühnenmoltonvorhängen nun optimal für multifunktionale Anwendungen. Die Vermietbarkeit der Umformerhalle ist damit nicht mehr gefährdet.

Die Gesellschaft trägt derzeit monatlich einen Zuschuss von 500 Euro an den Berbaumuseumsverein für Depotflächen. Die monatlich 100 Euro für das Depot der paläontologischen Sammlung sind entfallen durch deren Rückführung zur RWTH. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Kosten reduzieren durch Umzug des Museumsvereins in das Eckgebäude Herzogenrather Straße 100.

IV.3 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Im Bereich der Umsätze muss der Gefahr des defizitären Betriebes weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes entgegengewirkt werden.

IV.3 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Im Bereich der Umsätze muss der Gefahr des defizitären Betriebes weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes entgegengewirkt werden.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die kritische Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehrs, unter Beibehaltung der Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt und StädteRegion, durch

konsequentes Umsetzen oben unter IV.2 genannter Maßnahmen dauerhaft bewältigt werden kann. Es geht darum sämtliche Einnahmemöglichkeiten und sämtliche Einsparmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Hierfür erstellt die Geschäftsführung eine detaillierte Analyse ungenutzter Spar-, Einnahmen- und Sponsoringpotenziale.

Dies gilt in gleicher Weise für Bemühungen zum Erhalt der Eigenkapitalquote.

V. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nicht ergeben.

Alsdorf, im April 2015

gez. Richter Geschäftsführer

regio iT GmbH

Allgemeine Informationen

Firma	regio iT GmbH Gesellschaft für informationstechnologie mbH, Aachen	Gesellschafter	E.V.A 60,27% Zweckverband INOFOKOM Gütersloh 15,00% StädteRegion Aachen 12,75% Stadt Aachen 0,98% Stadt Düren 1,00% Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH 1,00% Stadt Alsdorf 1,00% Stadt Baesweiler 1,00% Stadt Eschweiler 1,00% Stadt Herzogenrath 1,00% Stadt Monschau 1,00% Gemeinde Roetgen 1,00% Gemeinde Simmerath 1,00% Stadt Würselen 1,00% Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens 1,00%
Sitz	Lombardenstr. 24 52070 Aachen		
E-Mail	info@regioit.de		
Homepage	www.regioit.de		
Rechtsform	GmbH		
Gesellschaftsvertrag	Vom 03.08.1967 (i. d. F. vom 29.12.2011)		
Geschäftsführer	Herr Dieter Rehfeld (Vorsitzender Geschäftsführung Aachen) Herr Andreas Poppenborg (Leiter eGovernment, Prokurist) Herr Dieter Ludwigs (kaufm. Geschäftsführer Aachen) Klaus Fetzner (techn. Leiter, Prokurist)		
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat		
Stammkapital	307.228 €		
Anteil Stadt in €	3.072 €		
Anzahl Mitarbeiter	313 + 18 Auszubildende und 11 Aushilfen		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Dazu werden bedarfsbezogene Informationsverarbeitungs-Dienstleistungen erstellt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die regio iT GmbH erfüllt ihren öffentlichen Zweck, in dem sie als IT-Dienstleister und Partner für Kommunen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen an den Standorten Aachen und Gütersloh innerhalb der vier Leistungsbereiche Verwaltung & Finanzen, Energie & Entsorgung, Bildung & Wissen, IT Service & Betrieb lösungsorientierte Produkte und Dienstleistungen entlang der gesamten IT-Wertschöpfkette anbietet.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.127.506,50	5.241.298,27	4.766.034,85
II. Sachanlagen	5.245.326,03	5.314.178,92	5.556.127,21
III. Finanzanlagen	15.207,02	15.207,02	15.207,02
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.149.591,93	3.024.787,36	3.313.765,94
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	20.310,57	24.128,88	8.287,99
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.539.357,84	861.367,41	797.492,37
	14.097.299,89	14.480.967,86	14.456.915,38

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	307.228,00	307.228,00	307.228,00
II. Kapitalrücklage	388.066,00	388.066,00	388.066,00
III. Gewinnvortrag	450.000,83	300.000,83	0,00
III. Jahresüberschuss	1.176.087,82	2.123.411,02	1.965.510,83
B. Rückstellungen	4.229.790,76	4.794.363,74	4.607.677,35
C. Verbindlichkeiten	7.534.393,15	6.499.914,82	7.171.273,56
D. Rechnungsabgrenzungsposten	11.733,33	67.983,45	17.159,64
	14.097.299,89	14.480.967,86	14.456.915,38

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Umsatzerlöse	51.721.374,16	50.366.250,61	46.033.226,06
Erträge aus aktiviertem Eigenleistungen	232.727,00	194.817,00	
sonstige betriebliche Erträge	743.859,37	841.210,07	818.398,99
Materialaufwand	18.928.590,63	18.720.365,49	16.627.553,99
Personalaufwand	21.736.091,48	19.597.761,33	18.349.478,43
Abschreibungen	3.604.862,66	3.539.104,49	3.420.380,24
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.570.464,09	6.259.387,18	5.436.949,06
Betriebsergebnis	1.857.951,67	3.285.659,19	3.017.263,33
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	41,71	177,07	175,24
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	112,07	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	179.248,53	201.127,65	220.050,77
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.678.744,85	3.084.596,54	2.797.387,80
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	492.945,30	954.708,34	825.287,03
Sonstige Steuern	9.711,73	6.477,18	6.589,94
Jahresüberschuss	1.176.087,82	2.123.411,02	1.965.510,83

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapitalquote	16,5%	21,5%	18,4%
Umsatzrentabilität	2,3%	4,2%	4,3%
Eigenkapitalrentabilität	50,7%	68,1%	73,9%
Gesamtkapitalrentabilität	9,6%	16,1%	15,1%

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen bestellten Personen vertreten.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:

Herr Erster Beigeordnete Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

Vertreter: Herr Thomas Dieckmann, Stadtverwaltung
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH, Aachen ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen in Nordrhein-Westfalen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio iT in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z. B. der votemanager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optional auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

1.2. Gesellschaftsstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT einbringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen.

Zum 31.12.2014 ergibt sich folgende Gesellschafterstruktur:

Gesellschafter	Anteil
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen	60,27%
INFOKOM Gütersich AÖR- Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	15,00%
StädteRegion Aachen	12,75%
Stadt Aachen	0,98%
Stadt Alsdorf	1,00%
Stadt Baesweiler	1,00%
Stadt Eschweiler	1,00%
Stadt Herzogenrath	1,00%
Stadt Monschau	1,00%
Gemeinde Roetgen	1,00%
Gemeinde Simmerath	1,00%
Stadt Würselen	1,00%
Stadt Düren	1,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1,00%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG)	1,00%

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um 0,1 % und 2012 um 0,4 %). Nach einer Konjunkturumfrage des Branchenverbandes BITKOM verlief das Jahr 2014 für die Unternehmen der Informationstechnologie ausgesprochen positiv. Rund drei Viertel der Unternehmen konnten ihren Umsatz steigern, nur jedes achte Unternehmen berichtete von rückläufigen Umsätzen. Der Gesamtmarkt der Informationstechnologie konnte um 4,3 % oder um 3,1 Milliarden Euro auf 77,8 Milliarden Euro zulegen.

Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) verlief jedoch uneinheitlich. Mit einer Steigerungsrate von 5,6 % auf 19,1 Milliarden Euro konnte das Geschäft mit Software deutlich zulegen. Die regio iT ist überwiegend im Teilmarkt IT-Services mit Dienstleistungen wie Outsourcing oder Wartung tätig. Die Umsätze in diesem Segment stiegen um 2,7 % auf 36,3 Milliarden Euro. Auch der Markt für IT-Hardware konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich zulegen. Das Marktvolumen stieg um 5,8 % auf 22,4 Milliarden Euro. Grundlage der Markteinschätzung für 2014 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die insgesamt erfreulichen Umsatzzahlen sorgen für weitere Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Mit aktuell 953.000 Beschäftigten unter einer Steigerung um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr hat die IT-Branche ihre Position als zweitgrößter industrieller Arbeitgeber hinter dem Maschinenbau gefestigt.

Mehr als zwei Drittel der ITK-Unternehmen wollen auch im Jahr 2015 zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Genau hier liegt die Herausforderung für die kommenden Jahre. Die Branche benötigt attraktive Rahmenbedingungen am Technologiestandort Deutschland sowie ein leistungsfähiges Bildungswesen, das den Nachwuchs auf Berufswege in der IG vorbereitet. Denn die größte Herausforderung der Branche ist weiterhin der Fachkräftemangel.

2.2. Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2014 mit einem Gesamtumsatz von 51,7 Mio. € einen Rekordwert erzielen. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine Umsatzausweitung bei den Bestandskunden, insbesondere in den Umsatzsegmenten Produkt- und Applikationsbetrieb sowie bei den Dienstleistungen aus Beratungs- und Produktleistungen. Treiber im letztgenannten Umsatzsegment war ein Projekt im Entsorgungsbereich, bei dem eine selbst entwickelte Software auf SAP-Basis („Waage-Lösung“) erfolgreich bei einem neu gewonnenen Kunden vermarktet werden konnte. Im Bereich der Bestandskunden ergaben sich aus der Kommunalwahl Einzelaufträge über Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Abwicklung der Wahlen. Im Bereich des Umsatzsegmentes Produkt- und Applikationsbetrieb konnten bei einem weiteren Bestandskunden die Dienstleistungen ausgeweitet und ein Full-Service-Vertrag abgeschlossen werden. Gegenläufige Effekte für das Unternehmensergebnis ergaben sich jedoch aus der Kostenentwicklung, hier insbesondere den hohen Tarifabschlüssen im Personalbereich und bei den Pensionslasten. Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €) ab. Ausschlaggebend für den Ergebnismrückgang sind vor allem die gestiegenen Personalkosten und Pensionslasten. Die Pensionslasten für zugewiesene Mitarbeiter des Konzerns sowie für die Beamtinnen und Beamte des Zweckverbandes INFO-KOM und der Stadt Aachen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung der regio iT Bestandteile der Fremdleistungen bzw. des sonstigen betrieblichen Aufwandes. Diese Kostenentwicklung konnte durch die Steigerung der Umsatzerlöse um 2,6 % (auf 51,7 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr (50,4 Mio. €) nur teilweise kompensiert werden. Nach Steuern resultiert daraus ein Jahresüberschuss von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €). Dennoch konnte für die Gesellschafter der regio iT nach dem Rekordergebnis des

Vorjahres auch im Geschäftsjahr 2014 angesichts des aktuellen Zinsniveaus eine angemessene Rendite erwirtschaftet werden.

2.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

2.3.1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 33,8 Mio. € im Berichtsjahr Vorjahr: 32,7 Mio. €). Das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (33,9 Mio. €) wurde somit geringfügig unterschritten (-0,1 T€).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 39,3 Mio. € auf dem geplanten Niveau (39,3 Mio. €).

Überplanmäßig haben sich die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,6 Mio. €) konnten um 1,4 Mio. € übertroffen werden. Die Kommunen haben im Berichtsjahr, oft auch in Zusammenhang mit der Umstellung auf Windows 7, insbesondere in Arbeitsplatzausstattung investiert.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung (Dienstleistungsumsätze). Im Berichtsjahr hat sich dieses Umsatzsegment nahezu planmäßig entwickelt. Einem geplanten Umsatz von 4,8 Mio. € (9,4 % der Gesamtumsätze). Insbesondere bei einem neuen Kunden aus der Entsorgungsbranche wurde ein umfangreiches Projekt akquiriert. Dort wird jahresübergreifend an verschiedenen Standorten die von der regio iT selbst entwickelte Software auf SAP-Basis („Waage-Lösung“) eingeführt.

Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr 3,2 %. Die positive Umsatzentwicklung konnte die gestiegenen Kosten nur teilweise kompensieren, demzufolge konnte somit der Planwert (5,6 %) nicht erreicht werden.

2.3.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Im Jahr 2006 wurde das Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Diese Zertifizierung wurde seitdem mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt, womit dem Qualitätsmanagementsystem eine optimal aufgestellte, prozessorientiert Organisation bescheinigt wurde.

Die ISO/IEC 20000 ist eine international anerkannte Norm zum IT Service Management, in dem die Anforderungen für ein professionelles IT Service Management dokumentiert sind. Erstmals wurde die Zertifizierung im Jahr 2008 erfolgreich vorgenommen.

Die Kunden der regio iT haben als Kommunen und kommunale Unternehmen sehr hohe Anforderung an die Sicherheit und Integrität ihrer Daten. Die internationale Norm ISO/IEC 27001 spezifiziert die Anforderungen für Herstellung, Einführung, Betrieb, Überwachung, Wartung und Verbesserung eines dokumentierten Informationssicherheits-Managementsystems unter Berücksichtigung der IT-Risiken der gesamten Organisation. Die regio iT ist seit 2009 umfassend in der IT-Sicherheit zertifiziert.

Alle Zertifizierungen wurden seither mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt. Zuletzt wurden im Geschäftsjahr 2014 alle 3 Normen mit erfolgreichen Audits bestätigt.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Um die Wachstumsstrategie der regio iT bewältigen zu können, müssen jedoch ausreichend Fachkräfte am (regionalen) Markt verfügbar sein. Daher ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor zur Gewinnung neuer Fachkräfte, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen Hertie-Stiftung. Der Gesellschaft wurde bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Im Geschäftsjahr fand das Audit zur Re-Zertifizierung statt, welches die regio iT erfolgreich absolviert hat. Somit ist die regio iT berechtigt, dieses Siegel für weitere drei Jahre zu führen.

2.4 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die regio iT die Gesamtumsätze um 1,3 Mio. € oder 2,6 % gegenüber dem Vorjahr von 50,4 Mio. € auf 51,7 Mio. € steigern. Der größte Anteil dieser Umsatzsteigerung ist auf die Umsatzerlöse aus Produkt/Applikationsbetrieb zurückzuführen, dieses Umsatzsegment konnte um 1,3 Mio. € auf 39,3 Mio. € gesteigert werden. Diese Umsatzerlöse basieren überwiegend auf mehrjährig abgeschlossenen Kundenverträgen und dem Verkauf von Nutzungsrechten an selbsterstellten Softwarelösungen. Die Umsatzzuwächse sind vor allem auf die Ausweitung der Dienstleistungen bei Bestandskunden zurückzuführen, z. B. die Übernahme des IT-Full-Supports bei der StädteRegion. Leicht gesteigert werden konnten auch die Dienstleistungsumsätze aus Beratung- und Projektleistungen. Dieses Segment konnte um 0,2 Mio. € von 4,7 Mio. € im Vorjahr auf 4,9 Mio. € gesteigert werden Aufgrund leicht rückläufiger Investitionen der Kunden in die Arbeitsplatz-Infrastruktur entwickeln sich die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft um 0,2 Mio. € auf 4,9 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €) rückläufig.

Nahezu auf Vorjahresniveau entwickelte sich auch das Umsatzsegment Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr bei 2,5 Mio. € und im Geschäftsjahr 2014 bei 2,6 Mio. €. Hierbei handelt es sich um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung der regio iT. Die Umsatzerlöse korrespondieren mit der entsprechenden Aufwandsposition im Materialaufwand.

Aufgrund des großen Erfolges bei der Vermarktung der Wahlsoftware votemanager und der Eigenentwicklung der regio iT auf SAP-Basis („Waage-Lösung“) wurde im Geschäftsjahr 2014 das Portfolio von Software-Eigenentwicklungen weiterentwickelt bzw. ausgebaut. Die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 0,2 Mio. € resultieren aus der Weiterentwicklung von Softwarelösungen im Bereich Energie—Monitoring und Entsorgungs-Management im SAP-Umfeld sowie der Wahlsoftware votemanager. Erste Pilotprojekte für den Einsatz bei den Kunden wurden erfolgreich akquiriert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,7 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau (0,8 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT Personalaufwandes innerhalb von F&E-Förderprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2014 engagierte die regio iT vor allem in Förderprojekten zu den Themen Elektromobilität sowie Cloud- und Mobile-Computing.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2014 beträgt 18,9 Mio. € (Vorjahr: 18,7 Mio. €). Die Entwicklung des Materialaufwands korrespondiert mit der Entwicklung der Gesamtleistung. In diesen Kennzahlen spiegelt sich die Strategie der regio iT wider, die eigene Wertschöpfung weiter zu steigern.

Die Personalaufwendungen der Angestellten erhöhten sich aufgrund von Tarifsteigerungen und Personalaufwand um 10,7 % auf 21,7 Mio. € (Vorjahr: 19,6 Mio. €). Zum 31. Dezember 2014 waren bei der

regio iT 353 (Vorjahr: 334) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 20 Auszubildende (Vorjahr: 20) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 33 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 32) zugewiesen.

Leicht gestiegen sind die Abschreibungen: diese liegen mit 3,6 Mio. € rund 0,1 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,5 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen maßgeblich aufgrund höherer Raumkosten für die Anmietung weiterer Räumlichkeiten von der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen (STAWAG) und höherer Pensionslasten für zugewiesene Mitarbeiter des Konzerns um 0,3 Mio. € auf 6,6 Mio. € (Vorjahr: 6,3 Mio. €).

Das Finanzergebnis liegt mit -0,2 Mio. € auf Vorjahresniveau (-0,2 Mio. €).

2.5 Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2014 betrug die Bilanzsumme 14,1 Mio. € (Vorjahr: 14,5 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen bei 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,8 Mio. €). Durch die geringe Unterschreitung des Vorjahreswertes sank das Anlagevermögen leicht von 10,6 Mio. € auf 10,4 Mio. €. Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen in Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrespondierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einem hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren.

¹ $(\text{Eigenkapital} \times 100) / \text{Anlagevermögen}$

Zum 31. Dezember 2014 betrug der Anlagendeckungsgrad (1) 22,4 %, die Eigenkapitalquote 16,5 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 21,5 %). Die Investitionen werden daher mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten in Höhe von 3,6 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €), gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 1,6 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €). Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen einen Cash-Pooling-Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft eine Verbindlichkeit gegenüber dem Cash-Pooling-Geber von 0,6 Mio. €.

2.6 Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2014 kann trotz der rückläufigen Ergebnisentwicklung insgesamt als zufriedenstellend bewertet werden. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreiche Wachstumsstrategie der regio iT. Die Vermögenslage ist nach wie vor geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen (22 %). Der Finanzierungsbedarf ist jedoch über den Cash-Pooling-Vertrag der E.V.A. ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

3. Nachtragsbericht

Aufgrund des hohen Auftragsbestandes und der positiven Rückmeldungen auf das regio iT-Produktportfolio ist die Fortführung des Wachstumskurses geplant. Unterstützt wird dieser auch durch die Strategie der regio iT, dass Kunden zu Gesellschaftern werden. Der Rat der Kupferstadt Stolberg hat am 09.12.2014 beschlossen, Gesellschaftsanteile an der regio iT zu erwerben; mit einer gesellschaftsrechtlichen Umsetzung ist im 1. Halbjahr 2015 zu rechnen. Dadurch partizipieren die Gesellschafter der regio iT auch unmittelbar an einer

Ausweitung der Geschäftsbeziehung. So übertrug die StädteRegion Aachen im Geschäftsjahr 2014 einen Großteil der bis dahin dort selbst erbrachten IT-Dienstleistungen an die regio iT. Auch Anfang 2015 werden Teilpakete des Gesamtauftrages in den produktiven Betrieb überführt, wie z. B. ein Mietmodell für IT-Arbeitsplatzausstattung. Auch im Bereich der Eigenentwicklungen steht die regio iT in sehr aussichtsreichen Verhandlungen, mit einem weiteren Entsorgungsunternehmen dort die SAP-Waage-Lösung einzuführen. Erste Workshops wurden bereits durchgeführt. Im Bereich Wahlsoftware ist der regio iT eine Gesellschaft zum Kauf angeboten worden, deren Produktportfolio den votemanager ideal ergänzt, vor allem durch einen deutlichen Zugewinn an bestehenden Kundenverträgen/-kontakten. Eine Unternehmensbewertung und die Erarbeitung eines Business Case haben bestätigt, dass diese Transaktion wirtschaftlich aussichtsreich sein kann. In der Aufsichtsratssitzung am 22. Januar 2015 wurde die Geschäftsführung der regio iT beauftragt, eine Due Diligence in diesem Unternehmen durchzuführen und die notwendigen rechtlichen Fragen eines möglichen Erwerbes zu klären.

4. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

4.1 Prognosebericht

Die regio iT wird weiter wachsen, indem sie ihre Lösungen und Produkte bundesweit anbietet. Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen diese Wachstumsstrategie. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Bei den kommunalen Kunden besteht ein zunehmender Bedarf, die Verwaltungs- und Geschäftsprozesse zu optimieren. Für die Kunden im Bereich der Energieversorgung entwickelt sich die Informationstechnologie durch die Energiewende immer mehr zum Erfolgssektor. Die neuen und innovativen Lösungen der regio iT für diese Branche können überregional vermarktet werden. Unter stetig wachsendem Finanzierungs- und Kostendruck gilt es für die Kunden, ihre Prozesse durch verstärkten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie effektiver und effizienter zu gestalten. Für das Jahr 2015 prognostiziert BITKOM für den deutschen Markt der Informationstechnik ein weiteres Wachstum um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die für die regio iT wichtigen Teilmärkte Software und Dienstleistungen wachsen nach der BITKOM-Prognose sogar um 5,5, % bzw. 3,0 %.

Die für die regio iT wichtigen Segmente des ITK-Marktes wachsen somit deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft.

Auch im Geschäftsjahr 2015 werden 3 Zertifizierungen von unabhängigen Auditoren überprüft: Überwachungsaudits müssen für die Normen ISO 9001 sowie 27001 absolviert werden, eine Re-Zertifizierung für die Norm ISO 20000.

Die folgenden finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2015 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €)

	2014 Ist	2015 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	51,7	52,7	1	1,8%
<u>davon</u>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	39,3	41,6	2,3	6,0%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	4,9	5,1	0,2	4,7%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	5,0	3,9	-1,1	-22,6%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,4	9,7%	-	-
Rohergebnis ¹	33,8	35,2	1,4	4,2%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,7	1,6	-0,1	-4,5%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	3,2%	3,0%	-	-

¹Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV)/.Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2015 geplant die regio iT eine Umsatzsteigerung von 1,8 % (1 Mio. €) auf 52,7 Mio. €. Korrespondierend zu der prognostizierten Entwicklung dieser Marktsegmente geht die regio iT davon aus, dass bei den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb eine Steigerung von 2,3 Mio. € auf 41,6 Mio. € erwirtschaftet wird. Maßgeblich für diese Planung sind der weitere Ausbau des Bestandskundengeschäfts sowie die weiterhin erfolgreiche bundesweite Vermarktung von ausgewählten Produkten. Die Umsatzzuwächse basieren teilweise auf bereits im Geschäftsjahr 2014 erteilten Aufträgen, z. B. die Übernahme der bisher dort selbst erbrachten IT-Dienstleistungen der StädteRegion Aachen. Auch bei den Umsatzerlösen aus Beratungs- und Projektleistungen wird eine Steigerung von 4,9 Mio. € auf 5,1 Mio. € erwartet. Diese Annahme entspricht dem Ziel der regio iT, ca. 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Weiterhin wird für den Bereich Eigenentwicklungen (Templates) für das SAP-Systems erhebliches Potenzial für Projektumsätze gesehen. Erste Workshops mit möglichen Kunden haben zu Beginn des Jahres 2015 stattgefunden.

Auch der Trend der Re-Kommunalisierung im Energiemarkt sowie die Gründung neuer nicht-kommunaler Energie-Vertriebe bietet aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT im Bereich des IT-Betriebes von Anwendungen für Geschäftsprozesse von Energieversorgungsunternehmen Wachstumspotenzial.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 3,9 Mio. € rückläufige Umsätze erwartet. Das Jahr 2014 war mit einem Umsatz von 5,0 Mio.€ geprägt von Investitionen der Kunden in Arbeitsplatzausstattung, die mehrjährig genutzt wird. Zudem zeichnet sich der Trend unter den Bestandskunden ab, die regio iT nicht mehr nur als Beschaffungsdienstleister zu beauftragen, sondern Arbeitsplatzhardware mit weiteren Dienstleistungen über eine Mindestvertragslaufzeit anzumieten. Dies spiegelt sich auch in den Zuwächsen bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb wider.

Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen der kommunalen Kunden ist jedoch die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet für 2015 ein Wachstum von 1,5 %. Risiken ergeben sich aus einer möglichen gegenläufigen Entwicklung, die direkten Einfluss auf die Haushaltssituation der Kunden und auf mögliche Investitionsentscheidungen haben könnte. Dem gegenüber stehen mögliche mittelfristige Rationalisierungseffekte aufgrund der Ausweitung des IT-Einsatzes bei den Kunden.

Aufgrund weiter steigender Personalkosten bzw. der prognostizierten Tarifentwicklung wird für 2015 von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,6 Mio. € ausgegangen, welches somit nahezu auf dem Niveau des Berichtsjahres (1,7 Mio. €) liegt. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2015 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Mittelfristig wird wieder eine überproportionale Geschäftsentwicklung erwartet, die trotz zunehmender Personalkosten zu wieder steigenden Renditen führt.

4.2 Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Fokus des Risikomanagements der regio iT liegt nicht auf den Risiken nach der Bruttobewertung, sondern auf der tatsächlichen Risikolage nach Berücksichtigung von Maßnahmen. Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken.

Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Dabei liegt das Hauptrisiko in der Sicherheit der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist im kommunalen Umfeld unverzichtbar und auf Grund immer größerer Prozessunterstützung und Prozessautomation ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001.

Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagementboard) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden.

Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regelmäßige Analysen durch, die zusammen mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Die regio iT benötigt für den kundenbezogenen Applikationsbetrieb Lizenzen bzw. Nutzungsrechte an Software Dritter. Dadurch steigen die Anforderungen an das interne und kundenbezogene Lizenzmanagement, zumal sich Lizenzmodelle der Anbieter beständig fortentwickeln. Es besteht das Risiko, dass durch die Fehlinterpretation von komplexen Lizenzierungsbedingungen ein höherer Anspruch an Nutzungs-/Wartungsentgelten des Anbieters gegenüber der regio iT entsteht, als über die Kalkulation der Kundenpreise refinanziert wurde. Die regio iT begegnet diesem Risiko durch den weiteren Ausbau des Lizenzmanagements.

Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten wird derzeit als gering eingeschätzt.

Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen

belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2015 erreicht werden.

Das Risikomanagementsystem der regio iT ist in das Risikomanagementsystem der E.V.A. eingebunden.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Aachen, den 19. März 2015

regio iT

gesellschaft für informationstechnologie mbH

Dieter Rehfeld

Vorsitzender der Geschäftsführung

Dieter Ludwigs

Geschäftsführer

V. Sondervermögen

ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	ETD - Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Carl-Zeiss-Straße 20 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,000%
E-Mail	info@alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Homepage	www.alsdorf.de	Keine
Rechtsform	Sondervermögen der Stadt Alsdorf mit eigenem Rechnungskreis	
Betriebsatzung	Betriebsatzung in der Neufassung vom 12. November 2010 Inkrafttreten 1. Dezember 2010 mit der 1. Änderung vom 14. Dezember 2012	
Betriebsleiter	Stephan Maaßen kaufmännischer Betriebsleiter: Dipl.-Ing. Jörg Theißing Technischer Betriebsleiter:	
Gremien	Betriebsausschuss	
Stammkapital	2.000.000 €	
Anteil der Stadt in €	2.000.000 €	
Mitarbeiter	60	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination und Wahrnehmung der Bereiche der Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes für die Stadt Alsdorf. Darüber hinaus übernimmt der Eigenbetrieb Technische Dienste die Aufgaben des Baubetriebshofes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Eigenbetrieb erfüllt seinen öffentlichen Zweck durch seine Dienstleistungen Winterdienst, Straßenreinigung und Abfallentsorgung. Diese tragen dazu bei, der Stadt Alsdorf ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild zu verschaffen und somit die Attraktivität des Wohnortes für die Einwohner zu bewahren.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	50.819,56	52.665,51	39.395,68
II. Sachanlagen	53.376.775,21	53.705.797,97	54.505.952,28
III. Finanzanlagen	6.250,00	6.250,00	6.250,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	32.373,76	42.887,01	33.022,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.239.210,26	1.360.817,97	1.134.443,97
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.117.001,36	1.855.255,64	831.875,62
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.846,46	5.693,01	6.164,64
	56.829.276,61	57.029.367,11	56.557.104,26

Passivseite	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00
II. Rücklagen	6.179.757,96	6.179.757,96	6.179.757,96
1. Gewinnvortrag	20.717,45	-649.402,08	-1.387.451,77
2. Verwendung für Eigenkapitalverzinsung an die Stadt	-597.987,62	-604.520,55	-605.246,15
3. Jahresüberschuss	1.345.497,05	1.274.640,08	1.343.295,84
B. Empfangene Ertragszuschüsse	16.513.341,08	16.447.239,02	15.960.700,39
C. Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen	11.169.118,54	11.293.994,54	11.537.404,93
D. Rückstellungen	1.507.504,18	1.346.774,25	828.930,18
E. Verbindlichkeiten	18.691.327,97	19.740.883,89	20.413.145,52
F. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	286.567,36
	56.829.276,61	57.029.367,11	56.557.104,26

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
1. Umsatzerlöse	19.153.124,44	18.760.110,24	19.281.190,16
2. andere aktivierte Eigenleistungen	42.915,51	37.527,27	27.405,49
3. sonstige betriebliche Erträge	168.079,92	411.215,48	660.744,50
4. Materialaufwand	11.745.010,78	11.602.624,73	11.874.806,03
5. Personalaufwand	2.693.733,55	2.771.629,37	2.651.202,85
6. Abschreibungen	1.796.219,61	1.755.751,08	1.597.848,06
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.051.088,73	926.951,24	812.625,25
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	43.587,00	37.397,38	33.676,97
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	765.099,95	797.429,79	840.174,92
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.356.554,25	1.391.864,16	2.226.360,01
11. außerordentliche Erträge	0,00	0,00	3.061.285,25
12. außerordentliche Aufwendungen	0,00	102.730,65	3.927.271,73
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.644,33	6.959,43	10.847,00
13. sonstige Steuern	5.412,87	7.534,00	6.230,69
Jahresüberschuss	1.345.497,05	1.274.640,08	1.343.295,84
Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
<i>Eigenkapitalquote</i>	64,45%	63,03%	61,95%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste des ETD in den einzelnen Geschäftsjahren betragen für:

2012	2.94 Mio.€
2013	2.90 Mio.€
2014	2.85 Mio.€

Zusammensetzung der Organe

Betriebsausschuss

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Betriebsausschuss vertreten:

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Betriebsausschuss vertreten:

Vorsitzender:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch
1. SPD- Fraktion	(seit dem 25.06.2014)
Stellv. Vorsitzender:	Herr Stv. Wilfried Maul
2. CDU-Fraktion:	(seit dem 25.06.2014)
3. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Franz-Josef Altdorf
	(seit dem 25.06.2014)
4. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Norbert Leschnik
	(seit dem 25.06.2014)
5. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marc Schlösser
	(seit dem 25.06.2014)
6. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath
	(seit dem 25.06.2014)
7. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Marius Sapletta
	(seit dem 25.06.2014)
8. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich
	(seit dem 04.09.2014)
9. GRÜNE-Fraktion:	Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz
	(seit dem 04.09.2014)
10. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedel Wirtz
	(seit dem 04.09.2014)
11. ABU/FDP	Herr Stv. Frank Breuer
	(seit dem 25.06.2014)

Stadt Alsdorf

Eigenbetrieb Technische Dienste

Lagebericht zum 31. Dezember 2014

Inhalt:

- I. Grundlagen des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle Leistungsindikatoren
- III. Nachtragsbericht
- IV. Prognosebericht
- V. Chancen- und Risikobericht
 1. Risikobericht und Chancenbericht
 2. Gesamtaussage
- VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten
- VII. Bericht über Zweigniederlassungen

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Mit Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 27. November 2003 wurde der bestehende Eigenbetrieb Abwasser mit Wirkung zum 01. Januar 2004 um die Aufgabenbereiche Baubetriebshof, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich Winterdienst gemäß § 107 Abs. 2 GO NW und den Vorschriften der EigVO NW erweitert. Zu den Aufgaben des Baubetriebshofes zählen die Unterhaltung und Grünpflege der öffentlichen Verkehrsflächen sowie die Verkehrslenkung.

In der gleichen Sitzung hat der Rat der Stadt Alsdorf die Satzung für den erweiterten Eigenbetrieb beschlossen, die im Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf Nr. 45 vom 11. Dezember 2003 veröffentlicht wurde. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung wird unter dem Namen „Stadt Alsdorf, Eigenbetrieb Technische Dienste“ geführt.

Der Rat der Stadt Alsdorf hat in seinen Sitzungen am 30.09.2010 und am 04.11.2010 die Satzung vom 12.11.2010 für den Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf als Neufassung beschlossen. Da hat es noch eine Änderung geben (März 2015 von 6 auf 7 Mitglieder). Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung vom 01.01.2004 außer Kraft.

Mit Wirkung zum 01.01.2007 ist die Stadt Alsdorf dem Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung beigetreten. Die für den Zweckverband handelnde RegioEntsorgung AÖR nimmt für die ihr angeschlossenen Kommunen folgende Aufgaben wahr:

- Sammeln und Transportieren der Abfälle
- Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs

Darüber hinaus gehende Aufgaben wie die Beseitigung von wildem Müll / Leeren von Straßenpapierkörben, Reinigung der Glascontainerstandorte verbleiben bei der Stadt Alsdorf; hier beim Eigenbetrieb Technische Dienste.

Die Auswirkungen stellen sich für die Gebührenpflichtigen und das Stadtbild positiv dar.

2. Forschung und Entwicklung

Der Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf betreibt keine Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Budgetausgleich ist strukturell nahezu erreicht. Die Schuldenstandquote wird im Jahr 2014 deutlich zurückgehen. Es wird mit einem Rückgang von 76,9 % gerechnet. Die Vorgaben des Fiskalvertrags, der Schuldenbremse und des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden eingehalten oder sogar übertroffen. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise aus dem Jahre 2007 war bislang erfolgreich.

Der Überschuss des Finanzierungssaldos dürfte mit 8,3 Mrd. Euro im Jahr 2014 um etwa 4 Mrd. Euro höher ausgefallen als im Jahr 2013. Ein Grund für den Anstieg des Überschusses im Jahr 2014 ist die zum Jahresbeginn unterbliebene Absenkung des Beitragssatzes zur GRV (gesetzlichen Rentenversicherung). Zum ersten Mal seit drei Jahren wurden von der Bundesbank keine Rückstellungen für übernommene Risiken im Zuge der Stabilisierungsmaßnahmen im Euro-Rahmen gebildet. Dadurch konnten 4,6 Mrd. Euro von der Bundesbank an den Bundeshaushalt abgeführt werden.

Die gute Haushaltslage geht auf die Kalte Progression und auf vorübergehende Sonderfaktoren zurück: niedrige Zinsen, gestiegene Beschäftigung und eine demographische Atempause. Die strukturellen Kernaussgaben sind hingegen erheblich gestiegen.

Nach vorläufigen Berechnungen wies der Staat im Berichtsjahr 2014 einen Finanzierungssaldo in Höhe von +11,9 Milliarden Euro auf. Dieser Wert stellt den zweit höchsten Wert seit der Wiedervereinigung dar (2000: +20,7 Milliarden Euro). Der Bund erwirtschaftete einen Überschuss von 7,3 Milliarden Euro nachdem im Vorjahr ein Defizit von 4,5 Milliarden Euro erzielt wurde. Die Einnahmen belaufen sich auf 1.292 Milliarden Euro (+ 3,0 % gegenüber dem Vorjahr), die Ausgaben auf 1.280 Milliarden Euro (+2,8 % gegenüber dem Vorjahr).

2. Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von **Euro 1.345.497,05**.

Das Jahresergebnis teilt sich auf die Betriebsbereiche wie folgt:

	2014	2013
Abwasser	1.147.075,32	1.049.830,77
Abfallentsorgung	39.866,41	30.687,30
Straßenunterhaltung	3.890,09	68.614,81
Straßenreinigung / Winterdienst	154.665,23	125.327,20
Gesamt	1.345.497,05	1.274.640,08

Betriebsbereich Abwasser

Im Jahre 2014 wurde im Betriebszweig Abwasser ein Gewinn i.H. v. **1.147.075,32 €** erwirtschaftet.

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurde das Abwasser von 46.099 Einwohnern (43.996 angeschlossene Einwohner über Mischwasserkanal und 2.052 Einwohner über Trennsystem, sowie 51 Einwohner mit Kleinkläranlagen) behandelt und entsorgt.

Dies entspricht einer Schmutzwassermenge in 2014 von 1.895.455 m³ (in 2013: 1.936.994 m³).

Die Abwasserbeseitigung erzielte Umsatzerlöse in Höhe von 10.620.778,68 T€.

Betriebsbereich Straßenunterhaltung

Der Betriebszweig Straßenunterhaltung erzielte im Berichtszeitraum einen Gewinn i.H. v. **3.890,09 Euro**.

Der Zuschuss der Stadt Alsdorf für den Betriebszweig Straßenunterhaltung beträgt im Geschäftsjahr 2014 2.901 T€. Im Geschäftsjahr 2014 wurden für die Unterhaltung der Straßen durch Fremdvergaben insgesamt 369.623 € ausgegeben.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Im Berichtsjahr wurde ein Gewinn i. H. v. **154.665,23 Euro** erwirtschaftet.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden die Gebühren nicht angepasst.

Der Betriebszweig Abfallentsorgung erwirtschaftete einen Gewinn i. H. v. **39.866,41 Euro**. Die Veränderung zur Rückstellung im Gebührenaussgleich in diesem Betriebszweig beträgt **303.798,86 €**.

3. Lage

a) Ertragslage

Die im Anhang zum 31.12.2014 aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2014 und 2013 zeigt die Ertragslage und ihre Veränderungen.

Betriebsbereich Abwasser

Dem Betriebsbereich Abwasser obliegt die unschädliche Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser auf städtischem Gebiet.

Die Entsorgung erfolgte in den Kläranlagen Alsdorf-Bettendorf und Alsdorf-Broichtal, die zum 01.01.1996 an den Wasserverband Eifel-Rur übergegangen sind, für rund 40.000 Einwohner, sowie für ca. 6.200 Einwohner aus einem Teilbereich des Stadtteils Mariadorf sowie aus den Stadtteilen Blumenrath und Broicher Siedlung über die Kläranlage Würselen-Euchen, die zum 01.01.1999 an den Wasserverband Eifel-Rur übertragen worden ist.

Die Kanalbenutzungsgebühren wurden in 2014 mit folgenden Sätzen erhoben:

für die Schmutzwasserbeseitigung	3,64 Euro / cbm
für die Niederschlagswasserbeseitigung	1,31 Euro / cbm

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Gebühren nicht angepasst.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Die maschinelle Straßenreinigung für die Stadt Alsdorf wird seit dem 01.01.2010 durch die Firma Schönmackers Umweltdienste GmbH & Co. KG durchgeführt. Zu den Aufgaben gehört die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslage, welche nicht den Anliegern per Satzung übertragen worden sind.

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Gebühren bei der Winterwartung angepasst: Der Gebührensatz der Kat I. belief sich nunmehr auf 2,84 €/lfd. Meter. In der Kat. II. lag ein Gebührensatz von 2,34 €/lfd. Meter zugrunde. Die Straßenreinigungsgebühren betragen in 2014 unverändert zum Vorjahr 1,68 €/lfd. Meter

Betriebsbereich Straßenunterhalt

Dem Betriebszweig Straßenunterhalt obliegt die Unterhaltung der öffentlichen Räume bezüglich Sauberkeit, öffentliche Ordnung, Grünpflege und Verkehrssicherung von öffentlichen Straßen. Größere Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht werden im Rahmen eines sog. Generalunternehmervertrages durch die ARGE RV Kanal- und Straßenbau Alsdorf (Reuber / Schleiden) durchgeführt.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

In der nachfolgenden Tabelle sind die entsorgten Abfallmengen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen.

Abfälle aus Haushalten	2014 Tonnen	2013 Tonnen
Restmüll	5.271	5.232
Bioabfall	4.171	3.826
Grünabfall	1.091	986
Sperrmüll	496	675
Holz	700	664
Wertstoffe		
- Altpapier	3.550	3.488
- Altglas	1.107	1.107
- Leichtstoffe	1.935	1.849
Summe	18.321	17.827

Die Entsorgung der festen Abfälle, die keiner Verwertung mehr zugeführt werden, erfolgt durch Verbrennung in der MVA Weisweiler. Verwertbare Hausabfälle werden der Zentraldeponie Alsdorf-Warden zugeführt.

Die Abfallentsorgungsgebühren 2014 sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Grundgebühren	2014	2013
80 Liter Abfallgefäß / jährlich	146,76	146,76
2. Restmüllbehälter / jährlich	36,92	36,92
1.100 Liter Restmüll-Container / Jährlich	1.715,20	1.715,20
Bildung einer Abfallgemeinschaft / Jährlich	109,84	109,84
Abfuhrgebühren	2014	2013
80 Liter Restmüllgefäß / Leerung	3,99	3,99
1.100 Liter Restmüll-Container / Leerung	35,91	35,91
120 Liter Biomülltonne / jährlich	54,00	54,00
1.100 Liter Bio-Container	486,00	486,00

Die Abfallgebühren wurden im Wirtschaftsjahr 2014 nicht angepasst.

b) Finanzlage

Nachfolgend werden wesentliche Veränderungen bezüglich des Cashflows der laufenden Geschäftstätigkeit, des Cashflows der Investitionstätigkeit und des Cashflows der Finanzierungstätigkeit aufgezeigt:

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.399 T€ ist gegenüber dem Vorjahr 2013 (3.682 T€) gesunken.

Im Geschäftsjahr 2014 waren keine weiteren Kreditaufnahmen erforderlich. Sowohl die Investitionen, als auch die Auszahlungen für Kredittilgungen (- 828 T€) und Kapitalverzinsung 2014 (-597 T€) konnten somit beglichen werden.

c) Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 200 T€ auf 56.829 € vermindert. Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass das lang- und mittelfristig gebundene Vermögen zu rd. 92 % aus Abwassersammlungsanlagen besteht. Daraus resultiert die branchenübliche, hohe Anlagenintensität, was die hohe Fixkostenabhängigkeit des Betriebes verdeutlicht.

Weiterhin wurden im Geschäftsjahr 2014 Anlagenzugänge unter „Anlagen im Bau“ in Höhe von 1.426 T€ verzeichnet. Diese entfielen hauptsächlich auf die Ertüchtigung des Baubetriebshofes in Höhe von 502 T€, die in 2014 aktivierte Baumaßnahme „Sammler RÜB Mitte Broichtal in Höhe von 733 T€ und auf laufende Kanalbaumaßnahmen in Höhe von 191 T€

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 230 T€ gegenüber dem Vorjahr verringert. Forderungen gegenüber der Stadt Alsdorf wurden mit (+ 132 T€) erhöht und die Forderungen aus sonstigen kurz- und langfristigen Vermögensgegenständen verringerten sich um (-24 T€).

Auf der **Passivseite** ist die Erhöhung der Bilanzsumme hauptsächlich auf folgende Posten zurückzuführen:

Die Verringerung des Verlustvortrages in Höhe von 670 T€ setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 1.275 T€ abzüglich der Kapitalverzinsung i. H. v. 604 T€ für das Jahr 2013. Für das Jahr 2014 beträgt die Kapitalverzinsung 597 T€.

Die ausgewiesene Rückstellung für Altersteilzeit bezieht sich auf zwei Mitarbeiter. Diese Rückstellung wurde im Geschäftsjahr 2014 vollständig verbraucht bzw. aufgelöst.

Die Rückstellung für Gebührenausschleich beläuft sich zum 31.12.2014 auf 1.174 T€ und resultiert aus der Kostenüberdeckung der Jahre 2012 bis 2014 des Betriebszweig Abfall. Gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG sind Kostenüberdeckungen dem Gebührenzahler innerhalb von vier Jahren zu erstatten.

Da im Jahr 2014 keine neuen Darlehen aufgenommen wurden, hat sich der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute in Höhe von planmäßigen Tilgungen um 828 T€ verringert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbedingt um 144 T€ zum Vorjahr verringert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Alsdorf sind um 79 T€ verringert. Dies resultiert daraus, dass bereits Abrechnungen mit der Stadt Alsdorf im laufenden Wirtschaftsjahr 2014 vorgenommen wurden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind nahezu unverändert. Hierin enthalten sind Verbindlichkeiten aus Lohnsteuerzahlungen des (Vor)Monats Dezember 2014. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung waren sämtliche sonstige Verbindlichkeiten ausgeglichen.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Wasserverband Eifel – Rur hat im Rahmen seines Wirtschaftsplans 2015 für die Erweiterung der Kläranlage Würselen – Euchen für den Zeitraum 2014 – 2016 Investitionen in Höhe von 7,3 Mio. Euro veranschlagt. Die Stadt Alsdorf ist mit rund 23 % an der Kläranlage beteiligt. Auch aus der Umsetzung der EU-WRRL werden größere Investitionen an den Kläranlagen und den Sonderbauwerken erforderlich.

Zum Schutz des Grundwassers und der Gewässer erfolgen jährlich Investitionen in die öffentliche Abwasserbeseitigung. Der Betrieb und die Unterhaltung des städtischen Kanalnetzes erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben. Zusätzliche Anforderungen aus der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVoAbw) erfordern ebenfalls eine Anzahl von Nachfolgeinvestitionen bzw. Maßnahmen im Unterhalt.

Die Aufgaben der Abfallwirtschaft (Sammlung und Transport) sind mit Wirkung vom 1.1.2007 auf den Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung (ZRE) mit befreiender Wirkung übertragen worden. Die abfallrechtlichen Vorschriften sind daher durch die RegioEntsorgung AöR vollumfänglich einzuhalten.

III. Nachtragsbericht

Hierzu ist keine Berichterstattung erforderlich.

IV. Prognosebericht

Aus heutiger Sicht erforderte die Optimierung der Aufgabenerledigung des gesamten Eigenbetriebes Technische Dienste eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Baubetriebshofes. Mit Beschluss des Betriebsausschusses vom 14.02.2012 zur Ertüchtigung des Baubetriebshofes wurden erste Schritte eingeleitet, um die Optimierung der Aufgabenerledigung umzusetzen. Die I. und II. Bauabschnitt sind fertiggestellt, der III. Bauabschnitt weitgehend. Voraussichtlich wird die Gesamtmaßnahme im Jahr 2015 abgeschlossen.

Die Betriebsleitung hat weitere Schritte eingeleitet, um die Prozesse des Anlagenmanagements zu vereinheitlichen. Damit wird eine Verbesserung der Betriebssteuerung erreicht, die rechtssichere Gebührekalkulation gewährleistet und unnötige Personalkosten für einen zusätzlichen Vermögensbewertungsprozess eingespart. Das Projekt „Anlagenmanagement“ ist im Wirtschaftsjahr 2013 erfolgreich zum Abschluss gebracht worden. Bei der Prüfung des Fragenkatalogs nach § 53 HGrG wurden keine Feststellungen gemacht.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Insbesondere der Abwasserbetrieb wird in den nächsten Jahren gewaltige Investitionen, aus heutiger Sicht ca. (9,2 Mio. €) tätigen müssen, die steigende Abschreibungen und Zinsen zur Folge haben. Hierbei handelt es sich um insbesondere bauliche und hydraulische Kanalsanierungsmaßnahmen.

2. Gesamtaussage

Abwasser

Die Zusammenführung der beiden Betriebsstätten Hahnengasse und Carl-Zeiss-Straße ist eine der vordringlichsten Maßnahmen gewesen. Hierdurch werden Einsätze und Aufgabenzusammenführungen zu einer verbesserten wirtschaftlichen Situation führen. Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung vom 14.02.2012 die

Ertüchtigung des Baubetriebshofes beschlossen. Damit konnte die Betriebsstätte Hahnengasse im Wirtschaftsjahr 2014 aufgegeben werden.

Abfallentsorgung

Ziel des Entsorgungszweckverbandes RegioEntsorgung (ZRE) ist weiterhin ein einheitliches Abfallsystem für alle Mitgliedskommunen. Erforderliche Beschlüsse sollen sukzessive im Laufe der nächsten Jahre in den zuständigen politischen Gremien gefasst werden.

Eine ständige Beobachtung der Prozesse in den Gremien des ZRE ist erforderlich, um ggfs. Einfluss auf Systemänderungen und damit auf den kommunalen Gebührenhaushalt ausüben zu können.

Straßenunterhaltung

Der eingesetzte Straßenbegeher/-kontrolleur ist mit einem GPS-unterstütztem Erfassungssystem ausgestattet, das eine Aufzeichnung von vorhandenen Missständen/Schäden im öffentlichen Verkehrsraum aufzeichnet, so dass eine zeitnahe Abhilfe möglich ist, um Schadensersatzansprüche gegen die Stadt zu vermeiden.

Straßenreinigung / Winterdienst

Zum 01.01.2014 wurde die Dienstleistung für die maschinelle Straßenreinigung neu ausgeschrieben und erneut an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG, vergeben.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Der Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf verfügt über keine Finanzinstrumente. Somit sind Erläuterungen hierzu entbehrlich.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Der Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf ist Sondervermögen der Stadt Alsdorf und verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Alsdorf, den 30.06.2015

Theißing
Techn. Betriebsleiter

Maaßen
Kfm. Betriebsleiter

Rechtsnormverzeichnis

**11. Teil
Wirtschaftliche Betätigung und
nicht wirtschaftliche Betätigung**

§ 107 GO NRW

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen).

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen

kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher,

dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, auf Grund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen

mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran

beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung

durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108a GO NRW

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1 , § 107a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1

Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigeneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die

regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse

der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109 GO NRW Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 GO NRW Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 GO NRW Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung

der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsatzgesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsatzgesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes, so soll die Gemeinde, soweit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an

die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 GO NRW Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbstständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114a GO NRW Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des

Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zu Gunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,

4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungnehmer,

5. die Bestellung des Abschlussprüfers,

6. die Ergebnisverwendung,

7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,

2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,

3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 GO NRW Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,

b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,

c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,

d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,

e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,

f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,

g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,

h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist